

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **13. und 14. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2012/2013 vom 3. Dezember 2012

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.10 bis 23.00 Uhr

Vorsitz: J. Lisibach (SVP)

Protokoll: K. Lang

Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel
1.*		Protokoll der 9./10. Sitzung
2.	12/111	Wahl eines Mitgliedes in die Aufsichtskommission anstelle des zurücktretenden D. Oswald (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2010/2014
3.	12/110	Wahl eines Mitgliedes in die Aufsichtskommission Berufsvorbereitungsjahre (BVJ) anstelle der zurückgetretenen U. Mäder (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2010/2014 (Behandlung erfolgt am 10.12.2012)
4.*	10/097 (DTB)	Fristerstreckung für Antrag und Bericht zum Postulat B. Dubochet (Grüne/AL), F. Landolt (SP), B. Meier (GLP/PP), L. Banholzer (EVP/EDU) und M. Stutz (SD) betreffend Leitlinien und Strategie Stadtwerk Winterthur
5.*	12/044	Fristerstreckung zum Beschlussantrag S. Näf (SP), M. Wenger (FDP), Ch. Griesser (Grüne/AL), S. Gygax und M. Wäckerlin (GLP/PP), N. Gugger (EVP/EDU) und D. Oswald (SVP) betreffend Offenlegung von Interessenbindungen
6.	12/090	Voranschlag 2013 und Festsetzung des Steuerfusses - Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2014 – 2016 (IAFP) und Nachtrag zum Voranschlag 2013 «Novemberbrief»
7.	12/046	Erlass einer neuen Taxiverordnung
8.	12/077	Änderung der Nutzungsplanung: Wertgleicher Ersatz der Umzonung Schulhaus Zinzikon im Umfeld des Schulhauses Wallrüti
9.	12/078	Kredit von Fr. 1'710'000 für Ersatzneubau der Freizeitanlage Holzlegi

10. 11/069 Beantwortung der Interpellation M. Wenger (FDP), St. Schär (SVP), R. Harlacher (CVP) und M. Zeugin (GLP) betreffend Preisvergleiche der Materialverwaltung
11. 11/073 Beantwortung der Interpellation S. Näf (SP) betreffend Stimm- und Wahlbeteiligung junger Stimm- und Wahlberechtigter fördern
12. 11/085 Beantwortung der Interpellation M. Zehnder (GLP/PP) betreffend Büroräumlichkeiten Kreisschulpflege
13. 12/033 Begründung des Postulats Ch. Baumann (SP), Ch. Ingold (EVP/EDU), M. Zehnder (GLP), M. Stauber (Grüne/AL) und Ch. Magnusson (FDP) betreffend Überprüfung und Weiterentwicklung der Schulsozialarbeit
14. 11/125 Begründung des Postulats Ch. Ingold (EVP) betreffend Gesundheitsstadt
15. 11/096 Beantwortung der Interpellation W. Schurter (CVP) und K. Cometta (GLP/PP) betreffend Taxen in Winterthurer Alters- und Pflegeheimen
16. 10/015 Antrag und Bericht zum Postulat S. Stierli (SP) betreffend Schaffung der Rechtsgrundlage für Betretungsverbote für Straftäter
17. 11/038 Beantwortung der Interpellation B. Günthard Fitze (EVP/EDU) betreffend Instrument "Prioritätenordnung Wohnschutzmassnahmen"
18. 11/046 Beantwortung der Interpellation S. Näf (SP) betreffend Ladenöffnungszeiten im Detailhandel in Winterthur
19. 11/070 Beantwortung der Interpellation M. Zeugin (GLP) und A. Steiner (GLP) betreffend Reduktion der Velodiebstähle dank GPS Lockvogel Velos
20. 11/075 Beantwortung der Interpellation M. Gerber (FDP) betreffend Autobahnausfahrten Winterthur
21. 11/109 Beantwortung der Interpellation L. Banholzer (EVP), R. Diener (Grüne), Ch. Benz (SP), A. Steiner (GLP) und W. Schurter (CVP) betreffend Verkehrslenkung bzw. Lichtsignalsteuerung an Knoten unter dem Gesichtspunkt der Buspriorisierung

(*An dieser Sitzung behandelten Geschäfte)

Bürgerrechtsgeschäfte

1. B10/111 AHMETI geb. HYKASMONI Valentina, geb. 1982, und Ehemann AHMETI Skender, geb. 1980, mit Kindern Atdhe, geb. 2006, und Arianit, geb. 2008, kosovarische Staatsangehörige
2. B11/105 BERISHA geb. CUNI Leonora, geb. 1983, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, und Ehemann BERISHA Faton, geb. 1979, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, mit Kindern Leontin, geb. 2004, kosovarischer Staatsangehöriger, und Ladina, geb. 2007, kosovarische Staatsangehörige
3. B11/139 BEDZETI geb. SALIJI Anita, geb. 1982, und Ehemann BEDZETI Malzim, geb. 1980, mit Kindern Fjolla, geb. 2004, Ajla, geb. 2008, und Nejla, geb. 2010, mazedonische Staatsangehörige

4. B12/066 WENDEMU Yohanes Terefe, geb. 1977 und Ehefrau DESTA Azeb Mebratu, geb. 1978, mit Kindern TEREFE Rebeka Yohanes, geb. 2001, TEREFE Matthäus Yohanes, geb. 2003 und TEREFE Edom Yohanes, geb. 2009, äthiopische Staatsangehörige
5. B12/092 MEHRI Bennour, geb. 1961, tunesischer Staatsangehöriger
6. B12/098 ARSHIMOV Tahir, geb. 1975, und Ehefrau ARSHIMOVA geb. AGUSHEVA Atidje, geb. 1978, mit Kindern ARSIMOV Riza, geb. 1996, und ARSIMOVA Sinem, geb. 2004, mazedonische Staatsangehörige
7. B12/099 AYALP Murat, geb. 1984, türkischer Staatsangehöriger
8. B12/100 MUTHUKUMARU Nanthakumar, geb. 1969, und Ehefrau NANTHAKUMAR geb. VINAYAGAMOORTHY Vinothiny, geb. 1981, mit Kindern NANTHAKUMAR Garvien, geb. 2007, und NANTHAKUMAR Thiwani, geb. 2009, srilankische Staatsangehörige
9. B12/101 SADRIJA Jashar, geb. 1973, und Ehefrau SADRIJA geb. RAMA Shkendije, geb. 1976, mit Kindern Ermal, geb. 1997, und Erblin, geb. 1999, kosovarische Staatsangehörige
10. B12/102 SHAZIVARI geb. MEMEDI Mirsadeta, geb. 1975, und Ehemann SHAZIVARI Mesut, geb. 1973, mit Kindern SAZIVARI Arind, geb. 1997, und SAZIVARI Alisa, geb. 2001, mazedonische Staatsangehörige
11. B12/103 SPASOJEVIC Nenad, geb. 1978, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger
12. B12/105 ABDULRAHMAN Hassan Ahmed Abdulrahman, geb. 1975, irakischer Staatsangehöriger
13. B12/106 AJDINI Jasmin, geb. 1975, kosovarischer Staatsangehöriger
14. B12/107 ESS DE ARAUJO Denise, geb. 1968, mit Kind EROS HENRIQUE DE ARAUJO SOUSA Eros Henrique de Araujo Sousa, geb. 1996, brasilianische Staatsangehörige
15. B12/108 MORINA Alban, geb. 1987, kosovarischer Staatsangehöriger
16. B12/110 NAMASIVAYAM Srikannan, geb. 1975, und Ehefrau SRIKANNAN geb. SELLATHURAI Rathika, geb. 1978, mit Kindern SRIKANNAN Shangeeth, geb. 2008, und SRIKANNAN Santhosh, geb. 2010, srilankische Staatsangehörige
17. B12/111 RAMAJ Nikola, geb. 1984, und Ehefrau RAMAJ geb. KOLIQUI Kristina, geb. 1987, mit Kindern Florian, geb. 2007, und Fiona, geb. 2010, kosovarische Staatsangehörige
18. B12/112 SALIHI Sokol, geb. 1983, mit Kind Haxhi Sebastian, geb. 2010, kosovarische Staatsangehörige
19. B12/113 SATI Hüseyin, geb. 1979, mit Kind Bejna Gulan, geb. 2010, türkische Staatsangehörige

20. B12/115 THANKAVELU Nagarajah, geb. 1964, srilankischer Staatsangehöriger, und Ehefrau NAGARAJAH Priscilla Sironmani, geb. 1975, indische Staatsangehörige, mit Kindern NAGARAJAH Zioni, geb. 2006, indische Staatsangehörige, NAGARAJAH Esther, geb. 2009, indische Staatsangehörige, und NAGARAJAH Benjamin, geb. 2011, indischer Staatsangehöriger
21. B12/116 ACIKGÖZ Celal, geb. 1956, türkischer Staatsangehöriger
22. B12/119 GEORLCHUTHASAN geb. PACKIYANATHAR Diman Culin, geb. 1976, srilankische Staatsangehörige
23. B12/120 GIRARD geb. PROSHENKO Svitlana, geb. 1972, ukrainische Staatsangehörige
24. B12/122 JÜRGES Christian Markus, geb. 1965, deutscher Staatsangehöriger
25. B12/124 NUSHI Kujtim, geb. 1956, und Ehefrau NUSHI geb. MARNIKU Tereze, geb. 1961, kosovarische Staatsangehörige
26. B12/125 SELMANI Muhamer, geb. 1979, mazedonischer Staatsangehöriger
27. B12/126 TODZO geb. KLU Eugenia Ama, geb. 1968, ghanaische Staatsangehörige
28. B12/130 BAJRALJIU geb. SEJDIJI Sahadete, geb. 1975, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
29. B12/134 STOJOSKI Rade, geb. 1978, mit Kindern Davor, geb. 2009, und Andrej, geb. 2012, mazedonische Staatsangehörige
30. B12/143 RANDJELOVIC Emilija, geb. 1999, serbische Staatsangehörige

Ratspräsident J. Lisibach begrüsst zur 13. und 14. Sitzung im Amtsjahr 2012/2013.

Mitteilungen

Ratspräsident J. Lisibach: N. Albi (SVP) hat heute Geburtstag. Der Ratspräsident gratuliert herzlich.

WLAN ist im Ratssaal per sofort verfügbar. Die Bedienung sollte selbsterklärend sein. Die nächste Gemeinderatssitzung vom 10. Dezember 2012 wird ca. um 21.30 Uhr beendet. Anschliessend sind die Ratsmitglieder zu einem Apero im Festsaal eingeladen. Der Landbote hat die Erlaubnis im Ratssaal zu fotografieren.

Fraktionserklärungen

Provisorium Adlergarten

Ch. Leupi (SVP): Im Zusammenhang mit dem Umbau des Alterszentrums Adlergarten wurden folgende Informationen an die SVP herangetragen: Für einen Teil der Heimbewohner hat sich bereits beim Einzug ins Provisorium der monatliche Rechnungsbetrag erhöht. Aus diesem Grund hat Ch. Leupi im Namen der SVP-Fraktion am 1. Oktober 2012 eine Schriftliche Anfrage zu diesem Thema eingereicht, die am 21. November 2012 vom Stadtrat beantwortet wurde. Die Antwort des Stadtrates hat bei der SVP-Fraktion starkes Befremden ausgelöst. Das betrifft vor allem die Aussage, dass sich zu den Fragen 3, 5, 6 und 7 eine Ant-

wort erübrige, weil die Gebühren nicht erhöht wurden. Im Wesentlichen sollte der Umstand aufgeklärt werden, wieso sich für einen Teil der Heimbewohner der Rechnungsbetrag ändert, wenn sie ins Provisorium ziehen. Sind es die Gebühren, die sich ändern oder handelt es sich um andere Gründe? Diese Frage hätte zugegebener Massen besser formuliert werden können. Man kann aber davon ausgehen, dass der Stadtrat über die Umstände Bescheid weiss. Er hätte Grösse gezeigt, wenn er die Fragen entsprechend beantwortet hätte. Andererseits haben die Auskünfte betreffend Komfort bei der SVP-Fraktion Befremden ausgelöst. Der Stadtrat schreibt, dass im Provisorium der Komfort besser ist. Im Bezug auf die Zimmerbelegung mag das zutreffen. In einem Provisorium ist aber von Einschränkungen auszugehen. Ansonsten müsste man sich die Frage stellen, ob das Provisorium zu luxuriös ausgestattet ist. Die Antwort wäre gerade im Hinblick auf die Budgetdebatte interessant. Im Grundsatz ist in einem Provisorium mit einem niedrigeren Komfort zu rechnen. Man müsste deshalb die Frage stellen, ob während der Umbaufase ein Sonderrabatt gewährt werden müsste.

Stadtrat N. Galladé: Nach einem mündlichen und schriftlichen Versuch, wird der Stadtrat erneut mündlich die Taxordnung und deren Anwendung erklären. Die Stadt Winterthur ist an die geltende Taxordnung gebunden, die der Gemeinderat mit den Richtlinien verabschiedet hat. In den Verträgen mit den Bewohnenden der Alterszentren ist klar festgehalten, dass diese Taxordnung auch Anwendung findet, wenn Provisorien notwendig werden. Selbstverständlich muss die Qualität berücksichtigt werden. Wenn jemand aus einem zweier oder dreier Zimmer in ein Einzelzimmer umzieht, wird die gültige Taxordnung zur Anwendung kommen. Dazu fühlt sich der Stadtrat aus finanziellen und inhaltlichen Gründen verpflichtet. Der Stadtrat hat in der Beantwortung klar dargestellt, dass die Wohngruppen nicht getrennt werden sollen. Es ist aber klar, dass ein Alterszentrum nicht eins zu eins in einem Provisorium abgebildet werden kann. Dadurch kommt es zu Veränderungen. Im Sommer hat der Stadtrat über den Umzug der Wohngruppen informiert und mit allen Personen einzeln gesprochen. Er hat darauf hingewiesen, was der Wechsel bedeutet auch im Hinblick auf die Gebühren. In der Folge wurde nach Alternativen gesucht, aber die Änderungen werden von den Bewohnenden unterschiedlich aufgenommen. Wenn man die 120 Bewohnerinnen und Bewohner befragen würde, dann würden die Bewertungen sehr unterschiedlich ausfallen. Aus diesem Grund braucht es einen objektiven Massstab, der für alle angewendet werden kann. Dieser Massstab orientiert sich zu Recht an der geltenden Taxordnung.

Biorender AG

M. Wenger (FDP): Biorender steht am Abgrund. Gemäss den Berichten im St. Galler Tagblatt und im Sender DRS 1 von letzter Woche steckt Biorender Münchwilen in finanziellen Nöten. Ein Grund sind grosse technische Probleme und eine Biogasproduktion von lediglich 25 % der erwarteten Menge. Ob eine technische Lösung gefunden werden kann, wird sich zeigen. Die Schulden betragen momentan 2 Millionen. Gemäss Bericht besteht ein zusätzlicher Kapitalbedarf von ca. 3 Millionen, der von den Kapitalgebern und damit auch von der Stadt Winterthur gedeckt werden soll. Am 10. Dezember 2012 findet eine Sitzung der Kapitalgeber statt. Bei der Biorender AG scheint wenig Biogas dafür ein grosses Kostenloch zu entstehen. Es zeigt sich, dass sich die Stadt eher zu früh für noch nicht ausgereifte Projekte engagiert. Ocean Breeze ist noch immer nicht gebaut und Biorender entwickelt sich zum Forschungsprojekt mit noch nicht marktreifer Technologie. Die Stadt soll kein Risikokapital investieren, um die Energieversorgung zu sichern. Je nach Situation und Wissensstand wird die FDP-Fraktion am nächsten Montag eine Dringliche Interpellation einreichen.

Stadtrat M. Gfeller: Die Sachkommission Bau und Betriebe wurde unter dem Siegel der Vertraulichkeit detailliert über die Probleme orientiert. Aus diesem Grund will Stadtrat M. Gfeller nicht weiter ins Detail gehen. Als Verwaltungsratsmitglied der Biorender AG darf er das auch nicht. Er will aber Folgendes zu bedenken geben: Die erneuerbaren Energien, das haben die Winterthurer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bestätigt, sind ein wichtiges Thema. Die Energiewirtschaft ist deshalb gefordert neue Entwicklungen zu forcieren. Im Strombereich geschieht das durch eine kostendeckende Einspeisevergütung auf nationaler Ebene. Fotovoltaik kann zu hohen Preisen Strom produzieren und absetzen. In Winterthur

wurde der Klimafond eingerichtet, der von der Stromkundschaft finanziert wird, zudem wurde ein Gebäudeprogramm initiiert. Auf dem Gebiet der Stromproduktion passiert sehr viel, im Gegensatz zur Gaswirtschaft. Flawil und Uzwil haben entschieden, Biorender weiter zu tragen. In Winterthur wird sich der Stadtrat in zwei Tagen mit dem Thema befassen. Es ist wichtig, dass man auch von der Gaswirtschaft verlangt, dass sie auf erneuerbare Gasproduktion setzt und durchaus ein dosiertes Risiko eingeht. Ohne Risiko sind Neuentwicklungen in der Energiewirtschaft kaum möglich. Es stimmt nicht, dass Biorender über lange Zeit lediglich 25 % der erwarteten Menge produzieren konnte, zum Teil konnten bereits 50 % erreicht werden. Die Gründe für die reduzierte Produktion sind bekannt. An diese Zwischenergebnisse kann angeknüpft werden. Die technischen Kenntnisse zur Weiterentwicklung von Biorender sind vorhanden, aber es braucht zusätzliche Investitionen. Stadtrat M. Gfeller kann bestätigen, dass am 10. Dezember 2012 eine Sitzung stattfinden wird. Im Anschluss kann er genauer Auskunft darüber geben, wie die Firma saniert werden soll. Der Stadtrat ist aber nicht ganz glücklich über den Umstand, dass die Öffentlichkeit informiert worden ist, bevor Biorender vertraulich über eine mögliche Sanierung verhandeln kann. Diese Gespräche sollten geführt werden können, ohne dass jeden zweiten Tag negative Schlagzeilen erscheinen, die zwar die Presse erfreuen, für eine neue technische Entwicklung aber eher hinderlich sind.

Persönliche Erklärung

Hausnummer am Stadthaus

B. Günthard Fitze (EVP): Manchmal sind die Dinge in der Politik ganz einfach. Anlässlich der Fragestunde hat B. Günthard Fitze auf die fehlende Hausnummer am Stadthaus hingewiesen. Das Resultat ist offensichtlich. Das Stadthaus ist jetzt mit der Hausnummer 4a versehen. B. Günthard Fitze dankt dem Bauamt, insbesondere dem Vermessungsamt, herzlich für die unkomplizierte Umsetzung des Anliegens.

1. Traktandum

Protokoll der 9./10. Sitzung

Ratspräsident J. Lisibach: Die Protokolle sind in der Stadtkanzlei zur Einsicht aufgelegt und im Internet veröffentlicht worden. Einsprachen sind keine eingegangen. Der Ratspräsident stellt den Antrag die Protokolle abzunehmen. Es gibt keine Einwendungen. Damit sind die Protokolle abgenommen.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2010/097: Fristerstreckung für Antrag und Bericht zum Postulat

B. Dubochet (Grüne/AL), F. Landolt (SP), B. Meier (GLP/PP), L. Banholzer (EVP/EDU) und M. Stutz (SD) betreffend Leitlinien und Strategie Stadtwerk Winterthur

R. Diener (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion stimmt dem Antrag des Stadtrates zu. Der skizzierte Rahmen zur Erarbeitung einer Strategie für Stadtwerk Winterthur erscheint vernünftig und zielführend. Die Stadt Winterthur muss sich über die Zukunft von Stadtwerk klar werden. Die Grüne/AL-Fraktion kann das Vorgehen unterstützen und beantragt die Zustimmung zur Fristerstreckung. Eine Anmerkung zu den Zielen möchte R. Diener anbringen. Es ist sicher wünschbar, wenn Stadtwerk möglichst viel Geld an die Stadtkasse abliefern kann. Gewisse Zielkonflikte lassen sich aber kaum vermeiden. Gerade am Thema Biorender wird ersichtlich, dass ein Konfliktpotential besteht. Die Energiepreise sind letztendlich nicht kos-

tendeckend, auch aufgrund der externen Kosten, die in Bezug auf die Umwelt entstehen. Deshalb ist es sehr wichtig, dass man sich Gedanken macht. Vielleicht müssen die Preise sogar etwas erhöht werden. Diese Mehreinnahmen können nicht unbedingt vollständig an die Stadtkasse abgeliefert werden. Sie sollten zum Teil investiert werden, entweder in ein Anreizsystem zum Sparen oder in die Förderung von erneuerbaren Energien. Auch in Winterthur ist es denkbar, dass diese Fragen erneut aufgegriffen werden. Das ist durch die Abstimmung am letzten Wochenende bestätigt worden. Es muss sich lohnen, sparsam mit Energie umzugehen. Zudem muss sich die Bereitstellung von alternativen Energien für die Produzenten lohnen. In diesem Sinne ist die Grüne/AL-Fraktion auf die Strategie gespannt und freut sich auf die Lösungen.

F. Landolt (SP): Die SP-Fraktion kann dem Antrag nach Fristerstreckung zustimmen. Es ist notwendig zu diesem Zeitpunkt eine umfassende Strategie zu entwickeln. Vor zwei Wochen wurden sowohl die 2000-Watt-Initiative wie auch der Gegenvorschlag angenommen. Weil ein Wechsel an der Spitze von Stadtwerk stattgefunden hat, ist jetzt eine neue Basis vorhanden. Die SP-Fraktion unterstützt die Fristerstreckung.

Ratspräsident J. Lisibach stellt fest, dass keine Wortmeldungen mehr vorliegen. Damit hat der Gemeinderat der Fristerstreckung bis am 7. Mai 2013 zugestimmt.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2012/044: Fristerstreckung zum Beschlussantrag S. Näf (SP), M. Wenger (FDP), Ch. Griesser (Grüne/AL), S. Gygax und M. Wäckerlin (GLP/PP), N. Gugger (EVP/EDU) und D. Oswald (SVP) betreffend Offenlegung von Interessenbindungen

S. Näf (SP): In der Aufsichtskommission (AK) konnte das Geschäft noch nicht besprochen werden, unter anderem weil das Budget vorbereitet werden musste. Die AK hat einstimmig der Fristerstreckung zugestimmt.

6. Traktandum

GGR-Nr. 2012/090: Voranschlag 2013 und Festsetzung des Steuerfusses - Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2014 – 2016 (IAFP) und Nachtrag zum Voranschlag 2013 «Novemberbrief»

S. Stierli (SP): Traditionsgemäss gibt S. Stierli als Präsident der AK einen kurzen Überblick über den Voranschlag und die finanzielle Situation im Rahmen dieser Eintretensdebatte. Der Voranschlag 2013 des Stadtrates gemäss Weisung vom 12. September 2012 sah ein beinahe ausgeglichenes Ergebnis bei Aufwendungen und Erträgen von rund 1,48 Mia. vor. Offenbar war dem neuen Stadtrat – zu Recht - mit dem vorgelegten Budget nicht wohl. Er ist über die Bücher gegangen und hat ein kleines internes Sparprogramm, beziehungsweise Verschiebungsprogramm, durchgezogen. Der Novemberbrief, also Weisung Nr. 2012/090 vom 7. November 2012, sieht verschiedene Änderungen vor; der Voranschlag 2013 weist nun einen Ertragsüberschuss von 1,38 Mio. Franken auf. Die wichtigsten Kennzahlen des Voranschlages 2013 präsentieren sich wie folgt: Der **Aufwand** beläuft sich neu auf 1,464 Mia. und der **Ertrag** auf 1,465 Mia. Wie bereits erwähnt wird ein **Ertragsüberschuss** von 1,38 Mio. Franken veranschlagt. Gegenüber dem Voranschlag 2012 soll der bereinigte Aufwand um rund 2 % steigen. Das Investitionsprogramm des Allgemeinen Verwaltungsvermögens beläuft sich auf rund 112 Mio. Franken gemäss Novemberbrief ein Minus von 1,295 Mio. und beim Verwaltungsvermögen der städtischen Betriebe auf 168 Mio. Franken das ist ein Plus von 3,3 Mio. Beim Finanzvermögen ist eine Nettoinvestition von 11,5 Mio. vorgesehen. Betreffend Personalaufwand hat der Stadtrat in der Weisung mit Verweis auf die

schwierige Budgetsituation ursprünglich beantragt, auf eine Erhöhung der Lohnstufen und eine Quote für Leistungsanteile zu verzichten. Im Novemberbrief ist nun 1 Mio. eingestellt. Damit soll dem Personal eine ausserordentliche einmalige Zulage von 100, 200 oder 300 Franken ausbezahlt werden. Der Stellenplan soll sich 2013 auf 3'207.58 Stellen belaufen, mit Novemberbrief 2012: 3'174,85. Das ist ein Zuwachs von 32 Stellen gegenüber dem Voranschlag 2012. Dort war ein Zuwachs von 63 Stellen ausgewiesen. Der Zuwachs von neuen Stellen hat sich also halbiert, was erfreulich ist. **IAFP:** Der Integrierte Aufgaben- und Finanzplan sieht für die Jahre 2014, 2015 und 2016 Aufwandüberschüsse, also Verluste, von 34, 27 und 31 Mio. Franken vor. Die AK wurden von der zuständigen Stadträtin darauf hingewiesen, dass die Kommission bzw. der Grosse Gemeinderat den IAFP lediglich zu Kenntnis nehmen kann und nicht vorgesehen ist, diesen ablehnen zu können.

Würdigung: Im Voranschlag 2011 war der Stadtrat im IAFP bereits davon ausgegangen, dass sich 2013 ein Aufwandüberschuss von rund 20 Mio. Franken ergibt. Nun kann mit einem ausgeglichenen Ergebnis bzw. einem Ertragsüberschuss von 1,38 Mio. Franken gerechnet werden. Der Grund dafür ist einerseits ein voraussichtlicher Ressourcenausgleich, den die Stadt vom Kanton erhält, in der Rekordhöhe von 92 Mio. Franken. Diesem liegt, wie bekannt ist, der Börsengang der Rohstofffirma Glencore zu Grunde. Durch den Börsengang dieser Firma profitiert insbesondere deren CEO, welcher in Rüslikon angemeldet ist, was dort zu einem hohen Anstieg der Steuereinnahmen führt und den genannten Effekt auf den Ressourcenausgleich zur Folge hat. Im Voranschlag 2013 Buch A, S. 8, schreibt der Stadtrat, der Ressourcenausgleich erhöhe sich aufgrund des Börsengangs der Firma Glencore gegenüber der ursprünglichen Planung um 25 Mio. Franken. In der Kommission hat der Stadtrat eingeräumt, man gehe von 20 Mio. Franken aus. Fest steht demzufolge, dass der Stadtrat ohne den Glencoreffekt einen Aufwandüberschuss von über 20 Mio. Franken budgetieren müsste. Die Mitglieder der Aufsichtskommission sind einstimmig zum Schluss gekommen, dass sie mit dem Voranschlag nicht zufrieden sind.

Wenn man den Voranschlag und die Weisung des Stadtrates liest, hat man nicht den Eindruck, dass der Stadtrat den Ernst der Lage erkannt hat. Ohne den Glencorebörsengang hätte ein Defizit von 20 Mio. Franken budgetiert werden müssen. Der Stadtrat plant für die nächsten Jahre weitere Defizite von jährlich um die 30 Mio. Franken. Wohlgermerkt verfügt die Stadt über ein Eigenkapital von rund 24 Mio. Franken. Durch die Einführung von HRM2 und die Verwendung des Aufwertungsgewinns zur Sanierung der Pensionskasse werden die stillen Reserven gebunden. Der Stadtrat würdigt in der Weisung den Voranschlag und räumt ein, dass das Bevölkerungswachstum ein Problem sei und der Stadtrat übt auf mehreren Seiten Kritik am neuen Finanzausgleich. Der Ausweg, um die finanzielle Lage der Stadt Winterthur zu verbessern, sieht der Stadtrat einzig darin, beim Kanton um eine „Nachbesserung“ des Zentrumslastenausgleichs zu bitten (Weisung S. 9). S. Stierli ist der Meinung, dass der Stadtrat schon lange ein Sanierungsprogramm hätte in die Wege leiten müssen. Die ersten Resultate müssten sich bereits im Voranschlag 2013 bemerkbar machen. Die wirtschaftlichen Aussichten sind düster und von den Steuern her ist Winterthur bereits heute eine der teuersten Gemeinde des Kantons. Der Stadtrat hat daher keine grossen Möglichkeiten, die Einnahmenseite zu verbessern. In der Aufsichtskommission wurden daher einige Anträge gestellt, das Gesamtbudget zu kürzen und zwar über die Städtischen Allgemeynkosten. Der Stadtrat stellt sich vehement dagegen und beharrt darauf, dass der Gemeinderat nicht pauschale Sparbeträge festlegen soll, sondern genau sagt, welche Leistungen abgebaut werden sollen. Zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, dass solche pauschalen Sparübungen beim Kanton bereits durchgeführt wurden; die rechtliche Zulässigkeit ist jedoch umstritten. Die Finanzdirektorin des Kantons hat in der letztjährigen Budgetdebatte im Kantonsrat festgehalten, dass solche Anträge unzulässig sind. Umso erstaunter war S. Stierli, als er dem Novemberbrief entnehmen musste, dass der Stadtrat selber in den Städtischen Allgemeynkosten eine Pauschalkorrektur von 2 Mio. Franken einstellt und diese dann über alle steuerfinanzierten Produktgruppen verteilt werden. Offenbar weiss aber der Stadtrat genau, wie diese 2 Mio. in den einzelnen Produktgruppen eingespart werden. Er hat jedoch nicht gesagt, welche Leistungen konkret abgebaut werden sollen. Auch in den Parlamentarischen Zielvorgaben finden die Budgetkürzungen keinen Niederschlag. Die SP ist gespannt darauf, wie diese pauschale 2-Millionenkürzung umgesetzt wird.

Die AK beantragt einstimmig, auf den Voranschlag einzutreten. Die AK nimmt auch mit Befriedigung zur Kenntnis, dass der Stadtrat mit dem Novemberbrief grosse Anstrengungen unternommen hat, damit ein Aufwandüberschuss von immerhin 1,38 Mio. Franken budgetiert werden kann. Der neuen Finanzvorsteherin spricht S. Stierli ein Lob aus, weil sie versucht hat das Ergebnis zu verbessern. Die neue Situation führt sogar dazu, dass eine Ausschüttung von Zulagen an das Personal 1 Mio. Franken bereitgestellt werden kann. Der Stadtrat hat im Novemberbrief richtig ausgeführt, dass das städtische Personal durch verschiedene Umstände stark belastet ist und die Zulagen sollen ein kleines Zeichen des Dankes sein. S. Stierli schliesst sich namens der AK diesem Dank an. Er dankt dem Stadtrat und dem städtischen Personal für die geleisteten Dienste. Die AK beantragt daher auch die übrigen Anträge des Stadtrates gutzuheissen. Zu einzelnen Abweichungen wird im Verlaufe der Detailberatung Stellung genommen.

D. Oswald (SVP): D. Oswald dankt dem Kommissionspräsidenten für seine konstruktive Art die AK zu führen, vor allem während der Budgetdebatte. Die Diskussion wurde intensiv und sachlich hart geführt und das ist gut so. Das Parlament muss sich bewusst sein, dass sich auf der Seite des Stadtrates die Verantwortlichkeiten geändert haben. Das Budget wurde unter anderer Führung erstellt. Vertreten wird es heute auch von den zwei neuen Stadträtinnen und dem neuen Stadtpräsidenten, die sich sehr gut eingearbeitet haben und ihre Sache ernst nehmen. Die SVP hat bereits nach bekannt werden des Ergebnisses von 2012 befürchtet, dass das Budget 2013 nicht befriedigend ausfallen wird. Eigentlich hätte man bereits Sparmassnahmen beschliessen müssen. Nach der Prüfung des Budgets ist die SVP-Fraktion zum Schluss gekommen, dass der Aufwand um 20 Millionen reduziert werden könnte. Trotzdem hat sich die Fraktion entschieden auf die Beratung eintreten und abzuwarten welche Verbesserungen möglich sind. Nicht nur das Budget 2013 ist heute ausschlaggebend, sondern eine langfristige Betrachtung der finanziellen Entwicklung der Stadt Winterthur. Der Investitionsbedarf in die Infrastruktur ist hoch. Es braucht neue Schulhäuser und im Sportbereich und auch in der Verkehrsinfrastruktur besteht ein Nachholbedarf. Der Präsident der AK hat es bereits erwähnt, die Stadt wird nach der Sanierung der Pensionskasse maximal verschuldet sein. Es darf nichts mehr passieren. Zusätzliche Begehren stehen ebenfalls im Raum, zum Beispiel eine Stiftung für günstigen Wohnraum aber auch andere Begehrlichkeiten. Es geht nicht darum ein einzelnes Jahr zu betrachten, sondern darum in die Zukunft zu schauen.

Es muss allen bewusst sein, dass es notwendig ist für die nächsten Jahre zu planen.

D. Oswald hat das Gefühl, dass versucht wird 2013 noch einige Anliegen unterzubringen, weil danach gespart werden muss. Das ist menschlich nachvollziehbar, aber die Gefahr besteht, dass die Stadt Ausgaben tätigt, die nicht nachhaltig sind. D. Oswald zeigt die Entwicklung der Ausgaben und der Einwohnerzahl seit 2005 auf: Die Zahl der Einwohner ist in diesem Zeitraum um 11,5% gestiegen und die Ausgaben um 23%. Die Teuerung betrug 8,5%. Wenn man zu den 11,5% Wachstum die Teuerung dazuzählt, ergibt das 20%. Das bedeutet, dass die Ausgaben überproportional gewachsen sind. D. Oswald hat bei dieser Rechnung die Nettoausgaben von 1,25 Milliarden eingesetzt, weil die interne Verrechnung in dieser Hinsicht keine Rolle spielt. Das Argument, dass viele Stellen refinanziert werden, ist nicht nachvollziehbar, weil eine öffentliche Verwaltung nicht als Profitcenter geführt werden kann. Das kann man umsetzen, wenn es primär darum geht, Geld zu verdienen. Die Stadt ist ein Servicecenter, dabei sind die Kosten ausschlaggebend und nicht der Ertrag. Die SVP stellt folgenden Antrag: „Rückweisung des Budgets 2013 inklusive Sparauftrag von 20 Millionen.“ Die Fraktion ist überzeugt, dass diese Einsparungen möglich sind. Mit globalen Sparanträgen hat D. Oswald im Kantonsrat Erfahrungen gesammelt. Man kann dem Stadtrat den Auftrag geben pauschal zu sparen. Diese Haltung ist aber nicht sehr konstruktiv. Deshalb ist eine Rückweisung mit einem konkreten Auftrag das bessere Vorgehen.

Die SVP ist überzeugt, dass Einsparungen von 20 Millionen machbar sind. Die erste Ausgangslage ist die Rechnung 2011. Der Aufwand belief sich pro Einwohner auf 11.31 Franken, im Jahr 2012 waren es 11,62 Franken. Im Voranschlag 2013 erhöhen sich die Ausgaben pro Einwohner auf 11,72 Franken mit dem Novemberbrief werden diese Kosten auf 11,70 reduziert. Wenn man den Aufwand pro Einwohner bei 11,62 Franken belässt, wie das im Budget 2012 der Fall war, könnte die Stadt 1,241 Milliarden ausgeben. Damit würden sich

die Ausgaben, verglichen mit dem Budget 2012, noch immer um 15 Millionen erhöhen, die Ausgaben für das Jahr 2013 würden um 9 Millionen reduziert. Dabei könnten die Personalkosten, die Passivzinsen und die Abschreibungen unverändert belassen werden. Es wären aber Anpassungen bei den Übrigen Kosten und den Sachkosten notwendig. Aber auch dort würde mehr Geld zur Verfügung stehen, als im Voranschlag 2012. Die SVP will aber 20 Millionen sparen. Die Sachkosten könnten auf 155 Millionen reduziert werden, was nach wie vor 2,61 % mehr ist als 2011. Im gleichen Zeitraum hat die Bevölkerung um 2,53 % zugenommen. Die Passivzinsen und die Abschreibungen könnten unverändert bleiben. Die Übrigen Kosten könnten mit 479 Millionen eingesetzt werden, das sind 6,3 % mehr als 2011. Über die 20 Millionen aus dem Börsengang von Glencore wurde bereits verschiedentlich diskutiert. D. Oswald hält nichts davon, über die Entstehung dieser 20 Millionen Krokodilstränen zu vergiessen und zu diskutieren, ob das ethisch sinnvoll ist. Wichtig ist, dass die Stadt den Betrag sinnvoll einsetzt für die Einwohner von Winterthur. Am einfachsten können Kosten eingespart werden, wenn die Ausgaben reduziert werden. Es ist davon auszugehen, dass die Stadt vor einem Sanierungsprogramm steht, deshalb wäre es falsch jetzt etwas aufzubauen, das nicht von Gesetzes wegen gefordert ist. Was soll in einem Jahr damit geschehen, muss dann wieder abgebaut werden? D. Oswald plädiert für langfristiges Denken. Falls der Gemeinderat dem Rückweisungsantrag nicht zustimmt, wird die SVP entsprechende Sparanträge unterstützen, auch wenn es sich um Globalsparanträge handelt. Die Fraktion wird aber auch eigene Anträge stellen. Es gibt verschiedene Ansätze, über die diskutiert werden kann. Es geht darum das Sparpotential zu finden. D. Oswald ruft dem Parlament in Erinnerung, dass bei der Beratung von HRM2 beschlossen wurde, die Rechnungslegung anzupassen und gleichzeitig die stillen Reserven zugunsten der Pensionskasse aufzuheben. Alle Ratsmitglieder haben erkannt, dass eine Verschuldung zu einem Risiko wird. Das muss man beachten. Deshalb muss sich das Parlament bewusst sein, dass eine Verzichtsplanung notwendig ist. Nicht alles wird möglich sein, auch wenn man es gerne hätte. Auch der Gemeinderat muss bereit sein gewisse Abstriche zu machen und sich mit Forderungen zurückzuhalten. Damit kann er den Stadtrat in seinen Sparbemühungen unterstützen. Das muss ein Beitrag sein von beiden Seiten, damit die finanzielle Situation der Stadt Winterthur entspannt werden kann. D. Oswald dankt allen für die Unterstützung des Rückweisungsantrags. Der Antrag der SVP, mit dem Sparantrag von 20 Millionen, bedeutet nach wie vor ein Ausgabenwachstum gegenüber 2005 von 21 %. Dieser Sparantrag ist gerechtfertigt und kann auch umgesetzt werden. Die Stadt muss sich genau überlegen, wie das Geld eingesetzt werden soll.

Ratspräsident J. Lisibach: Normalerweise sollte der Gemeinderat jetzt ausschliesslich über den Rückweisungsantrag debattieren. Erfahrungsgemäss funktioniert das nicht. Der Ratspräsident bittet die nachfolgenden Redner im Rahmen des Eintretensvotums auch zum Rückweisungsantrag Stellung zu nehmen. Nach der Eintretensdebatte wird über den Antrag abgestimmt.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Der Voranschlag der Stadt Zürich weist einen Verlust von 84 Millionen auf, derjenige von Uster beläuft sich auf 2,1 Millionen und Dietikon hat einen Verlust von 500'000 Franken budgetiert. Ch. Griesser versteht deshalb das Gejammer nicht ganz. Winterthur hat einen Gewinn von 1,3 Millionen budgetiert. Bereits in der AK wurden von verschiedenen Fraktionen Gewinne in unterschiedlicher Höhe gefordert. Bei einem Gewinn von 20 Millionen wäre aber eine ordentliche Lohnrunde zwingend. Dieser Forderung werden sich auch andere Begehrlichkeiten anschliessen. Es geht in dieser Budgetdebatte um ein einzelnes Jahr, nämlich um das Jahr 2013. Der Stadtrat zeigt mit seiner schwarzen Null relativ grosse Weitsicht. Die Fraktionen der Schwarzmalen sehen das anders. Aber man muss nicht immer vom Schlimmsten ausgehen. Würden Unternehmer und private Haushalte immer vom Schlimmsten ausgehen, gäbe es keine Investitionen mehr. Zudem muss man sehen, dass die budgetierten Steuererträge auf Annahmen basieren. Die Konjunkturzyklen werden aber immer kürzer. Wenn in der Zeitung steht, dass die Wirtschaft gut läuft, dann ist das bereits Vergangenheit und wenn von einer Krise gesprochen wird, ist diese meist bereits vorbei. Für die Grüne/AL-Fraktion ist der Voranschlag in Ordnung. Sie wird den Rückweisungsantrag der SVP nicht unterstützen.

N. Gugger (EVP): Budgetdebatten beinhalten grossen Zündstoff. Mit dem Budget müssen vor allem öffentliche Aufgaben erfüllt werden, wie Wohlfahrt, Bildung und Infrastruktur. Nur daran ist eine Regierung zu messen. Dass das Budget kein Defizit aufweist, ist kein Qualitätsmerkmal. Ob der Saldo positiv, negativ oder ausgeglichen ist, ist weit weniger wichtig als die richtigen Massnahmen für die Bevölkerung. Wer beim Haushalten einzig auf den Saldoausgleich schaut, macht schlechte Budgetpolitik, weil er die Hauptaufgabe, die gesamtwirtschaftliche Lenkung mittels Einnahmen und Ausgaben vernachlässigt. Gute Budgetpolitik kann hohe Defizite bedeuten und ein ausgeglichenes Budget kann das Ergebnis einer destruktiven Budgetpolitik sein. Zum heutigen Zeitpunkt, wo die Not steigt und die öffentliche Hand günstig Geld aufnehmen kann, sollte eine Budgetdebatte über langfristige Ziele und nicht über kurzfristige Defizitreduktionen geführt werden. Unüberlegte Hüftschüsse treffen selten ins Schwarze. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist das Verbreiten von Hoffnung und Vertrauen durch Politik und Wirtschaft von hoher Wichtigkeit. Das stadträtliche Budget wird dieser Anforderung gerecht indem es der Bildung, der Infrastruktur, der Sicherheit und der allgemeinen Wohlfahrt Rechnung trägt. Pauschalkürzungen sind aus Sicht der EVP verantwortungslos. Aus diesem Grund unterstützt die EVP das Budget des Stadtrates und lehnt die pauschale Rückweisung mit einem Sparauftrag von 20 Millionen ab. Vielmehr wünscht sich die EVP von Stadträtin Y. Beutler für die nächsten drei Jahre, 2014 bis 2016, ein Sparpaket und Massnahmen damit das Eigenkapital der Stadt in Zukunft genährt werden kann.

R. Harlacher (CVP): Die Erwartungen der CVP im Vorfeld des Budgets 2013 waren hoch gesteckt. Die Fesseln der Vergangenheit mit dem alten Finanzausgleichsgesetz sind definitiv abgelegt. Die Stadt Winterthur kann ihre finanzielle Situation selber regeln. Mit Blick auf eine eher besorgniserregende Finanzsituation in den kommenden Jahren war es für die CVP klar, dass das Budget 2013 wegweisend und nachhaltig sein muss, um langfristig die Finanzen der Stadt in den Griff zu bekommen. Die Erwartungen, dass ein Budget vorgelegt wird, das einen deutlichen Ertragsüberschuss generiert, damit Eigenkapital für die Zukunft aufgebaut werden kann, wurden sehr rasch enttäuscht. Die CVP-Fraktion hat mit mindestens 15 bis 20 Millionen Überschuss gerechnet, welche zugunsten des Eigenkapitals hätten eingesetzt werden können, um nachhaltig die Finanzen in die richtige Richtung zu lenken. Als das Budget auf dem Tisch lag, konnte die CVP kaum glauben was da zu sehen war. 2013 schafft die Stadt knapp eine schwarze Null und das auch erst nach dem Novemberbrief. Für die Jahre 2014 bis 2016 sieht das Bild tiefrot aus, mit fast 95 Millionen Verlust. Das ist eine herbe Enttäuschung und hat eine gewisse Ratlosigkeit hinterlassen. R. Harlacher weiss nicht was es an diesem Budget zu beschönigen gibt, wenn mit 95 Millionen Verlust in den nächsten Jahren gerechnet werden muss, bei einem Eigenkapital von 24 Millionen. Das würde bedeuten die Stadt ist bis 2014 bei gleichbleibender Verschuldung pleite. Offenbar hat der Stadtrat die Zeichen der Zeit noch nicht erkannt. Vielleicht sind diese Zeichen auch von den scheidenden Stadträten, die das Budget entscheidend mitzuverantworten haben, schlicht ignoriert worden.

Die Finanzaussichten der Stadt Winterthur sind so düster wie schon lange nicht mehr. Es ist deshalb umso erstaunlicher, dass der Stadtrat nicht bereits im Budget 2013 ein grösseres Sparpaket realisiert hat. Es werden mehr Stellen geschaffen und mehr Aufwand produziert als im aktuellen Jahr. Die Kosten, die jetzt generiert werden, wirken nicht nur im Jahr 2013, sondern auch in den Folgejahren. Jede neu geschaffene Stelle in der Verwaltung kann in Zukunft kaum mehr abgebaut werden. Es ist deshalb höchste Zeit die Handbremse zu ziehen und die Kostenexplosion einzudämmen. Das muss heute im Rat passieren. Alle Parlamentarier tragen die Verantwortung für einen gesunden und nachhaltigen Finanzhaushalt. Höher Einnahmen sind kaum in Sicht. R. Harlacher ist in dieser Hinsicht nicht optimistisch. Ein weiterer Glencore-Effekt ist für die Jahre 2014 oder 2015 kaum zu erwarten. Für die CVP-Fraktion ist klar, dass Steuererhöhungen in den nächsten Jahren kein Thema sein dürfen. Insgesamt ist das Budget 2013 eine grosse Enttäuschung. Die Zeichen der finanzpolitischen Lage sind nicht erkannt worden. Die CVP wird deshalb auch diverse Sparanträge unterstützen, zu welchen auch eine Pauschalkürzung gehört, mit dem Ziel rund 10 Millionen Ertragsüberschuss im Jahr 2013 zu erreichen. R. Harlacher hofft auf breite Unterstützung

und auf ein Mittragen der finanziellen Verantwortung durch den Grossen Gemeinderat. Für den Rückweisungsantrag der SVP bekundet die CVP gewisse Sympathien. Damit soll die Stadt auf den richtigen Weg gebracht werden. Dazu ist es aber etwas zu spät. Wenn ein Ertragsüberschuss von 10 Millionen erreicht werden kann, ist ein erster Schritt in die richtige Richtung getan. In den Folgejahren wird es sich zeigen, ob auch 2014 bis 2016 eine schwarze Null erreicht werden kann.

M. Wenger (FDP): Die FDP dankt dem Stadtrat und allen Beteiligten für die Erstellung des Budgets. Die Angaben sind verlässlich und die Detaillierung ist gut. Es wurde professionell und qualitativ auf hohem Niveau gearbeitet. Auch die ersten vom Gemeinderat überarbeiteten Produktegruppen sind messbarer und damit verbessert worden. Es liegt in der Natur der Sache, dass ein Budget kritisiert und korrigiert wird. Die Auswirkungen dieser Korrekturen werden sehr gern dramatisiert – nach dem Motto, lerne jammern ohne zu leiden. Auch heute wird die FDP 99 % des Budgets bestätigen. Das darf der Stadtrat durchaus als Kompliment für seine Arbeit verstehen. Vier Punkte sind festzuhalten: 1. Trotz des positiven Abschlusses von 1,4 Millionen ist das kein ehrgeiziges Budget. Der Stadtrat hat seine eigenen Ziele verpasst mit einem Überschuss von 5 bis 10 Millionen das Eigenkapital zu verbessern. Die Voraussetzungen dazu wären gut gewesen – Stichworte: Glencore und tiefere Zinsen. 2. In den meisten Produktegruppen sind tiefere Leistungsziele zu finden als im Vorjahr. Hier muss man sich fragen, warum fehlt der Ehrgeiz sich zu verbessern. 3. Die städtische Mitarbeiterzahl wächst seit 2007 mehr als die Bevölkerung, auch in diesem Jahr und immer gut begründet. Im Durchschnitt steigt die Anzahl der Mitarbeitenden um 50 Stellen pro Jahr. Dank dem Umbau des Alterszentrums Adlergarten fällt das Wachstum für dieses Jahr tiefer aus. Klar, nach diesem Umbau werden die 22 Stellen wieder aufgestockt. 4. Der IAFP, das heisst die Zukunft des Finanzhaushalts, ist erschreckend. Es wird ein massiver Verlust prognostiziert und Steuererhöhungen werden bereits angekündigt. Die FDP will das nicht und wird sich für folgende Änderungen einsetzen: 1. Das Resultat soll sich um 5 bis 10 Millionen verbessern. Die Verbesserung soll dem Eigenkapital zugutekommen. Das entspricht den Legislaturzielen des Stadtrates. 2. Die Stadtverwaltung soll bezüglich Sach- und Personalaufwand effizienter werden. Auch das wäre eigentlich in den Legislaturzielen des Stadtrates vorgesehen. Die einmalige Zulage an das Personal von 1 Million wird die FDP unterstützen: Weil sich Leistung lohnen muss, soll diese Million nach Leistung, das heisst Qualifikation, verteilt werden und nicht einfach nach dem Giesskannenprinzip. 4. Der Sach- und Personalaufwand soll reduziert werden. Die FDP freut sich auf die heutige Diskussion, auch zum Thema kostenwirksame Effizienzverbesserungen. Den Rückweisungsantrag der SVP wird die FDP nicht unterstützen, weil sie überzeugt ist, dass der Gemeinderat mit der heutigen Debatte in die richtige Richtung gehen und ein Umdenken erreichen wird.

M. Zeugin (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion dankt S. Stierli (SP) für die Führung dieses Geschäfts in der AK. In einigen Bereichen wurde etwas tiefer gegraben und S. Stierli hat die Diskussionen sehr gut geführt. M. Zeugin bedankt sich auch bei den Mitgliedern der AK, die sich sehr viel Zeit genommen haben genau hinzuschauen. Das hat sich gelohnt. Das Budget 2013 ist speziell. Es steht unter dem Stichwort „finanzpolitische Sackgasse“. Zwar hat der Stadtrat Verbesserungen angebracht und mit dem Novemberbrief eine schwarze Null erreicht. Das war nur möglich, weil er selber eine pauschale Kürzung vorgenommen hat und die Investitionen oder zumindest deren Zielvorgaben gekürzt hat. So konnte er kurzfristig profitieren. Das ist eine Sackgasse, weil in diesem Voranschlag zwei wesentliche Sondereffekte enthalten sind, zum einen sind das die 20 Millionen aus dem Börsengang von Glencore. Zum anderen weicht der Stadtrat von einer Praxis ab, die er im vergangenen Jahr begonnen hat, indem er periodengerecht die bereits realisierten Pensionsverluste in der entsprechenden Periode zurückstellt. Damit das Loch nicht weiter anwächst, sollten 5 Millionen zurückgestellt werden. Würde man das Budget bereinigen, müssten weitere 25 Millionen abgezogen werden, um ein strukturell bereinigtes Budget zu erhalten. Eine Sackgasse ist das aber auch weil der IAFP eine deutliche Sprache spricht. Dieser sieht von 2014 bis 2016 rund 100 Millionen Verlust vor. Dabei sind die eigentlichen Verluste von 25 Millionen im kommenden Jahr nicht eingerechnet. Würde man diese Sondereffekte mit einrechnen, würde der Verlust 125 Millionen erreichen. Der strukturelle Verlust, der im nächsten Jahr realisiert

wird, entspricht dem vorhandenen Eigenkapital der Verwaltungsrechnung in der Bilanz der Stadt Winterthur. Das sind klare Signale, dass sich die Stadt in einer finanzpolitischen Sackgasse befindet. Steuererhöhungen werden nicht nur von einzelnen Parlamentsmitgliedern rhetorisch in den Raum gestellt, entsprechende Signale sind auch vom Stadtrat zu hören. Damit ist die GLP nicht einverstanden.

Die Fraktion kann durchaus nachvollziehen, warum die SVP einen Richtungswechsel fordert. Den braucht es tatsächlich aber die GLP geht diesen anders an: 1. Die Fraktion macht konstruktive Vorschläge und wird den Antrag stellen, den IAFP, der ein Defizit von rund 100 Millionen ausweist, negativ zur Kenntnis zu nehmen. Es wurde zwar erklärt, dass der Gemeinderat den IAFP nicht negativ zur Kenntnis nehmen kann. Es geht aber um wesentliche Richtlinien für die kommenden Jahre, deshalb nimmt die GLP diesen Teil negativ zur Kenntnis und bittet den Stadtrat das entsprechend wahrzunehmen. 2. Die GLP hat in den vergangenen Jahren in der Budgetdebatte konkrete Vorschläge eingebracht, wie das starke Ausgabenwachstum der Stadt Winterthur eingegrenzt werden kann. Sie wird Anträge im Umfang von ca. 3 Millionen stellen und hofft, dass diese Anträge eine Mehrheit finden. Die doch spezielle Situation führt dazu, dass auch ein pauschaler Kürzungsantrag gestellt wird. Grundsätzlich stehen die Fraktionsmitglieder pauschalen Kürzungen kritisch gegenüber. Aber nachdem es der Stadtrat im Novemberbrief vorgemacht hat, kann auch der Gemeinderat strategisch steuern. Deshalb wird die GLP den Antrag der CVP unterstützen. Die Personalmassnahmen, die der Stadtrat aufgezeigt hat, wird die Fraktion mittragen. Sie sollen aber nicht im Giesskannenprinzip erfolgen, sondern dort wo die Leute etwas leisten.

Forderungen an den Stadtrat: Die GLP fordert den Stadtrat auf, ein qualitatives Wachstum anzusteuern und nicht in die entgegen gesetzte Richtung zu gehen. Er soll endlich akzeptieren, dass er die Möglichkeit hat, das Bevölkerungswachstum zu bremsen, indem zum Beispiel nicht weiteres Land in die Wohnzone umgezont wird. Jetzt braucht es ein Wachstum, das die Wirtschaft stärkt, die es mit ihren Steuerbeiträgen ermöglicht, dass die notwendigen Ausgaben getätigt werden können. Die GLP fordert zudem den Stadtrat dezidiert auf, die Investitionen und den Investitionsnachholbedarf abzuwickeln und nicht die Zielvorgaben von 80 Millionen auf 70 Millionen zu reduzieren. Das ist ein Eigengoal. Auch dieses Problem zeigt, dass sich die Stadt in einer Sackgasse befindet. Der Stadtrat muss endlich Klarheit schaffen. Wenn er den IAFP wirklich umsetzen will, soll er so fair sein und eine Steuererhöhung von 10 Steuerprozenten ankündigen. Der Stadtrat soll auch klar kommunizieren, ob er Eigenkapital bilden will, wie er das in der Vergangenheit mehrfach bekräftigt hat, oder nicht. De facto ist das jetzt nicht der Fall, obwohl 2013 ein Ausnahmejahr ist. Mehr investieren: Auch der Stadtrat hat in den Vorjahren immer wieder betont, wie wichtig es ist, dass Investitionen getätigt werden. Den Investitionsnachholbedarf abzubauen ist ein Ziel, das sich der Stadtrat selber gesetzt hat. Fazit: Die meisten Eckwerte, die sich der Stadtrat gesetzt hat, werden nicht erfüllt.

Budgetdebatte in den Kommissionen: Die GLP fragt sich, welche Philosophie in dieser Debatte vorherrscht. Schlussendlich legt nicht der Stadtrat oder die Verwaltung das Budget fest, sondern gemäss Gemeindeordnung der Gemeinderat. Es ist befremdend, wenn man wiederholt feststellen muss, dass die Gemeinderäte, die über wesentlich weniger Informationen verfügen als die Stadträte und die Verwaltungsangestellten, argumentieren müssen, warum gewisse Ausgaben nicht getätigt werden können. Eigentlich müsste man erwarten, dass der Stadtrat klar begründet warum er welche Gelder benötigt. Pauschale Kürzungen: Wenn der Stadtrat pauschale Kürzungen vornimmt, ist die rechtliche Situation klar. Wenn das rechtlich nicht möglich wäre, hätte der Regierungsrat des Kantons Zürich längst den Rechtsweg dagegen beschritten. Führungsfunktion: Die GLP hat im Jahr 2012 vermehrt das Augenmerk auf die Informatikprojekte gelegt, weil sie festgestellt hat, dass die Ausgaben in den vergangenen Jahren massiv zugenommen haben. Einige Projekte wurden genauer geprüft. Es haben sich keine klaren strategischen Vorgaben des Stadtrates in Bezug auf eine Priorisierung herauskristallisiert. Auch die Frage, ob eine Effizienzsteigerung resultiert, konnte nicht geklärt werden. Wenn also Neuerungen in der Informatik eingeführt werden mit der Argumentation, dass damit Stellen eingespart werden können und der Stadtrat nicht ausweisen kann wo diese Stellen effektiv gespart werden und die Kommission keine klaren Informationen erhält, kann man diese Projekte in Frage stellen. Fazit: Es handelt sich um ein schlechtes Budget und um einen schlechten IAFP. Es sind bereits 100 Millionen Defizit ausgewiesen

damit ist das Defizit wesentlich höher als das Eigenkapital. Der Voranschlag signalisiert, dass in Zukunft weniger investiert werden soll, obwohl der Investitionsnachholbedarf in einer wachsenden Stadt zunimmt. Die Grünliberalen haben versucht ihren Job zu machen und haben konkrete Anträge eingebracht. Sie haben auch auf den Handlungsbedarf hingewiesen und sind bereit im Bereich Ökologie etwas mehr auszugeben. Zudem wurden konkrete Vorschläge gemacht, wo der Anstieg des Aufwandes reduziert werden kann. M. Zeugin ist kein Freund von pauschalen Kürzungen aber die doch sehr spezielle Situation führt dazu, dass die GLP einer pauschalen Kürzung zustimmen wird.

Ch. Ulrich (SP): Die SP-Fraktion bedankt sich beim Stadtrat und bei der städtischen Verwaltung für das vorliegende Budget. 2013 wird ein schwieriges Jahr werden und die Ausichten über das Jahr 2013 hinaus sind düster. Die SP konnte dem Budget und der Beratung in den Sachkommissionen auch Positives abgewinnen. Positiv ist einerseits die Tatsache, dass in der Verwaltung durchaus eine Sensibilität in Bezug auf die Kosten auszumachen ist. Die Verwaltung ist sich bewusst, dass finanziell schwierige Zeiten vor uns liegen. Bereits heute muss versucht werden, den Gürtel enger zu schnallen. Positiv sind auch die Budgetverbesserungen im Rahmen des Novemberbriefs. Der neue Stadtrat und insbesondere die neue Finanzministerin haben aufgezeigt, dass sie die Zeichen der Zeit erkannt haben. Mit dem Novemberbrief setzt Finanzministerin Y. Beutler zwei Zeichen. Einerseits soll ein gewisser Aufbau des Eigenkapitals durch einen Ertragsüberschuss getätigt werden und andererseits wird der ausserordentlich wichtigen Leistung des städtischen Personals Rechnung getragen, indem Personalmassnahmen vorgeschlagen wurden. Diese sind zwar noch immer reduziert aber sie stehen in einer guten Balance gegenüber dem Ertragsüberschuss. Genau diese Balance hat die SP während den Vorbereitungen auf die heutige Debatte beschäftigt. Das städtische Personal bildet das unverzichtbare Rückgrad der Stadtverwaltung. Das ist gerade in schwierigen Zeiten und in einer wachsenden Stadt wichtig, nämlich dann, wenn die Aufgaben der Verwaltung zunehmen, ohne dass mehr personelle oder finanzielle Ressourcen zur Verfügung stehen. Für die SP ist es deshalb wichtig, dass man jetzt dem Personal ein positives Zeichen gibt und die Leistung anerkennt. Sparübungen auf Kosten des Personals, mit dem Ziel das Eigenkapital aufzubauen, stehen diesem Anliegen doppelt entgegen. Einerseits, weil durch den Sparkurs notwendige Stellen nicht geschaffen werden können und somit die Belastung des Personals grösser wird und andererseits, weil trotz eines Ertragsüberschusses keine zusätzlichen Personalmassnahmen ergriffen werden. Das Personal erhält die Leistungen, die ihm gemäss Personalstatut zustehen, nicht, obwohl die Stadt eigentlich dazu in der Lage wäre. Deshalb ist es für die SP ein grosses Anliegen, dass die Balance gefunden wird zwischen Ertragsüberschuss zuhanden des Eigenkapitals und den Personalmassnahmen. In der Debatte wird die SP-Fraktion die entsprechenden Anträge stellen. Wenn ein Ertragsüberschuss in einer gewissen Grössenordnung realisiert werden kann, sollte der Gemeinderat auch die entsprechenden Personalmassnahmen verabschieden. Die SP hat sich mit diesem Budget im Rahmen der Kommissionsverhandlungen intensiv auseinandergesetzt. Gemeinsam wurden die einzelnen Budgetposten in langen Sitzungen durchleuchtet. Der Verwaltung wurden kritische Fragen gestellt. Vereinzelt konnten Verbesserungen angebracht werden. Die SP ist überzeugt, dass das der richtige Weg ist, wie das Parlament seine Verantwortung für die Finanzen der Stadt wahrnehmen soll. Der Gemeinderat soll das Budget durchleuchten und prüfen, wo Verbesserungspotential vorhanden ist. In den Kommissionen konnten Beiträge zur Verbesserung des Budgets gefunden werden, das heisst der Gemeinderat ist in der Lage die Aufgabe, die ihm vom Volk übertragen wurde, nämlich die Kontrolle der Budgets, ernsthaft und erfolgreich wahrzunehmen. Heute Abend kann der Gemeinderat konkret über die beantragten Budgetverbesserungen entscheiden. Deshalb ist es umso stossender, dass jetzt plötzlich die Mode Pauschalanträge zu stellen auch in Winterthur Einzug halten soll. Pauschalkürzungen verwässern die Arbeit, die in den Kommissionen geleistet worden ist. Wer sparen will, soll genau sagen, wo gespart werden soll. Deshalb ist die SP strikte gegen Pauschalkürzungen. Wenn der Gemeinderat diesen Pauschalkürzungen zustimmt, wird die SP-Fraktion das Budget, beziehungsweise die Ziffern im stadträtlichen Antrag, die von dieser Kürzung betroffen sind, ablehnen. Unqualifizierte Budgetkürzungen sollen in diesem Rat keine Mehrheit finden, das ist nicht würdig. Der Gemeinderat kann beschliessen, wo gespart werden soll. Das wurde an unzähligen Kommissi-

onssitzungen diskutiert. Rückweisungsantrag der SVP: Die Argumentation von D. Oswald (SVP) klingt zwar sehr einleuchtend aber es müssen einige Faktoren berücksichtigt werden. Die Stadt muss aufgrund von gesetzlichen Bestimmungen zusätzliche Aufwendungen tragen. Der Aufwand für die Volksschule hat sich von 2011 bis 2012 um 30 Millionen erhöht. Der Kanton hat noch weitere Aufgaben an die Gemeinden übertragen. Diese Leistungen müssten in den Vergleichen berücksichtigt und von den Mehrkosten abgezogen werden. Es ist anzunehmen, dass das nicht passiert ist. Insofern muss man aufpassen, wenn man die Budgetentwicklung kritisiert. Viele Kosten sind vom Kanton auf die Stadt überwältigt worden. Das hat zu einer Erhöhung des Aufwandes geführt. Die Mehrkosten konnten aber teilweise durch höhere kantonale Zuwendungen abgedeckt werden. Es ist eine schwierige Geschichte, wenn man einfach annimmt, dass einzig der Aufwand pro Einwohner relevant ist. Eine Pauschalkürzung von 20 Millionen lehnt die SP-Fraktion strikte ab. Das Budget, so wie es vorliegt, mit den vorgesehenen Änderungsmaßnahmen, ist vernünftig. Insgesamt anerkennt die SP den Willen des Stadtrates ein der Situation angemessenes Budget vorzulegen und attestiert den Kommissionen, dass die Arbeit detailliert und mit kritischem Geist gemacht wurde. Der Gemeinderat kann, ohne Pauschalkürzungen, ein vernünftiges, transparentes Budget verabschieden. Die SP ist jedoch auch der Meinung, dass der Stadtrat aufgrund des IAFP klar gefordert ist. Er muss schnell und gemeinsam mit dem Parlament eine Lösung suchen. Das was der IAFP aufzeigt, ist nicht erfreulich. Deshalb muss rasch eine Lösung gefunden werden für die Finanzlage ab 2014.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Bezeichnend am diesjährigen Budget ist, dass es eigentlich kein schlechtes Jahr wäre. Die Stadt kann Sondereinnahmen in der Höhe von ca. 30 Millionen verbuchen – darunter fallen der höhere Ressourcenausgleich, der Börsengang von Glencore und die 5 Millionen Rückstellungen für die Pensionskasse, die nicht realisiert worden sind. Dem gegenüber stehen Mindereinnahmen bei den Steuern von ca. 10,5 Millionen, was aber noch immer zu einem ausserordentlichen Plus von ca. 20 Millionen führt. Der Steuersatz der Stadt Winterthur ist ausserdem im kantonalen Vergleich hoch. Damit ist sie im Vergleich zur Region Thurgau nicht konkurrenzfähig. Der Ausblick im IAFP ist dunkel – die Stadt läuft auf ein hohes Defizit zu. Es werden sogar Steuererhöhungen angekündigt. Das Budget muss langfristig ausgeglichen sein. In einem Jahr mit massiven Sondereinnahmen müsste das Budget einen entsprechend hohen Überschuss ausweisen, dieser müsste für schlechte Zeiten zurückgelegt werden. Es müsste deshalb korrekterweise ein Plus von ca. 20 Millionen resultieren. Inhaltlich ist der Vorstoss der SVP nicht falsch, er wird politisch aber keine Chancen haben. Aus der kürzlich vom Gemeinderat angenommenen Schuldenbremse leitet sich die Verpflichtung ab im Jahr 2013 einen tiefen zweistelligen Millionenbetrag auf die Seite zu legen. Weil der Steuersatz sowieso hoch ist und ausserdem die Steuereinnahmen lediglich einen Fünftel des Budgets ausmachen, lehnt M. Wäckerlin Steuererhöhungen ab. Die Gemeindesteuern bringen einen Ertrag von 260 Mio. bei einem Gesamtaufwand von 1,25 Mia. Den IAFP, der mit weiteren Ausgabensteigerungen in die tiefroten Zahlen läuft, lehnt M. Wäckerlin ab. Der Stadtrat muss die Notbremse ziehen, Prioritäten setzen und Ausgaben reduzieren. Pauschale Budgetkürzungen mögen unbeliebt sein, allerdings gibt es auch Argumente, die für pauschale Kürzungen sprechen: Auch der Stadtrat hat intern pauschale Kürzungen angewendet, um auf eine schwarze Null zu kommen, es gibt also bereits einen Verteilschlüssel. WoV, so wie sie gehandhabt wird, gibt den Gemeinderäten zuwenig Einblick in die Details der Departemente und Produktgruppen. Die zur Verfügung gestellten Zahlen sind zu pauschal und oberflächlich, als dass eine qualifizierte Steuerung möglich wäre. Im Rahmen von WoV sollte konsequent unterschieden werden zwischen Zahlen, die der Gemeinderat beeinflussen kann, diese gehören allesamt in den Beschlussteil, und Zahlen, die der Gemeinderat nicht beeinflussen kann, diese gehören in den Informationsteil. In dieser Konsequenz ist das bei weitem nicht der Fall. Der Informationsteil sollte sehr viel detaillierter ausgestaltet werden. Auch wenn die Steuerung nicht auf einer tiefen Ebene erfolgt, muss der Gemeinderat einen tiefen Einblick haben, um auf höherer Ebene richtig steuern zu können. Um Ausbau und Entwicklung der Stadt vorausschauend zu planen genügt der IAFP nicht. Hierzu bedarf es der Einführung einer langfristigen Investitionsplanung, wie dies von Gemeinderat Beat Meier (GLP) und anderen in einer hängigen Motion gefordert wird. Ein aus-

geglichenes Budget (unter Berücksichtigung der Sondereinnahmen) ist ein globales Ziel und kann daher sinnvoll durch globale Kürzungen erreicht werden.

Wo kann gespart werden? Im sozialen Bereich sind Einsparungen problematisch, weil da Mehrausgaben indirekt wieder zu Einsparungen führen können. Ziel einer vernünftigen Sozialpolitik ist es, die Menschen wo nötig in ihrer Selbstständigkeit zu unterstützen. Soweit das so geschieht, lohnen sich die eingesetzten Mittel. Bei der Bildung soll nicht gespart werden, aber es ist konkret darauf zu achten, dass die Mittel effizient und zielführend eingesetzt werden. Grosses Sparpotential sieht M. Wäckerlin vor allem auch bei den Informatikdiensten (IDW): Eine im Oktober veröffentlichte Studie von Ernst & Young zeigt allein durch den Einsatz von OpenSource ein Einsparpotential von 10% bis 30% der Informatikkosten. Gerne überreicht M. Wäckerlin sein Exemplar dieser Studie der zuständigen Stadträtin. Aufgrund einer Anfrage der Fraktion der Freien Wähler hat das städtische LiMux-Projekt (Linux München) in der IT-Ausschusssitzung des Münchner Stadtrats am vorletzten Mittwoch eine Vergleichsrechnung vorgelegt, der zufolge München mit LiMux über 10 Millionen Euro gespart hat. M. Wäckerlin erwartet von niemandem (ausser den IDW), dass er das Konzept Open Source versteht. Aber er erwartet von seinen Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, sowie vom Stadtrat, dass sie ein Sparpotential wahrnehmen und entsprechend die Weichen so stellen, dass die IDW geeignet aufgestellt werden, dieses Potential künftig wahrzunehmen. Das heisst konkret auch, dass man bei den IDW gezielt nur noch Personal mit Open Source-Erfahrung einstellt und das bestehende Personal entsprechend schult. Aber es wird immer noch Geld in falsch angelegte Projekte ausgegeben, wie z.B. den Umstieg vom proprietären Microsoft Produkt ASP zum proprietären Microsoft Produkt Dot-Net. Dazu stellt M. Wäckerlin nur darum keinen Ablehnungsantrag, weil es nichts mehr bringt. Stattdessen fordert er eine langfristige konsequente Open Source-Strategie, die im Serverbereich nur noch auf Open Source setzt und im Clientbereich wenigstens mit München, Leipzig und anderen Städten zusammenarbeitet und die Möglichkeiten auslotet. Der beste Weg, die IDW so auf Kurs zu bringen, dass sie sich auf wichtige Projekte fokussieren und vermehrt Open Source einsetzen muss, ist, das Budget mit dem entsprechenden Auftrag zu kürzen. M. Wäckerlin wird daher in Absprache mit der Fraktion viele Sparanträge unterstützen. Da der Fraktionschef Michael Zeugin (GLP) sehr gute Arbeit geleistet hat, wird M. Wäckerlin seine Fraktion voll und ganz unterstützen, auch wenn er im Einzelnen vielleicht anders entschieden hätte, so stimmt für ihn das Gesamtpaket.

Ch. Magnusson (FDP) wird sich kurz zum Rückweisungsantrag der SVP äussern. Als Einwohner der Stadt Winterthur hegt Ch. Magnusson durchaus Sympathien für den Vorstoss. Sein Herz ist absolut auf dieser Seite. Als er gehört hat, dass die Stadt 20 Millionen aufgrund des Börsengangs von Glencore erhält, war sein erster Gedanke, dass die Stadt jetzt 20 Millionen auf die Seite legen kann. Dass dem nicht ganz so ist, hat die ehemalige Finanzstadträtin bereits früh erklärt. Das Budget und der Novemberbrief haben die entsprechenden Zahlen enthalten. Grundsätzlich ist die Idee der SVP bestechend. Ch. Magnusson zitiert aus einem Artikel im Landboten vom 3. November 2012: „Unbedingt nötig haben wir das Glencore Geld nicht. Die 20 Millionen sind im Vergleich mit den 1'250 Millionen im Stadtbudget ein Klacks. Winterthur geht es gut, niemand hungert und niemand ist ohne Dach über dem Kopf. Geben wir das Geld darum zurück.“ Bevor man Geld zurückgeben kann, muss man es zuerst haben. Wenn man es zurückgeben kann, dann kann man es auch auf die Seite legen und ein zwei Jahre abwarten, ob man es wirklich zurückgeben kann. Wenn die Stadt in zwei bis drei Jahren dieses Geld erübrigen kann, dann unterstützt Ch. Magnusson diesen Vorschlag sofort. Allein ihm fehlt der Glaube. Er wird heute dem SVP-Antrag nicht zustimmen und mit seiner Fraktion den Weg der Vernunft gehen. Deshalb wird er ein Eintreten auf das Budget unterstützen. In der Detailberatung wird er die Sparanträge und die Optimierungsanträge unterstützen, damit die Stadt einige Millionen mehr auf die Seite legen kann für die kommenden schwierigen Jahre. Ch. Magnusson hofft auf eine grosse Unterstützung aus dem Gemeinderat. Dafür bedankt er sich bereits jetzt.

D. Oswald (SVP): Alle sind sich einig, der Stadt stehen schwierige Zeiten bevor. In dieser Situation ist es schwierig, wenn ausschliesslich über die Personalkosten gesprochen wird. Gerade in den kommenden Jahren muss man das Personal mit an Bord nehmen. Deshalb

hat auch die SVP einen entsprechenden Antrag gestellt. Sie unterstützt die einmalige Zahlung von einer Million, die der Stadtrat im Novemberbrief eingestellt hat. Auch im Rückweisungsantrag ist die Million enthalten. Die SVP stellt aber den Antrag, dass das Geld leistungsbezogen verteilt wird. Ch. Ulrich hat die 30 Millionen, die mehr in die Bildung investiert werden mussten, angesprochen. Diese Ausgaben sind weder in den Sachkosten noch in den Passivzinsen oder den Abschreibungen enthalten, sondern in den Personalkosten und den übrigen Kosten. Sowohl die übrigen Kosten wie auch die Personalkosten sind im Vorschlag der SVP um 2 Millionen höher als im Budget 2012. Die von Ch. Ulrich angesprochene Aufgabenverschiebung vom Kanton zu den Gemeinden hat zwischen 2011 und 2012 stattgefunden. Deshalb sollte die Rechnung der SVP aufgehen. Es wird immer wieder gesagt, die Stadt kann nicht sparen, weil vieles vorgegeben ist. Das ist zwar richtig aber es ist nicht in allen Situationen vorgegeben, zu welchem Preis die Stadt eine Leistung erbringen muss, damit bleibt nach wie vor ein Gestaltungsspielraum erhalten. Der Aufwand pro Einwohner ist eine sehr wichtige Grösse, die langfristige Vergleiche ermöglicht. Das Wachstum der Bevölkerung kann in diesen Vergleich einbezogen werden. Für zukünftige Budgets ist das eine wichtige Kennzahl. Die SVP geht im Moment davon aus, dass der Aufwand pro Einwohner unter dem Wert von 2011 bleiben muss. Wenn die Stadt wächst, dürfen die Ausgaben nicht überproportional wachsen. Wenn das trotzdem so ist, macht die Stadt etwas falsch. Wenn alles ernst gemeint ist, was heute von bürgerlicher Seite gesagt worden ist, muss der Rückweisungsantrag unterstützt werden.

D. Berger (Grüne/AL) möchte die Schuldfrage klären, die heute noch nicht richtig beleuchtet worden ist. Er dankt Ch. Ulrich (SP), dass er auf die neuen Aufgaben hingewiesen hat, die der Stadt von einer höheren Ebene zugewiesen wurden. Die Ursache dieser Verschiebung ist der Steuerwettbewerb. Auf Kantonsebene werden Steuern abgeschafft – zum Beispiel die Unternehmenssteuer. Damit gehen Millionen verloren. Danach werden von der bürgerlichen Mehrheit auf Kantonsebene weitere Aufgaben den Gemeinden zugewiesen. Damit sitzt Winterthur erneut in der Tinte. Deshalb muss man sich bewusst sein, dass die bürgerliche Seite, die sich jetzt als Retterin des Budgets aufspielt, die Schuld an diesen Problemen trägt. Offenbar herrscht eine verkehrte Rollenwahrnehmung im Rat.

Stadträtin Y. Beutler dankt für die angeregte und anregende Diskussion. Als sie das Budget zum ersten Mal in der Hand hatte, hat sie sich ebenfalls gefragt, wo diese 20 Millionen geblieben sind. Im Buch A auf Seite 7 bis 9 wird dieses Rätsel bereits gelöst. Die Entwicklung der Steuereinnahmen zeigt, dass die kalte Progression ausgeglichen und die Familienabzüge erhöht werden. Insgesamt ergibt das 11 Millionen weniger. Die Stadt hat das Glück, dass die Steuereinnahmen der juristischen Personen positiv budgetiert werden konnten, sonst wäre das Resultat noch übler. Die Stadt hat das Problem, dass der Zentrumslastenausgleich an die Teuerung gekoppelt ist. Das schlägt mit einem Minus von 700'000 Franken zu Buche. Die Ausgaben für die individuelle Unterstützung werden sich im Jahr 2013 um weitere 10 Millionen erhöhen. Stadträtin Y. Beutler bittet den Rat, zur Kenntnis zu nehmen, dass diese Kosten von Seiten der Stadt nicht beeinflusst werden können. Die Entwicklungen im Schulbereich verursachen einen Kostenanstieg von 7 Millionen. Allein diese drei Posten ergeben 29 Millionen, die der Stadt als Einnahmen entgehen oder sie als zusätzlichen Aufwand belasten. Diese 29 Millionen stehen den 20 Millionen aus dem Börsengang der Glencore gegenüber. Wenn man es so betrachtet, dann ist ein ausgeglichenes Budget eine gute Leistung. Ch. Griesser hat die Situation in anderen Städten bereits angesprochen. Nicht nur Winterthur hat von Glencore profitiert, trotzdem können nur wenige Städte einen Voranschlag vorweisen, der positiv abschliesst.

Ohne diese extra Millionen hätte die Stadt bereits für das Jahr 2013 Sparmassnahmen anordnen müssen. Diese Aufgabe ist aber nicht aufgehoben, sondern um ein Jahr aufgeschoben. Die Aussichten sind nicht rosig. Der IAFP zeigt, dass für das kommende Jahr mit einem Defizit von 30 Millionen gerechnet werden muss. Der Stadtrat hat die Zeichen der Zeit erkannt. Er kann nicht darauf hoffen, dass sich die diversen Einmaleffekte der letzten Jahre wiederholen werden. Als Zeichen dafür hat er bereits mit dem Novemberbrief eine Verbesserung des Voranschlags präsentiert. Damit hat er gezeigt, dass er diese Aufgabe angehen will. Wenn der Gemeinderat den Stadtrat kritisiert, weil er pauschale Kürzungen vorgenom-

men hat und gleichzeitig seinen eigenen pauschalen Kürzungsantrag mit dem Vorgehen des Stadtrates begründet, ist das etwas zynisch. Der Stadtrat hat genau definiert, wo er die Einsparungen vornehmen will. Er hat darauf verzichtet mit dem Novemberbrief erneut das ganze Budget abzugeben. Das hätte relativ viel gekostet. Der Stadtrat will die Sachkosten reduzieren. Er belässt es aber nicht beim Novemberbrief und er befindet sich auch nicht in einer Sackgasse. Seit dem ersten Tag als Finanzministerin ist Stadträtin Y. Beutler damit beschäftigt ein Sanierungsprogramm vorzubereiten, das in den nächsten Jahren greifen wird. Ein solches Programm muss aber ausgewogen sein, nur dann wird es letztlich auch vom Rat, von den Mitarbeitenden und von der Bevölkerung getragen. Pauschale Kürzungsanträge, in einer Grössenordnung wie sie jetzt im Raum stehen, gefährden die Ausgewogenheit eines Sanierungsprogramms und letztlich auch die Akzeptanz. Unüberlegte Hauruckübungen werden nicht zum Ziel führen. Der Handlungsspielraum des Stadtrates ist durch Gesetze und Verträge begrenzt. Diese behalten ihre Gültigkeit, unabhängig davon was der Gemeinderat heute beschliesst. In einem Dienstleistungsbetrieb sind die grössten Kosten die Personalkosten. Wenn jetzt im grossen Stil Personal entlassen werden müsste, dann würde das für das Jahr 2013 relativ wenig bringen, weil die Stadt an Kündigungsfristen, Abgangsentschädigungen und Sozialpläne gebunden ist. Mit dieser Massnahme könnten keine 10 Millionen eingespart werden. Diese Übung würde sogar kurzfristig Mehrkosten verursachen. Ein Personalstopp allein bringt ebenfalls nicht so viel Geld in die Stadtkasse.

Kurzfristig können Einsparungen dort erzielt werden, wo die Unterstützung nicht aufgrund von Gesetzen oder Verträgen erbracht werden muss. Das würde bedeuten, dass viele kleinere Unterstützungsbeiträge an Quartier- und Kulturvereine oder Sportprojekte gestrichen würden. Der Stadtrat kann kurzfristig auch dadurch sparen, dass er zum Beispiel weniger investiert. Damit kann er die Kosten für Abschreibungen und Zinsen einsparen. Stadträtin Y. Beutler geht nicht davon aus, dass das im Interesse des Gemeinderates ist. Auch damit liessen sich Einsparungen in der vorgeschlagenen Grössenordnung nicht realisieren, seien das 5, 10, 20 oder 25 Millionen. Der Betrag, der heute Abend gekürzt wird, wird nicht dem Stadtrat fehlen, sondern den Winterthurerinnen und Winterthurern. Die Verwaltung erbringt Dienstleistungen für die Bevölkerung. Die Aufgaben, die die Verwaltung erfüllt, kosten Geld. Deshalb erstaunt es nicht, dass die Kürzungsanträge nicht in den Sachkommissionen gestellt worden sind. In den Sachkommissionen wird die Verknüpfung zwischen dem Geld und der Leistung ersichtlich. Mit den pauschalen Kürzungsanträgen, verlässt der Gemeinderat die konkrete Ebene und es ist nicht ersichtlich, was diese Kürzung bewirkt. Zum Rückweisungsantrag der SVP: Natürlich kann man einfach Zahlen aus dem Budget abschreiben und den Anstieg der Kosten darstellen. Man kann auch ausser Acht lassen, was zu diesem Anstieg geführt hat. D. Berger (AL) hat es bereits erwähnt, die Stadt musste zusätzliche Aufgaben übernehmen. Winterthur muss zum Beispiel 80 % der Löhne für die Lehrpersonen finanzieren, früher waren es 50 %. Der Zentrumslastenausgleich basiert zudem auf den Kosten des Jahres 2005. Das Bevölkerungswachstum wird dabei nicht berücksichtigt. Diese Zahlen müssen ebenfalls eingerechnet werden. Auch die technischen Werke, die gebührenfinanziert sind, werden nicht berücksichtigt.

M. Wäckerlin ist der Beweis, dass auch bekennende Atheisten ihre Religion haben können. Er wird den Kreuzzug für OpenSource weiter betreiben. Stadträtin Y. Beutler ist nicht sicher, ob eine Budgetdebatte dafür der richtige Ort ist. Dieser Diskurs wird intensiv geführt. Die Budgetdebatte sollte aber dafür nicht missbraucht werden. Betreffend Rückstellungen für die Pensionskasse kann die Stadträtin nur wiederholen, dass nur für bereits entstandene Verpflichtungen Rückstellungen getätigt werden können – nicht für künftige. Etwas anderes würde das Gemeindeamt nicht zulassen. Das wurde bereits in der AK kommuniziert. Es wurde gesagt, dass der Regierungsrat den Rechtsweg beschritten hätte, wenn pauschale Kürzungen nicht rechtmässig wären. Das ist aber nicht von Bedeutung. Es ist nicht die Idee, die Beziehung des Stadtrates mit dem Parlament über den Rechtsweg zu pflegen. Der Stadtrat ist überzeugt, dass er gemeinsam mit dem Parlament eine Lösung finden kann. Die finanziellen Probleme sollen über dieses Budget hinaus gemeinsam angepackt werden, um die Stadtfinanzen im Griff zu behalten. Sowohl der Stadtrat wie auch der Gemeinderat sind dabei auf einen konstruktiven Dialog angewiesen und nicht auf den Rechtsweg. Stadträtin Y. Beutler bittet die Ratsmitglieder im Namen des Stadtrates, den Rückweisungsantrag ab-

zulehnen. Das Budget vermag zwar keine Euphorie auszulösen. Es handelt sich aber um ein gutes Budget. Die Stadträtin hofft, dass der Gemeinderat dem Budget zustimmen wird.

M. Zeugin (GLP/PP): Es ist tatsächlich so, dass eine Rückstellung in der Höhe von 5 Millionen zugunsten der Pensionskasse nicht möglich ist. Aus diesem Grund wird die GLP den vorgesehenen Antrag nicht stellen.

Stadtpräsident M. Künzle: Die neue Stadtregierung ist mit dem Wunsch angetreten, gemeinsam mit dem Parlament in partnerschaftlicher Zusammenarbeit in die Zukunft zu gehen, auch in die finanzielle Zukunft. Eine partnerschaftliche Zusammenarbeit benötigt eine gute Vertrauensbasis. Vor acht Wochen hat der Stadtrat seine Vorstellungen unterbreitet, was die Finanzen anbelangt. Er hat erwähnt, dass es ihm bewusst ist, dass die Stadt die Finanzen in den Griff bekommen muss. Der Stadtrat hat erklärt, dass man den IAFP als Finanz- und Planungsinstrument genauer unter die Lupe nehmen muss, weil damit die Zukunft im finanziellen Bereich besser gestaltet werden kann. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass man die Investitionen genau prüfen muss. All die Projekte, die jetzt in der Investitionsplanung enthalten sind, müssen erneut angeschaut werden. Stadtpräsident M. Künzle denkt, dass der Stadtrat die Zeichen der Zeit erkannt hat. Aber nach acht Wochen vom Stadtrat bereits Wunder zu erwarten, ist doch etwas viel, wie es auch viel verlangt ist, wenn in der Kommissionssitzung, in der ein Thema durchaus vertieft angeschaut worden ist, von drei neuen Departementsvorsteherchaften erwartet wird, dass sie bereits vertieft Auskunft geben können. Stadtpräsident M. Künzle bittet um etwas mehr Nachsicht. Der Stadtrat respektiert das Parlament. Er bittet das Parlament sowohl den Stadtrat wie auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ebenfalls zu respektieren. In den Kommissionen ist ab und zu das Bild des alten Beamten aufgetaucht. Die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung arbeiten streng, sie stehen unter Druck. Es läuft enorm viel in der Stadt Winterthur, deshalb braucht es die guten Leute, die bereits jetzt bei der Stadt arbeiten. Stadtpräsident M. Künzle bittet das Parlament, das so zur Kenntnis zu nehmen.

Der Stadtrat hat bereits ein Zeichen gesetzt. Es ist eine reife Leistung, dass innerhalb der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit mit dem Novemberbrief noch Einsparungen budgetiert werden konnten. Natürlich bedeuten auch diese Einsparungen Verzicht. Der Budgetprozess läuft im Stadtrat bereits seit knapp einem Jahr. In mehreren Runden musste in den Departementen die Schraube angezogen werden. Der Stadtrat hat versucht ein ausgeglichenes Budget zu erstellen. Das hat bereits einen gewissen Verzicht erfordert. Der Stadtrat richtet einen Appell an das Parlament: Wenn das Parlament, das die Hoheit besitzt das Budget zu bestimmen, dem Stadtrat seine Absichten genau mitteilt, dann ist das leichter zu akzeptieren als eine pauschale Kürzung. Mit einer pauschalen Reduktion wird die Verantwortung einfach dem Stadtrat übertragen. Unter dem Strich kann der Stadtrat dann unternehmen was er will, es wird nicht richtig sein, weil jeder an einem anderen Ort eingespart hätte. Aber wenn das Parlament dem Stadtrat diese Verantwortung übertragen will, wird er diesen Job machen. Er hat eine professionelle Einstellung zu seiner Arbeit. Ein Punkt ist im Budgetprozess ebenfalls wichtig, nämlich die Diskussion um die parlamentarischen Zielvorgaben. Es ist richtig, dass das Parlament nicht nur über das Geld, sondern vor allem auch über die parlamentarischen Zielvorgaben führen kann. Diese Führung soll das Parlament auch wahrnehmen. Der Stadtrat ist für Inputs dankbar. Wenn das aber in der Woche vor der Budgetdebatte geschieht, ist das eher problematisch. Stadtpräsident M. Künzle plädiert dafür, dass gemeinsam mit dem Parlament eine Lösung gesucht wird. Er schlägt vor, dass bereits Anfang Jahr, das heisst zu Beginn des Budgetprozesses, über diese Zielvorgaben diskutiert wird. Damit weiss der Stadtrat was das Parlament verlangt in Bezug auf die parlamentarischen Zielvorgaben. Der Stadtrat wird gerne in die Diskussion einsteigen und abklären, ob der Budgetprozess verändert werden soll.

Die Auswirkungen eines Rückweisungsantrags wurden bisher nicht erwähnt. Was würde passieren, wenn die Stadt ohne Budget dasteht. In einem Monat oder zwei die geforderten Einsparungen von 20 Millionen in den Voranschlag einzustellen, dürfte eine sportliche Aufgabe sein. Einsparungen müssen langfristig betrachtet werden. Man muss auch wissen, was ausserhalb der Stadtverwaltung passiert. Die kleinen und mittleren Unternehmen, die der Stadt Rechnungen stellen, werden in nächster Zeit das Geld für ihre Dienstleistungen nicht

erhalten. Die Stadt wird lediglich die gebundenen Ausgaben bezahlen können. Das ist eine schwierige Situation auch was die Beziehungen der Stadt gegenüber ihren Partnerinnen und Partnern betrifft. Stadtpräsident M. Künzle bittet die Ratsmitglieder mit Respekt an das Budget heranzugehen, sich der Verantwortung bewusst zu sein und sich gemeinsam mit dem Stadtrat in die Zukunft zu begeben. Er hofft auf eine gute Zusammenarbeit in den nächsten Jahren.

Ratspräsident J. Lisibach: Damit haben sich die Voten zum Eintreten erschöpft. Er lässt über den Antrag der SVP abstimmen: Rückweisung des Budgets mit Sparauftrag von 20 Millionen.

Der Rat lehnt den Antrag ab.

Ratspräsident J. Lisibach stellt fest, dass kein Antrag auf Nichteintreten gestellt worden ist, damit tritt der Gemeinderat auf das Budget ein.

Detailberatung

121000 Personalamt / 263000 Städtische Allgemeinkosten/Erlöse

D. Oswald (SVP): Die SVP-Fraktion stellt einen Ordnungsantrag. In der Produktegruppe Personalamt sind zwei Informatikprojekte enthalten, über die in der AK diskutiert worden ist. In der Produktegruppe Städtische Allgemeinkosten werden zudem diverse Sparanträge gestellt. Zwischen diesen Produktegruppen besteht ein Zusammenhang. Die SVP findet es wichtig, dass Investitionen in die Informatik einen positiven Effekt auf den Aufwand haben. Dieser Effekt ist im Moment nicht ersichtlich. Die SVP fordert Effizienz. Es ist aber falsch, wenn man der Verwaltung das Geld wegnimmt, das in Verbesserungen investiert werden soll. Deshalb will die SVP die Informatikprojekte unterstützen, sie fordert aber, dass die entsprechenden Einsparungen realisiert werden. Insofern ist es nicht förderlich, wenn Informatikprojekte im Parlament beraten werden, bevor die ganze Auslegeordnung vorliegt und bekannt ist, wie hoch die Einsparungen sind. In diesem Sinn stellt D. Oswald im Namen der SVP den Ordnungsantrag, die Produktegruppen Städtische Allgemeinkosten und Personalamt am Schluss aller Produktegruppen zu behandeln. Als zweitletztes die Städtischen Allgemeinkosten und als letztes das Personalamt. D. Oswald dankt für die Unterstützung.

Ch. Ulrich (SP): Wenn schon, müsste man die Reihenfolge umkehren und als erstes die Städtischen Allgemeinkosten beraten, damit Klarheit herrscht. Insofern ist die SP-Fraktion nicht dafür, dass die Reihenfolge geändert wird. Sie kann aber mit dem vorgeschlagenen Ablauf leben.

Ratspräsident J. Lisibach: Es ist vorgesehen die Detailberatung nach dem vorliegenden Drehbuch durchzuführen. Der Ratspräsident lässt als erstes über den Ordnungsantrag der SVP abstimmen, die Produktegruppen Städtische Allgemeinkosten und Personalamt zuletzt zu behandeln.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 31 zu 26 Stimmen zu.

Ratspräsident J. Lisibach: Alle bisher bekannten Anträge liegen vor. Anträge, die trotz der Ablehnung in der Kommission von den Fraktionen im Rat gestellt werden, sind im Drehbuch entsprechend vermerkt.

Departement Kulturelles und Dienste

142000 Stadtentwicklung

D. Oswald (SVP): Die SVP-Fraktion stellt folgenden Antrag: „Nettokosten: Kürzung Globalkredit um 93'000 Franken durch die Reduktion von 200 Arbeitsstunden und Einsparungen bei den Sachkosten.“ Der Antrag wurde in der AK mit 5 zu 5 Stimmen abgelehnt (Stichentscheid Präsident). Dieser Betrag kann kompensiert werden, indem die Sachkosten, die im Moment mit 1,488 Millionen budgetiert sind, auf rund 1,39 Millionen reduziert werden. Damit steht im Budget 2013 für die Sachkosten mehr Geld zur Verfügung als im Budget 2012. Es ist aber richtig, dass nicht mehr ganz so viel Geld zur Verfügung steht wie 2011. Trotz dieser Kürzung kann das Wachstum einigermaßen abgebildet werden. Die Anzahl Mitarbeiter wird mit dem Vorschlag der SVP von 15.06 Stelleneinheiten im Budget 2012 auf 15.86 Stelleneinheiten im Budget 2013 erhöht. Zusätzlich zu dieser Reduktion von 93'000 Franken, stellt die SVP einen Antrag zu den Parlamentarischen Zielvorgaben. Den Vorschlag des Stadtpräsidenten, die Parlamentarischen Zielvorgaben Anfang Jahr zu diskutieren, hat D. Oswald erfreut zur Kenntnis genommen. Damit weiss der Stadtrat wo der Gemeinderat die Prioritäten setzt. Ende Jahr kann dann das Budget diskutiert werden. In der SVP-Fraktion könnte dieses Vorgehen durchaus Anhänger finden. Trotzdem wird der Gemeinderat heute über die Parlamentarischen Zielvorgaben befinden.

Parlamentarische Zielvorgaben: Die eingesetzten Stunden pro Jahr sollen von 7'050 Stunden auf 7'250 Stunden erhöht werden. Schlussendlich sollen die eingesetzten Stunden pro Projekt vermehrt für den Wirtschafts- und Bildungsstandort eingesetzt werden. Die SVP stellt daher folgende Änderungsanträge: „Eingesetzte Stunden pro Jahr für Grundlagen und Statistik (Fachstelle Statistik; Grundlagen zur Konzepterarbeitung) 900 Stunden.“ Damit werden die eingesetzten Stunden von 1'000 Stunden auf 900 reduziert. „Eingesetzte Stunden pro Jahr für Öffentlichkeitsarbeit (Internetauftritt, Quartierveranstaltungen, Medienkontakte etc. 1'100 Stunden.“ Damit werden die eingesetzten Stunden von 1'200 Stunden auf 1'100 Stunden reduziert. Dafür sollen mehr Stunden für den Wirtschafts- und Bildungsstandort eingesetzt werden: Im Weiteren stellt die SVP folgende Anträge: „Eingesetzten Stunden für Projekte nach Themenbereichen: Wirtschafts- und Bildungsstandort (1) die eingesetzten Stunden sollen von 1'050 Stunden auf 1'850 Stunden erhöht werden.“ Die eingesetzten Stunden für Wohnen, Wohnstandort sollen nicht verändert werden. „Eingesetzte Stunden für Projekte nach Themenbereichen: Stadtentwicklung: 2'000 Stunden“ und: „Produkt Stadtentwicklung, eingesetzte Stunden für Projekte nach Themenbereichen: Aussenbeziehung: 800 Stunden.“ Damit werden die Stunden in den Themenbereichen Stadtentwicklung und Aussenbeziehungen gegenüber dem Vorschlag des Stadtrates um je 200 Stunden gekürzt. D. Oswald hat die Sachkosten pro Mitarbeiter bei 87'000 belassen, wie sie im Budget 2012 eingestellt waren. Somit ist trotzdem ein Wachstum von 0,8 Mitarbeitern eingerechnet. In der Produktegruppe Stadtentwicklung steht mehr Geld zur Verfügung als 2012. D. Oswald dankt für die Unterstützung.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die SVP verlangt einerseits eine Reduktion der Sachkosten um 93'000 Franken und andererseits die Erhöhung der Projektstunden in bestimmten Bereichen. Mehr Projektstunden verursachen auch mehr Personalkosten. Das wird aber nicht beantragt. Ch. Griesser fragt sich, ob er zu dumm ist, um diesen Antrag zu begreifen. Die Fraktion konnte ihm ebenfalls keine Erklärung geben. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt deshalb diesen Antrag ab. Wenn man bei den Projektstunden zu schrauben beginnt, dann könnte man die Stunden im Bereich Wohnen und Wohnstandort reduzieren.

S. Stierli (SP): Die SP-Fraktion lehnt den Antrag ebenfalls ab. In der Kommission wurde der Antrag besprochen. Wenn er angenommen wird, würde das heissen, dass man auf die vierte Quartieranlaufstelle Gutschick/Mattenbach verzichten müsste. Die Stadt hat damit begonnen Anlaufstellen in der Quartieren zu schaffen. Dieser Sparantrag würde das Volk direkt zu spüren bekommen, indem die Quartierentwicklung behindert wird. Das ist am falschen Ort gespart.

Der Vorschlag des Stadtpräsidenten, Anfang Jahr über die Zielvorgaben zu diskutieren, löst bei S. Stierli einiges Entsetzen aus, weil das nicht dem Gedanken von WOV entspricht. Der Gemeinderat setzt die Zielvorgaben jährlich für das nächste Budget fest. Damit das möglich ist, muss die Rechnung des Vorjahres vorliegen. Im Januar weiss der Gemeinderat nicht wie das Jahr abschliessen wird. Änderungen an den Zielvorgaben würden dann im luftleeren Raum stattfinden. Der Stadtrat müsste dem Gemeinderat erneut detaillierte Budgetzahlen vorlegen, damit er die Ausgaben in den einzelnen Konten prüfen kann, damit würde erneut über die Anzahl Bleistifte diskutiert. Es ist ein Ziel von WOV, dass mit dem Budget auch die Zielvorgaben verändert und der Globalkredit festgesetzt werden kann.

D. Oswald (SVP): Die SVP hat ausdrücklich mit 15,86 Stelleneinheiten gerechnet. Die Stelle für die Quartieranlaufstelle Gutschick/Mattenbach kann demnach geschaffen werden. Eine Prüfung der Stunden im Jahr 2011 ergibt, dass pro Mitarbeiter pro Jahr 508 Stunden geleistet wurden. Wenn man mit 40 Stunden pro Woche rechnet und die Ferien abzieht, ergibt das 1'600 bis 1'700 Stunden, die ein Mitarbeiter produktiv leisten kann. So hoch will die SVP den Massstab nicht setzen. Aber im Voranschlag 2012 wurden die Stunden pro Mitarbeiter auf 425 Stunden gesenkt. Mit dem Vorschlag der SVP, das heisst mit der Erhöhung um 200 Stunden, belaufen sich die Stunden pro Mitarbeiter auf 457 Stunden. Das ist machbar. Es ist seltsam, in einer so schwierigen finanziellen Situation auf die Tränendrüsen zu drücken.

Stadtpräsident M. Künzle: Die SVP will 100 Stunden pro Jahr im Bereich Grundlagen und Statistik einsparen und 100 Stunden für Öffentlichkeitsarbeit. Es sollen aber 400 Stunden mehr für Projekte eingesetzt werden. Das ergibt ein Total von 200 Stunden, die mehr geleistet werden sollen, gleichzeitig soll das Budget um 93'000 Franken gekürzt werden. Die 200 Stunden plus, die geleistet werden müssen, muss die Stadt ebenfalls finanzieren. Auf der einen Seite werden 200 Stunden mehr einfordert, die etwas kosten, auf der anderen Seite werden 93'000 Franken abgezogen.

Ratspräsident J. Lisibach: Es sind zwei Anträge gestellt worden. Ratspräsident L. Lisibach lässt über den Antrag 1 abstimmen: Kürzung des Globalkredits um 93'000 Franken durch Reduktion von 200 Arbeitsstunden und Einsparungen Sachkosten.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 33 zu 26 Stimmen zu.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Antrag 2 abstimmen: Änderung der parlamentarischen Zielvorgaben.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

152000 Theater Winterthur

Ratspräsident J. Lisibach: In der BBK wurden folgende Anträge der GLP einstimmig angenommen. Antrag 1: Verpflichtungskredite: 13034 Gesamtsanierung Gebäude, 503051 Freizeit- und Kulturanlagen, Projektierung: „Das Gebundenheitszeichen ist durch das Zeichen # noch zu bewilligen zu ersetzen.“ Antrag 2. Verpflichtungskredite: 13034 Gesamtsanierung Gebäude, 503052 Freizeit- und Kulturanlagen, Ausführung: „Das Gebundenheitszeichen ist durch das Zeichen # noch zu bewilligen zu ersetzen.“

Der Stadtrat ist mit den Änderungen einverstanden.

Ratspräsident J. Lisibach stellt fest, dass keine Wortmeldungen vorliegen, damit sind die beiden Anträge genehmigt.

15800 Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten

M. Zehnder (GLP) stellt im Namen der GLP/-PP-Fraktion folgenden Antrag: Zielvorgaben/Messgrößen: 5 Kulturvermittlung, Veranstaltungsmarketing / Leistungsmenge: „Erhöhung der Anzahl durchgeführten Führungen für Klassen von 900 auf 920.“ In der BSKK wurde der Antrag mit 2 zu 6 Stimmen abgelehnt. M. Zehner ist der Meinung, dass das kein gros-

ser Budgetposten darstellt. Es ist aber ein Zeichen an die Kinder, dass sie die Kulturinstitutionen der Stadt nutzen können. Wenn die Klassenzahlen zunehmen, müssten auch die Führungen zunehmen und nicht abnehmen. In der Kommission wurde moniert, dass auch Geld gesprochen werden muss, wenn mehr Führungen durchgeführt werden. Aber es ist nirgends ausgewiesen, um wie viel das Budget reduziert werden kann, wenn 20 Führungen weniger durchgeführt werden. M. Zehnder ist überzeugt, dass diese Erhöhung finanztechnisch neutral umgesetzt werden kann. Es kann auch nicht sein, dass das die Kosten sehr hoch sind. M. Zehnder bittet den Gemeinderat dem Antrag zuzustimmen

S. Madianos (SP): Auch die SP ist dafür, dass die Kinder die Museen besuchen können. Diese Besuche finden aber bereits relativ häufig statt. Die Zahl von 900 ist recht hoch. Wenn man will, dass die Kinder noch mehr Führungen besuchen können, dann muss auch das Budget erhöht werden. Andernfalls geht die Rechnung nicht auf. Auch die Qualität wird kaum noch stimmen. Aus diesen Gründen lehnt die SP den Antrag ab.

Stadtpräsident M. Künzle: Wenn 20 Führungen mehr durchgeführt werden sollen, ist das nicht gratis, deshalb müsste auch mehr Geld eingesetzt werden.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Antrag der GLP abstimmen.

Der Rat lehnt den Antrag deutlich ab, damit bleibt die Anzahl der Führungen bei 900.

M. Zehnder (GLP) stellt im Namen der BSKK folgenden Antrag. Verpflichtungskredite, 19317 Naturmuseum WLAN, 501052 Leitungen Ausführung: „Die Kosten von 100'000 Franken für WLAN im Naturmuseum sind zu streichen.“ Die BSKK hat dem Antrag mit 5 zu 3 Stimmen zugestimmt. Im Naturmuseum soll WLAN installiert werden. Die Kosten sind mit 100'000 Franken budgetiert. In der Kommission wurde erklärt, dass im Naturmuseum Tablets installiert werden sollen. Für die notwendigen Updates benötigt man anscheinend WLAN. Dafür ist aber WLAN nicht unbedingt notwendig. Zudem wurde M. Zehnder zugetragen, dass die Installation von WLAN für ein Gebäude nicht 100'000 Franken kosten kann. Weil die Stadt sparen muss und um das Budget im Griff zu behalten, sollte WLAN jetzt nicht ausgebaut werden. Allenfalls kann das später realisiert werden, wenn mehr Geld vorhanden ist, aber nicht zu diesem Preis.

Stadtpräsident M. Künzle: Es ist richtig, die budgetierten 100'000 Franken haben mit den Tablets zu tun. Unglücklicherweise ist ausschliesslich vom Naturmuseum die Rede. Der Betrag von 100'000 Franken ist für die Einrichtung von WLAN im ganzen Gebäude bestimmt. Im Ratssaal wurde ebenfalls WLAN eingerichtet. Auch für die Kulturinstitutionen, die für Besucherinnen und Besucher offen sind, ist es notwendig moderne Mittel einzusetzen.

Ratspräsident J. Lisibach: Lässt über den Antrag der BSKK abstimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag mit deutlicher Mehrheit zu. Damit sind die Kosten von 100'000 Franken für WLAN im Naturmuseum gestrichen.

Departement Bau

322000 Tiefbau

D. Schneider (FDP): Die Sachkommission Bau und Betriebe (BBK) stellt folgenden Antrag: Nettokosten: „Das Nettoglobalbudget ist um 200'000 Franken zu kürzen mit dem Ziel, den Winterdienst für das übrige Strassennetz entsprechend zu reduzieren. Es beträgt neu 21'099'659 Franken.“ Die Schwarzräumung soll etwas reduziert werden. Der Antrag wurde in der Kommission mit 5 zu 4 Stimmen angenommen. Die FDP ist der Meinung, dass gespart werden muss. In diesem Fall lehnt sie den Antrag aber ab. Der Verkehr stösst bereits heute an die Grenzen der Belastbarkeit. Er muss flüssig bleiben. Dabei denkt D. Schneider auch

an die Handwerksbetriebe und den Berufsverkehr. Beim Winterdienst handelt es sich um eine Dienstleistung, die direkt die Bevölkerung betrifft. Die FDP lehnt den Antrag ab.

F. Landolt (SP): Die SP lehnt den Antrag ebenfalls ab. Die Schwarzräumung beinhaltet einen Sicherheitsaspekt, vor allem auch für ältere Leute. Wenn man jetzt damit zurückfährt, dann bedeutet das auch einen Personalabbau, den die SP nicht befürworten kann.

J. Altwegg (Grüne/AL): Die Grünen haben diesen Antrag in der BBK gestellt. Es geht nicht darum die Schwarzräumung generell wegzulassen, sondern darum, den Schnee, zum Beispiel in den Quartieren, liegen zu lassen. Auf diesen Strassen herrscht meist wenig Verkehr. Zudem bildet sich teilweise weniger Glatteis, wenn der Schnee liegen bleibt. Das ist ein Vorteil für die Fussgänger. Hier können 200'000 Franken eingespart werden. Wenn man das Gesamtbudget betrachtet, ist dieser Betrag nicht sehr hoch. Die Grüne/AL-Fraktion hält deshalb an diesem Antrag fest und hofft auf Unterstützung aus dem Rat.

Stadträtin P. Pedernana: Im Rahmen des Postulats betreffend reduzierter Salzeinsatz im Winterdienst hat der Stadtrat differenziert das Vorgehen dargelegt. Diese Antwort des Stadtrates wurde im Parlament grundsätzlich wohlwollend aufgenommen. Jetzt wird beantragt, pauschal, ohne Rücksicht darauf wie der Winter wird, die Nettokosten dieser Produktegruppe zu kürzen. Es stimmt, die Sicherheit ist wichtig. Es geht nicht nur um die Schwarzräumung in den Quartieren, sondern auch um die Eisbildung auf den Strassen. Winterthur ist kein Winterkurort. Die Leute erwarten, dass sie sich bereits am frühen Vormittag sicher in den Quartieren bewegen können, nicht nur auf den Hauptstrassen. Die Kosten kann man auch Volkswirtschaftlich betrachten. Unfälle verursachen hohe Kosten, die ebenfalls in die Rechnung miteinbezogen werden müssten. Die Kosten von 200'000 Franken, die eingespart werden sollen, werden letztlich andernorts zu Mehrkosten führen.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Antrag der BBK abstimmen.

Der Rat lehnt den Antrag ab, damit werden die 200'000 Franken nicht gestrichen.

B. Meier (GLP) stellt folgenden Antrag: Nettokredit, Baulicher Unterhalt des Strassennetzes: „Der Nettokredit ist um 150'000 Franken zu kürzen.“ Das kann mit einem leicht tieferen Standard beim Strassenunterhalt, Fr. 0,95 pro m² statt Fr. 1.00 pro m², erreicht werden. Die operativen Ziele sollen entsprechend angepasst werden. Ein gleichlautender Antrag wurde in der BBK mit 4 zu 5 Stimmen abgelehnt. Der Ist-Wert 2011 liegt bei Fr. 0,82 pro m². Darin ist allerdings ein ausserordentlicher Effekt enthalten, der nicht jedes Jahr erreicht werden kann. Aber die GLP/PP-Fraktion geht davon aus, dass das Ziel von 95 Rappen pro m² mittelfristig erreicht werden kann.

F. Landolt (SP): Die Verwaltung hat zu den budgetierten Kosten detailliert und überzeugend Stellung genommen. Die SP wird diesem Antrag nicht zustimmen.

Stadträtin P. Pedernana: Wenn im Rat die Diskussionen, die in der Kommission geführt wurden, wiederholt werden sollen, dann kann man das machen. Die Stadträtin ist auf die Leistung dieser Produktegruppe stolz. In diesem Bereich wird Winterthur, im Rahmen eines Benchmarking, mit mehreren Städten verglichen. Dabei wird der Datenschutz eingehalten. Im Vergleich mit anderen Städten sind in Winterthur die Kosten für den Strassenunterhalt tief, das trifft auch auf den Winterdienst zu. Auch die Kosten für die Strassenreinigung liegen weit unter dem Mittelwert. Zwischen diesen drei Tätigkeiten, Strassenunterhalt, Winterdienst und Strassenreinigung, besteht ein Zusammenhang. Wenn die Leute weniger für den Winterdienst eingesetzt werden müssen, können sie vermehrt für den Strassenunterhalt eingesetzt werden. Deshalb ist der Mittelwert über alle drei Tätigkeiten wichtig. Dieser Mittelwert fällt für Winterthur sehr positiv aus. Stadträtin P. Pedernana bittet die Ratsmitglieder, dem stadträtlichen Antrag zuzustimmen.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Antrag der GLP abstimmen.

Der Rat lehnt den Antrag mit deutlicher Mehrheit ab und stimmt damit dem stadträtlichen Antrag zu.

328000 Entsorgung

D. Schneider (FDP): Folgender Antrag wurde in der BBK angenommen: Zielvorgaben / Messgrössen: 5 Umweltschutz (Ökologie): „Der Prozentsatz der wieder verwertbaren Abfälle an der Gesamtabfallmenge ist für das Budget 2013 von 50 % auf 52 % anzuheben.“ Dieser Prozentsatz stellt eine Erwartung an die Bevölkerung dar, dass sie die Bananenschale in einen grünen und nicht in einen schwarzen Kübel werfen soll. In der Kommission wurde dieser Antrag knapp mit 5 zu 4 Stimmen angenommen. Für D. Schneider ist diese Erhöhung nicht nötig. Die FDP lehnt den Antrag ab.

R. Diener (Grüne/AL): Dieser Antrag betrifft die Steuerung über die parlamentarischen Zielvorgaben. Damit soll nicht ausschliesslich am Budget geschraubt werden, sondern auch an den Zielvorgaben, die vom Parlament genau geprüft und kritisch betrachtet werden sollen. R. Diener will deshalb beliebt machen, die Prozentzahlen entsprechend anzupassen. Es geht um die Trennung des Abfalls und um das Problem der Verschwendung. Die Schweiz ist zwar Weltmeister im Recycling aber auch im Verbrauchen von Materialien. Ein grosser Teil dieses Mülls landet in der Kehrichtverbrennungsanlage. In den letzten Jahren stieg die Gesamtabfallmenge wieder leicht an. Vorher konnte, dank separaten Sammlungen, relativ viel Abfall getrennt werden. Es geht nicht um Bananenschalen, sondern um viel wertvollere Stoffe, die in der KVA landen. Die Wiederverwendung dieser Materialien soll möglichst erhöht werden. Deshalb schlägt die Grüne/AL-Fraktion vor, den Wert auf 52 % zu erhöhen. R. Diener möchte den Ratsmitgliedern beliebt machen, diesem Antrag zuzustimmen.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Antrag der BBK abstimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 34 zu 24 Stimmen zu, damit wird der Prozentsatz der wieder verwertbaren Abfälle auf 52 % angehoben.

340000 Vermessung

Ratspräsident J. Lisibach: Die BBK stellt den Antrag folgende 6 Messgrössen zu streichen, weil die Zielvorgaben erfüllt sind: Zielvorgaben / Messgrösse: Technologiestandard / Innovationsgrad: Antrag 1: „Entlang der Hoheitsgrenzen ist die amtliche Vermessung nach kantonalen Vorschriften mit den Nachbargemeinden abgeglichen.“ Antrag 2: „Bis zur registerbasierten Basisstatistik 2011 sind 80 % der aus der Wohnungserhebung durch die Schweizerische Post verbliebenen Gebäude- und Wohnungsregisterfälle bereinigt.“ Antrag 3: „Die WebServices zur Synchronisation des städtischen Gebäudestamms mit dem Gebäude- und Wohnungsregister des Kantons Zürich sind implementiert.“ Antrag 4: „Ein Konzept zur Erneuerung des Internet-Stadtplanes liegt vor.“ Antrag 5: „Das Organisationshandbuch nach ISO 9001:2008 ist erstellt.“ Antrag 6: „Das Konzept zur Einführung eines 3D-Stadtmodells liegt vor.“

Der Rat macht keine Einwendungen, damit hat der die 6 Anträge gutgeheissen.

360000 Städtebau

F. Landolt (SP) stellt im Namen der SP folgenden Antrag: Nettokosten: „Das Nettoglobalbudget ist um 80'000 Franken zu erhöhen mit dem Ziel der Schaffung einer befristeten Stelle im Bereich Begegnungszonen.“ Der Antrag wurde in der BBK mit 3 zu 6 Stimmen abgelehnt. Im Städtebau geht es im Wesentlichen um den öffentlichen Raum. Dieser Raum ist in Winterthur, wie auch in anderen Städten, zunehmend bedroht – auch durch den Verkehr. Eine Massnahme, die dagegen ergriffen worden ist, sind die Begegnungszonen, für die der Stadtrat ein vereinfachtes Bewilligungsverfahren eingeführt hat. Das hat dazu geführt, dass diverse Anträge vorliegen. Deshalb stellt die SP den Antrag das Budget um 80'000 Franken zu

erhöhen für eine befristete Stelle zugunsten eines gut genutzten öffentlichen Raums. Die Fraktion möchte dem Rat beliebt machen, diese Budgeterhöhung anzunehmen.

B. Meier (GLP/PP): Die GLP stimmt dem Antrag nicht zu. Die Einführung von Begegnungszonen, die mit einem Formblatt lanciert wurde, führt zu einer momentanen Spitze von Anfragen. Es kann nicht sein, dass die Stadt bei jedem momentanen Anstieg von Anfragen mit temporären Stellen reagiert. Zudem sind zur Umsetzung der beantragten Begegnungszonen bereits Massnahmen vorgesehen. Im Bereich Tiefbau wurden zusätzliche Mittel eingestellt, die mit der Umsetzung von Begegnungszonen begründet wurden. Im Bereich Städtebau muss man in der Lage sein, diese Spitze abzudecken durch Prioritätensetzung.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Antrag der SP-Fraktion abstimmen.

Der Rat lehnt den Antrag der SP ab, damit wird das Nettoglobalbudget nicht erhöht.

Departement Sicherheit und Umwelt

425000 Betrieb Parkhäuser und Parkplätze

M. Wäckerlin (GLP/PP) stellt im Namen der GLP/PP-Fraktion folgenden Antrag: Zielvorgaben / Messgrößen: 1 Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung, Ertragsüberschuss: „Erhöhung Ertragsüberschuss um 75'000 Franken, neuer Ertragsüberschuss: 1'581'669 Franken.“ Der Antrag wurde in der SSK mit 3 zu 6 Stimmen abgelehnt. Umsetzung: Erhöhung der Parkkosten in den Parkhäusern um 10%. Begründung: Man kann mittels Gebühren die Entwicklung gezielt steuern. Beim Budget können Gebühren gezielt angepasst werden, um nicht nur Einnahmen, sondern auch gewünschte Steuereffekte zu erreichen. Diese Erhöhung unterstützt das übergeordnete politische Ziel der Umlagerung des Verkehrs und liegt auf der Linie der Stadtpolitik. Zudem wird das Kassensystem der Parkhäuser erneuert.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion wird diesem Antrag nicht folgen. Die Parkgebühren müssen marktgerecht sein. Die städtischen Parkhäuser stehen im Wettbewerb zu den privaten Parkhäusern. Eine einseitige Änderung auf die Schnelle wäre denkbar schlecht.

F. Landolt (SP): Die SP-Fraktion wird diesem Antrag zustimmen. F. Helg hat marktgerechte Parkgebühren erwähnt. Dabei muss berücksichtigt werden, dass die städtischen Parkhäuser sehr gut gelegen sind. Das führt automatisch dazu, dass höhere Gebühren verlangt werden können, weil sie die Möglichkeit bieten in der Nähe der Altstadt zu parkieren. Im Weiteren wird eine Erhöhung der Parkgebühren zur Umlagerung des Verkehrs beitragen.

U. Obrist (SVP): Die SVP-Fraktion lehnt diesen Antrag ab. Mit der Erhöhung der Parkgebühren wird auch der Suchverkehr zunehmen. Die Leute werden Parkplätze suchen, die nicht so teuer sind. Das kann nicht Sinn und Zweck einer Erhöhung sein.

B. Günthard Fitze: Die EVP-Fraktion lehnt diesen Antrag ab. Jedes Jahr haben die Parkhäuser und Parkplätze mehr Geld generiert. Das ist im Voranschlag und in der Rechnung zu sehen. Ein Schnellschuss ist nicht in Ordnung. Die Parkgebühren müssen zwar überprüft werden, das wurde in der Kommission thematisiert. Aber eine pauschale Erhöhung kann die EVP-Fraktion nicht unterstützen.

J. Altwegg (Grüne/AL): Selbstredend stehen die Grünen hinter diesem Antrag. Marktgerecht heisst auch, dass die Preise variieren können. Deshalb soll die Stadt versuchen das knappe Gut Parkplätze, von dem es in der Stadt Winterthur angeblich viel zu wenige gibt, etwas teurer machen. Die Leute werden weiterhin parkieren. Die städtischen Parkhäuser stehen an attraktiven Orten, deshalb darf die Stadt etwas mehr verlangen. Zudem handelt es sich um kleine Beträge, die Stadt kann diesen Versuch wagen.

Stadträtin B. Günthard-Maier: Selbstverständlich liegt die Budgethoheit in der Hand des Parlaments. Die Ratsmitglieder bringen die Meinung des Volkes in den Ratssaal. Stadträtin B. Günthard-Maier hört gut zu was gesagt wird und nimmt die Meinungen partnerschaftlich entgegen. Sie wird versuchen auf einige Fakten oder allfällige Folgen hinzuweisen. Im vorliegenden Fall kann der Gemeinderat lediglich einen Ertragsüberschuss budgetieren. Die Höhe der Gebühren liegt in der Kompetenz des Stadtrates. Wenn die Gebühren erhöht werden, könnte das zur Folge haben, dass der Ertragsüberschuss sogar sinkt, weil die Nutzerinnen und Nutzer ausweichen. Es kann auch sein, dass der Suchverkehr zunimmt oder das Gewerbe in der Altstadt einen Teil seiner Attraktivität verliert, weil die Preise steigen. Zudem stehen, wie bereits erwähnt, die städtischen Parkhäuser in Konkurrenz mit den privaten. Die Tarife sind im Moment ungefähr austariert. Der städtische Tarif würde nach einer Erhöhung über dem der privaten Parkhäuser liegen.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Antrag der GLP/PP-Fraktion abstimmen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 29 zu 29 Stimmen ab. Damit werden die Parkgebühren nicht erhöht.

480000 Umwelt- und Gesundheitsschutz

F. Helg (FDP) stellt im Namen der FDP folgenden Antrag: Nettokosten: „Reduktion Globalkredit um 200'000 Franken v. a. in den Sachkosten.“ Neuer Globalkredit 2'717'889. Der Antrag wurde in der SSK mit 3 zu 6 Stimmen abgelehnt. Ausgangsbasis ist der Novemberbrief, mit dem 2,9 Millionen ins Budget eingestellt worden sind. Der Sachaufwand ist in dieser Produktgruppe stark gestiegen. Das ist hauptsächlich durch einen höheren Projektaufwand bedingt. Diese Projekte werden im Voranschlag detailliert aufgelistet (S. 200, Teil B). Die FDP vertritt die Meinung, dass eine stärkere Priorisierung notwendig ist. Nicht alles was wünschbar erscheint, ist absolut notwendig. Möglicherweise kann auch die Tiefe der Bearbeitung verringert oder eine Kooperation mit dem Kanton oder anderen Städten eingegangen werden, damit sich die Kosten besser verteilen. Die 200'000 Franken Kürzung sind angemessen. F. Helg bittet die Ratsmitglieder, dem Antrag zuzustimmen.

B. Helbling (SP): Die Kürzung der Nettokosten um 200'000 Franken lehnt die SP-Fraktion ab. Das Amt für Umwelt- und Gesundheitsschutz führt neben den gesetzlichen Vollzugs- und Kontrollaufgaben die städtische Querschnittorganisation Umwelt und Energie. Die Sachkosten werden dort vor allem für die Umsetzung von Massnahmen im Rahmen des Energiekonzepts und in der Luftreinhaltung eingesetzt. Am letzten Abstimmungswochenende wurde klar, wie wichtig der Bevölkerung das Thema Energiezukunft ist. Mit 51 % ist die Volksinitiative Winergie 2050 angenommen worden und der Gegenvorschlag des Stadtrates und des Grossen Gemeinderates gar mit 64,4 %. Wenn die Winterthurer Bevölkerung Ja sagt zum Ziel 2 Tonnen CO₂ und 2'000 Watt pro Jahr bis im Jahr 2050, dann braucht es auch Gelder für die Umsetzung der Massnahmen. Das kann nicht kostenneutral passieren. Aus diesem Grund lehnt die SP-Fraktion die Kürzung ab.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion hält die Ausgaben im Bereich Gesundheits- und Umweltschutz für sinnvoll und wird deshalb diesen Antrag ablehnen.

Stadträtin B. Günthard-Maier erinnert das Parlament an den Auftrag, den das Volk dem Stadtrat am letzten Abstimmungswochenende erteilt hat. Der Gegenvorschlag zur Winergie-Initiative wurde angenommen. Die Stadträtin möchte zudem darauf hinweisen, wo allenfalls gekürzt werden könnte, wenn der Antrag angenommen wird. Eine, zwei oder drei der folgenden Massnahmen müssten gestrichen werden: 1. Beiträge an Dritte streichen. Das würde Blue-Tech stark treffen. 2. Der Stadtrat könnte 20'000 Franken beim Massnahmenpaket Energiekonzept 2050 einsparen. Hier wurden bereits bei der Budgetierung 100'000 Franken gestrichen. 3. Man könnte ca. 100'000 bis 120'000 Franken einsparen indem die Leitung der Fachstelle nachhaltige Entwicklung nicht besetzt wird.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen.

Der Rat lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

B. Helbling (SP) stellt im Namen der SSK folgenden Antrag: „Zielvorgaben / Messgrößen: 4 Dienstleistungen, Zielerreichungsgrad Goldmedaille: „Angabe eines Zielerreichungsgrades auch in Jahren ohne re-audit, Prozentsatz für 2013: 78 %.“ Der Antrag wurde in der SSK mit 7 zu 2 Stimmen angenommen. Das audit wird alle 4 Jahre durchgeführt. In den Zwischenjahren kann man ohne re-audit den Wert eines internen audits eintragen. Die SSK beantragt einen Wert von 78 % einzuführen für den Voranschlag 2013.

Ratspräsident J. Lisibach stellt fest, dass keine Wortmeldungen vorliegen. Der Stadtrat ist mit der Änderung einverstanden.

Departement Schule und Sport

514000 Volksschule

Ch. Ulrich (SP): Die BSJK beantragt mit 6 zu 2 Stimmen die Neugestaltung des Beschlussteils. Der neugestaltete Beschlussteil wird im Anhang dem Protokoll beigelegt. Die Erhebung der Indikatoren, die im aktuellen Beschlussteil vorhanden sind, ist teilweise schwierig, deshalb hat die Kommission entschieden, die Indikatoren neu zu gestalten. Die Änderungen wurden von der Kommission grossmehrheitlich angenommen.

Stadtrat St. Fritschi: Der Stadtrat kann sich dem Antrag anschliessen.

Ratspräsident J. Lisibach: Es werden keine Einwendungen gemacht. Damit hat der Rat den Antrag angenommen.

Ratspräsident J. Lisibach: Die BBK stellt folgenden Antrag: Verpflichtungskredite: 12988 SH Guggenbühl: Gesamtsanierung: Schulgebäude, Projektierung: „Der Projektierungskredit in der Höhe von 150'000 Franken ist mit einem B zu versehen.“ Es werden keine Einwendungen gemacht. Der Stadtrat ist mit der Änderung einverstanden. Damit ist der Antrag angenommen.

534000 Sonderschulung

Ratspräsident J. Lisibach: Die BSJK stellt folgende Anträge: Antrag 1: Zielvorgaben / Messgrößen: 2 Förderung der Selbstständigkeit und Integration: Anteil (in %) der Kinder und Jugendlichen, die ihren Schulweg selbstständig bewältigen können: „Der Prozentsatz im Soll 2013 ist auf 33 zu korrigieren.“ Antrag 2: Anteil (in %) Kinder und Jugendliche, die sich selbstständig im Schulhaus bewegen, bzw. orientieren können: „Der Prozentsatz im Soll 2013 ist auf 74 zu korrigieren.“ Die BSJK hat die Anträge mit 8 zu 0 Stimmen angenommen. Der Rat macht keine Einwendungen und der Stadtrat ist mit den Änderungen einverstanden, damit sind die Anträge angenommen.

Die BBK stellt folgenden Antrag: Verpflichtungskredit: 12985 HP Michaelschule: UKV-Verkabelung, Schulgebäude, Ausführung: „Die im 2013 geplanten Kosten in der Höhe von 80'000 Franken sind zu streichen.“ Die BBK hat dem Antrag mit 9 zu 0 Stimmen zugestimmt.

B. Meier (GLP/PP): Es macht den Eindruck als ob 80'000 Franken gespart werden sollen. Ursprünglich war eine klassische Gebäudeverkabelung an der Michaelschule geplant, die rund 250'000 Franken gekostet hätte. Diese Kosten waren im Voranschlag 2012 und im IAFP eingestellt. Im Voranschlag 2013 wurden die Kosten auf 80'000 Franken reduziert. Die Ausführung war für das Jahr 2013 geplant. Dabei wollte man auf eine günstigere WLAN-Lösung setzen. Weil im Budget der Kredit mit dem Zeichen # versehen ist, das heisst der Kredit ist noch nicht bewilligt, hätte der Stadtrat für die 80'000 Franken eine Weisung ausarbeiten müssen. Die Kommission hat das wenig sinnvoll gefunden. Sie hat aber kritische Frage zur Höhe des Kredits gestellt. Braucht es wirklich 80'000 Franken für ungefähr 8 Anschlüsse?

Die Antwort auf diese Frage ist ernüchternd ausgefallen. Es hiess, dass der Kredit nicht mehr nötig sei, weil die Arbeit bereits im Herbst 2012 ausgeführt worden ist. Das zur Qualität der stadträtlichen Budgetplanung. Weil die Zeit für eine Bereinigung im Novemberbrief offenbar zu kurz war, unterstützt die Kommission den Stadtrat bei der Aktualisierung des Budgets und beantragt einstimmig den Verpflichtungskredit 12985 zu streichen.

Ratspräsident J. Lisibach stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, damit hat der Rat dem Antrag zugestimmt.

576000 Familienunterstützende Angebote

Ratspräsident J. Lisibach: Die BSKK stellt einstimmig folgende Anträge: Zielvorgaben / Messgrössen: 1 Verbesserte Chancengerechtigkeit für Kinder im Vorschulalter: Antrag 1: Anzahl subventionierter Kinderplätze in Kitas: „Anzahl subventionierte Kinderplätze im Beschlussteil streichen und nur noch im Informationsteil erwähnen.“ Antrag 2: „Anzahl subventionierte Säuglingsplätze in Kitas (< 18 Monate): „Anzahl subventionierte Säuglingsplätze im Beschlussteil streichen und nur noch im Informationsteil erwähnen.“ Antrag 3: Anzahl subventionierte Betreuungsstunden von Kindern in Tagesfamilien: „Anzahl subventionierte Betreuungsstunden im Beschlussteil streichen und nur noch im Informationsteil erwähnen.“ Der Ratspräsident stellt fest, dass keine Wortmeldungen vorliegen und der Stadtrat einverstanden ist, damit sind die drei Anträge genehmigt.

Sportamt

Ratspräsident J. Lisibach: Die BBK stellt folgende Anträge: Verpflichtungskredite: Antrag 1: 13013 Schützenwiese: Bau von Kunstrasenfeld: „Der Projektierungskredit ist von 300'000 Franken auf 200'000 Franken zu kürzen.“ Die BBK hat dem Antrag mit 9 zu 0 Stimmen zugestimmt. Antrag 2: 13018, Sportanlage Steinacker: Garderobengebäude: „Das Projekt 13018 wird abgeschlossen und abgerechnet. Das Finanzamt wird beauftragt für das Projekt „Garderoben Fussballanlagen“ eine neue Projektnummer zu vergeben. Auf dieses neu zu eröffnende Projekt wird ein mit dem Budget zu bewilligender (B) Ausführungskredit von 300'000 Franken eingestellt. Der auf dem Projekt 13018 budgetierte Betrag von 50'000 Franken wird auf das neue Projekt auf die Kostenart 503042 übertragen.“ Die BBK hat dem Antrag mit 6 zu 2 Stimmen zugestimmt. Antrag 3: 503042, Sportanlagen, Ausführung: „Der auf dem Projekt 13018 budgetierte Betrag von 250'000 Franken wird auf das neue Projekt übertragen.“ Die BBK hat dem Antrag mit 6 zu 2 Stimmen zugestimmt. Ratspräsident J. Lisibach stellt fest, dass keine Wortmeldungen vorliegen. Der Stadtrat ist mit den Änderungen einverstanden, damit sind die Anträge genehmigt.

Departement Soziales

621000 Sozial- und Erwachsenenhilfe

B. Helbling (SP) stellt im Namen der SSK folgenden Antrag: Nettokosten: „Nettokostenreduktion um 240'000 Franken mit dem Ziel 2 geplante Stellen einzusparen.“ Neuer Globalkredit: 18'242'781 Franken. Die SSK hat dem Antrag mit 5 zu 4 Stimmen zugestimmt. Die SP unterstützt diesen Kürzungsantrag nicht und beantragt den Globalkredit gemäss Vorschlag unverändert anzunehmen. Die neu zu schaffenden Stellen sind gerechtfertigt und konnten in der SSK durch den Bereichsleiter gut begründet werden. Bei den Zusatzleistungen der AHV/IV und im Sozialbereich Asyl wurde der Personalbestand über mehrere Jahre nicht dem Fallwachstum angepasst. Im Bereich gesetzliche Betreuung kommen mit dem neuen Kinder- und Erwachsenenschutzrecht, neben dem Fallwachstum, auch differenzierte gesetzliche Aufgaben auf die Mitarbeitenden zu. Die Belastung der Mitarbeitenden ist bereits jetzt hoch. Das zeigt sich auch bei den Indikatoren. Eine Kürzung des Globalkredits um 240'000 Franken wird deshalb von der SP nicht unterstützt.

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion möchte dem Rat beliebt machen, dem Kommissionsantrag zuzustimmen, der auf einen Input der FDP-Fraktion zurückgeht. Selbstverständlich aner-

kennt die FDP, dass die Fallzahlen angestiegen sind und dass es mehr Ressourcen braucht. Sie will aber keinen strikten Mechanismus mit dem die Fallzahlen und die personellen Kapazitäten in ein unabänderliches Verhältnis gesetzt werden. D. Oswald hat im Eingangsreferat darauf hingewiesen, dass der Aufwand stärker wächst als die Bevölkerung. Es ist möglich, die Spezialisierung zu verbessern, wenn das Fallvolumen wächst. Dadurch kann auch die Effizienz gesteigert werden. Im Bereich Sozial- und Erwachsenenhilfe sind 6,5 neue Stellen beantragt worden. Die Reduktion des Globalkredits um 240'000 Franken ist verkraftbar.

B. Günthard Fitze (EVP): Die EVP-Fraktion unterstützt den Kommissionsantrag nicht. Die Kommission hat ausführliche Informationen erhalten. Die Fallzahlen sind massiv gestiegen und die Mitarbeitenden müssen immer mehr Fälle übernehmen. Dass durch eine Spezialisierung die Effizienz gesteigert werden kann, ist eine Theorie. Die Arbeit ist sehr schwierig und die Fluktuation in diesem Bereich ist bereits jetzt hoch. Wenn die Mitarbeitenden noch mehr Fälle bearbeiten müssen, wird die Arbeit bald unerträglich. B. Günthard Fitze bittet die Ratsmitglieder, den Kommissionsantrag nicht zu unterstützen.

D. Berger (Grüne/AL): Die Fraktion unterstützt den Antrag der SSK nicht. Der Bedarf ist ausgewiesen, die Stellen sind notwendig. Mit genügend Stellen kann auch der Sozialhilfemissbrauch besser bekämpft werden. Wenn man alles rasch abarbeiten muss, wird eher etwas übersehen. Diese Kostenreduktion widerspricht in dieser Hinsicht dem Ziel der FDP. Zudem besteht ein Nachholbedarf. Es wäre ein falsches Zeichen diese 2 Stellen zu streichen. Die Grüne/AL-Fraktion bittet die Ratsmitglieder, den Antrag nicht zu unterstützen.

U. Obrist (SVP): Die SVP-Fraktion stimmt dem Antrag zu. Es geht um 6,5 neue Stellen, die beantragt sind. Es ist ganz klar, dass nicht so massiv aufgestockt werden kann. Der Kredit muss um 240'000 Franken reduziert werden. Das sind 1,5 Promille des Globalkredits. U. Obrist bittet die Ratsmitglieder, den Antrag zu unterstützen.

Stadtrat N. Galladé will sich auf das Konkrete beschränken. In diesem Fall wird über Leistungen und über die entsprechenden Mittel diskutiert. Die Debatte in der SSK war sehr sachlich. Es geht konkret um 5 neue Stellen, die auf 3 Stellen gekürzt werden sollen. Das betrifft zum einen den Sozialdienst Asyl. Im Asylbereich müssen, aufgrund der Kontingentausschöpfung, die der Kanton allen Gemeinden aufoktroiert, ca. 100 Plätze mehr zur Verfügung gestellt werden. Das hat zu mehr Betreuungsaufwand geführt. Wenn Asylsuchende in Winterthur untergebracht werden sollen, dann wird jeweils die Forderung laut, dass diese Leute intensiv betreut werden müssen. Auch aufgrund dieser Forderung ist der geplante Stellenzuwachs gerechtfertigt.

Stadtrat N. Galladé zeigt anhand von Tabellen die Situation auf. Auf der einen Seite stehen der gesetzliche Betreuungsdienst, die Amtsvormundschaften. Die Entwicklung der Fallzahlen und der Anzahl Stellen zeigt auf, dass nicht von einem Automatismus gesprochen werden kann. Die Fallzahlen sind seit 2009 fast um 20 % angestiegen. In diesem Zeitraum wurde die Anzahl Stellen nicht angepasst. Für 2013 ist jetzt ein Nachvollzug beantragt. Wenn man das Argument, dass der Aufwand stärker steigt als die Bevölkerungszahl, genauer betrachtet, kann man die Entwicklung nachrechnen. Die Anzahl Fälle ist um 28,3 % gestiegen, die Stellen um 17 %. Damit wurde die Effizienzsteigerung bereits realisiert. Stadtrat N. Galladé bittet die Ratsmitglieder, dem stadträtlichen Antrag zuzustimmen.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Kommissionsantrag abstimmen.

Der Rat lehnt den Kommissionsantrag ab und stimmt damit dem stadträtlichen Antrag zu.

Ratspräsident J. Lisibach: Die BBK stellt folgenden Antrag: Verpflichtungskredite: 13090, Asylunterkunft in Containerbauweise: 503032 Fürsorgebauten, Ausführung: „Das Gebundenheitszeichen ist durch ein # zu ersetzen.“ Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der Stadtrat erklärt sich einverstanden. Damit ist der Antrag angenommen.

627000 Prävention und Suchthilfe

F. Helg (FDP): Die FDP-Fraktion stellt folgenden Antrag: Nettokosten: „Nettokostenreduktion um 130'000 Franken mit dem Ziel die neue Stelle DAS einzusparen.“ Neuer Globalkredit 4'101'779 Franken. Der Antrag wurde in der SSK mit 3 zu 6 Stimmen abgelehnt. Diese Stelle gehört aus Sicht der FDP zum Wunschbedarf. Die Betreuung in quantitativer Hinsicht darf durchaus diskutiert werden. Auch ein beschränktes Betreuungsangebot bei der DAS ist ausreichend. Es genügt, dass das Angebot allenfalls punktuell, durch eine Person verstärkt wird, die nicht unbedingt die Ausbildung zum Sozialpädagogen abgeschlossen haben muss. Eine Vollzeitstelle ist nicht notwendig. Aus diesem Grund kann man getrost diese 130'000 Franken einsparen.

B. Baltensberger (SP): Auch diesen Antrag lehnt die SP ab. Die Drogenanlaufstelle ist gut gestartet und leistet sehr gute Arbeit. Die Besetzung mit drei Mitarbeitenden ist eingespielt. Es wäre kontraproduktiv und käme einem Schildbürgerstreik gleich, wenn jetzt das Budget gekürzt würde. Damit würden keine Probleme gelöst. Die Mitarbeitenden müssten Überstunde leisten, zudem würden sich Probleme an anderen Orten zeigen. Die Öffnungszeiten müssten zum Beispiel reduziert werden. Dann bestünde erneut die Gefahr, dass sich eine offene Drogenszene bildet. Das will niemand. Im Vergleich mit anderen Städten ist das DAS sehr knapp mit Ressourcen ausgestattet.

D. Berger (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion lehnt den FDP-Antrag ab. Jetzt ist das Team eingespielt. Das DAS funktioniert. Die Schaffung einer Anlaufstelle wurde sehr kontrovers diskutiert. Mit drei Mitarbeitenden funktioniert die DAS sehr gut, jetzt soll es auch mit zwei Leuten funktionieren. Das Problem ist, wenn sich die Stimmung verschlechtert und es rund um das Areal Probleme gibt, dann kann das nicht damit gelöst werden, dass ein dritter Mitarbeiter eingestellt wird, weil bereits viel Geschirr zerschlagen ist und die Probleme mit den Anwohnenden und den Betroffenen nicht so einfach gelöst werden können. Dieses Risiko darf nicht eingegangen werden. D. Berger bittet die Ratsmitglieder, den FDP-Antrag abzulehnen.

M. Thurnherr (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der FDP. Es ist nicht gut, wenn jetzt eine neue Stelle geschaffen wird, die im Budget 2014 wieder gestrichen werden muss aufgrund eines allfälligen Sparprogramms.

K. Brand (CVP): Die CVP-Fraktion unterstützt den Antrag der FDP. Die Anlaufstelle ist mit viel Geld erstellt worden. Der Betrieb läuft gut, in der Umgebung ist es ruhig und die Nachbarn regen sich nicht auf. Offenbar wurde bereits eine dritte Stelle geschaffen. Den Benutzern der Anlaufstelle könnten aber Eigenleistungen auferlegt werden. Die DAS wird auch von Leuten aufgesucht, die leistungsfähig sind und Arbeiten übernehmen könnten. Die beiden führenden Personen der Anlaufstelle sollen ihre Führungsaufgaben wahrnehmen und von den Benutzerinnen und Benutzern gewisse Eigenleistungen verlangen.

B. Günthard Fitze (EVP): Die EVP lehnt den Antrag der FDP ab. Die Anlaufstelle funktioniert soweit gut. Es handelt sich um ein präventives Angebot, wenn diese Aufgabe nicht mehr erfüllt werden kann, muss die Polizei vermehrt eingreifen. Das kann nicht das Ziel sein. B. Günthard Fitze bittet die Ratsmitglieder, der DAS drei Stellen zu bewilligen und den FDP-Antrag abzulehnen.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Es ist schwierig im sozialen Bereich zu sparen. Je nach dem kann das zurückschlagen. Aus diesem Grund wird die GLP/PP-Fraktion den Antrag ablehnen. Man kann nicht immer bei den Schwächsten sparen.

Ch. Kern (SVP): Es werden harte Zeiten auf die Stadt zukommen. Das hat Ch. Kern bereits anlässlich der letzten Sitzung festgehalten, als über den Wanderweg Rund um Winterthur diskutiert wurde. Auch hier handelt es sich um jährlich wiederkehrende Kosten, die Winterthur die nächsten Jahre belasten werden. Es ist grobfahrlässig jetzt Stellen zu bewilligen, obwohl es auch anders gehen würde. Die Drogenanlaufstelle funktioniert auch mit zwei Per-

sonen. Von den Leuten, die dort verkehren, kann man eine Eigenleistung erwarten. Sie erhalten alles geliefert und man kümmert sich auch an anderen Stellen um diese Personen. Sie brauchen keine so umfangreiche Betreuung, damit es ihnen so wohl ist, dass sie nicht auf die Idee kommen sich aus der Situation zu befreien. Es wird ein Sanierungsprogramm auf die Stadt zukommen. Der Gemeinderat will offenbar das Sparen auf die nächsten Jahre verschieben. Die Kosten, die jetzt aufgebaut werden, treffen die Stadt später umso härter. Ch. Kern bittet die Ratsmitglieder dringlich, dem Antrag der FDP zuzustimmen.

F. Helg (FDP) erklärt zum Votum von D. Berger (Grüne/AL), dass der Mechanismus auf Vorrat Stellen zu schaffen, durchbrochen werden muss. Richtig wäre, dass man punktuell eingreift, wenn es nicht funktioniert. Im Voraus Stellen zu schaffen ist falsch. Einmal geschaffene Stellen sind kaum mehr aufzuheben.

D. Berger (Grüne/AL): Die Stelle besteht bereits und mit drei Mitarbeitenden funktioniert die Anlaufstelle sehr gut. Damit wird nicht einfach ins Blaue hinein geplant.

Stadtrat N. Galladé: Mit dem Antrag der FDP stellt sich die Frage, ob man abwarten soll bis etwas passiert. Sicherheit ist ein sehr hohes Gut. Angefangen hat es mit dem Stadtpark und dem Pavillon. Es waren grosse Anstrengungen notwendig um die Situation zu beruhigen. Diverse städtische Stellen haben zusammengearbeitet. Nachdem der Druck noch vor dem Umzug massiv gestiegen ist, hat die Stadt eine dritte Stelle geschaffen. Für die Anfangszeit nach dem Umzug wollte man diese Stelle weiterführen und danach die Situation evaluieren. Diese Evaluation wurde durchgeführt. Dabei wurde die Begleitgruppe mit einbezogen. Der Stadtrat hat versprochen, dass er alles unternimmt, um einen guten Betrieb zu gewährleisten, der die Nachbarschaft nicht tangiert. Die Anlaufstelle ist auf einem guten Weg, deshalb macht diese befristete dritte Stelle Sinn. Im Rahmen eines Sparprogramms muss die Lage neu beurteilt werden. Die öffentliche Sicherheit darf aber nicht fahrlässig aufs Spiel gesetzt werden. Stadtrat N. Galladé empfiehlt den Ratsmitgliedern, diese Stelle beizubehalten. Die DAS arbeitet auch mit Praktikantinnen und Praktikanten und teilweise mit Zivildienstleistenden. Das Personal wird optimal eingesetzt.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Antrag der FDP abstimmen.

Der Rat lehnt den Antrag mehrheitlich ab. Der Globalkredit bleibt damit unverändert.

Spitex

D. Berger (Grüne/AL): 2012 war eine Erhöhung um 2,7 Stellen geplant. Die Anzahl Stellen wurde aber plafoniert und die Stellen wurden nicht geschaffen. Es war ein grosser Fehler, dass die Grüne/AL-Fraktion in der Kommission folgenden Antrag nicht gestellt hat: Nettokosten: „Erhöhung des Globalkredits um 100'000 Franken.“ Begründung: Es soll eine weitere Stelle geschaffen werden, damit weniger Aufträge weitergeleitet werden müssen wie geplant. Die Devise lautet „ambulant vor stationär“, das wird immer wieder betont. Das hat zur Konsequenz, dass die Stellen im Bereich der Spitex angepasst werden müssen. Deshalb soll der Globalkredit um 100'000 Franken erhöht werden, damit wenigstens eine Stelle geschaffen werden kann. Die Spitex könnte damit mehr Anträge annehmen. Im Budget ist ersichtlich, dass die Anfragen, die nicht übernommen werden können und an andere Spitex-Organisationen weitergegeben werden, stark angestiegen sind. D. Berger bittet die Ratsmitglieder, dem Antrag zuzustimmen.

W. Schurter (CVP): Die CVP-Fraktion lehnt diesen Antrag ab. Die Stadt soll Leistungsvereinbarungen mit privaten oder konfessionellen Spitex-Organisationen abschliessen, die noch Kapazitäten haben, um neue Fälle zu übernehmen.

M. Wäckerlin (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion hegt grundsätzlich Sympathie für dieses Anliegen. Die Fraktion ist zur Auffassung gelangt, dass von Seiten des Stadtrates die Auslegung im Bereich Spitex, die bereits versprochen worden ist, realisiert werden soll. Auf der

Basis dieser Auslegeordnung könnten weitere Entscheide getroffen werden. Die GLP/PP-Fraktion will abwarten bis diese vorliegt und wird deshalb den Antrag ablehnen.

Ch. Kern (SVP): Die SVP-Fraktion lehnt den Erhöhungsantrag ab. Wenn die Spitex mehr Stellen benötigt, müsste der Stadtrat einen Antrag stellen und nicht ein Mitglied des Parlaments. Daraus ist zu schliessen, dass die Spitex nicht dringend mehr Stellen benötigt. Wenn Aufträge an private Spitex-Organisationen weitergegeben werden, ist das nicht tragisch. Hier spielt der freie Markt. Ch. Kern ist überzeugt, dass auch private Spitex-Organisationen sehr gute Arbeit leisten. Auch bei der Spitex der Stadt Winterthur sind sicherlich gewisse Optimierungen möglich. Zum jetzigen Zeitpunkt ist eine Stellenaufstockung nicht nötig. Ch. Kern bittet die Ratsmitglieder, den Antrag abzulehnen.

B. Baltensberger (SP) unterstützt den Antrag der GLP/PP-Fraktion. Es ist ein Armutszeugnis, dass die Leistungen der Spitex eingefroren werden, weil kein Geld mehr vorhanden ist. Diese Leistungen gehört zu den Grundaufgaben einer Gemeinde, die nicht einfach an andere Anbieter delegiert werden kann. Eine gewisse Qualitätssicherung ist zudem notwendig. Das ist nicht bei allen Anbietern gegeben. Wenn so viele Fälle ausgelagert werden müssen, besteht die Gefahr, dass Anfragen an Anbieter weitergegeben werden, die nicht über alle Zweifel erhaben sind. Es ist eine städtische Aufgabe, die Qualität der Spitex zu sichern. Das ist nicht möglich, wenn der Stellenplan eingefroren wird. Die Nachfrage steigt weiterhin. Das wird sich auch in Zukunft nicht ändern, im Gegenteil. Die Stadt muss sich über das weitere Vorgehen Gedanken machen, damit weiterhin gute Leistungen angeboten werden können. B. Baltensberger bittet die Ratsmitglieder, den Antrag zu unterstützen.

F. Helg (FDP): Das Department verdient ein Lob, die Produktegruppe ist sauber budgetiert. Dabei wurde festgestellt, dass die geplanten 2,7 Stellen nicht benötigt werden. Die FDP-Fraktion wird dem Antrag des Stadtrates zustimmen.

Stadtrat N. Galladé hegt im Grundsatz Sympathien für diesen Antrag. Der Grundsatz „ambulant vor stationär“ wird auch umgesetzt. Es gibt aber auch private Spitex-Organisationen, die gute Leistungen erbringen. Die Stadt hat bereits Leistungsvereinbarungen abgeschlossen. Das sieht das Gesetz so vor. 2012 war ein Stellenwachstum geplant. In der Vergangenheit wurden in verschiedenen Sparrunden über alle Departemente hinweg 11 Millionen eingespart. Stadtrat N. Galladé hat ebenfalls einen Beitrag für ein gutes Gesamtbudget geleistet. Deshalb wurde die Anzahl Stellen auf das Niveau von 2011 reduziert. In diesem Sinne bittet Stadtrat N. Galladé die Ratsmitglieder, den Antrag abzulehnen und das Budget nicht zu erhöhen. Wenn man den Inhalt dieses Budget, die Leistungen und die Finanzen genau prüft, kommt man zum Schluss, dass es ein ausgewogenes Budget ist. Die Zitrone ist aber ausgepresst. Wenn Stadtrat N. Galladé die Anträge aus dem Rat anschaut, war wirklich nicht viel Saft in dieser Zitrone. Stadtrat N. Galladé beantragt die Ablehnung dieses Antrags in der Hoffnung, dass am Schluss keine pauschalen Kürzungen ins Blaue gemacht werden. Wenn es um Leistungen geht, dann tun Kürzungen offenbar weh.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Antrag der Grüne/AL-Fraktion abstimmen.

Der Rat lehnt den Antrag ab, damit hat er dem stadträtlichen Budget zugestimmt.

Departement Technische Betriebe

710000 Stadtwerk Winterthur

Ratspräsident J. Lisibach: Die BBK stellt folgende Anträge: Zielvorgaben / Messgrössen: 6 Nachhaltigkeit, Punkt 7: Antrag 1: Energie-Contracting-Neuanlagen ist durch „Energimix der EC-Anlagen“ zu ersetzen.“ Antrag 2: „Anteil an CO₂-neutralem Energieeinsatz aller seit dem 1.1.2013 installierten Neuanlagen ist zu ersetzen durch „Bei Neuanlagen welche zu Lasten des 40 Mio. Credits erstellt werden, sind in der Regel mindestens 70 % der produ-

zierten Wärme und Kälte CO₂-frei oder CO₂-neutral erzeugt (also ohne Erdgas, Erdöl und Kohle) jährliche Steigerungsrate 1 %. Antrag 3: „Anteil CO₂-neutrale Energie in % der Gesamtenergie ist zu ersetzen durch „Verhältnis der CO₂-frei oder CO₂ neutral erzeugten Energiemenge Wärme und Kälte (MWh) zur Gesamtmenge (MWh) in %.“ Die BBK hat den Anträgen mit 8 zu 0 Stimmen zugestimmt. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Der Stadtrat schliesst sich den Anträgen an. Damit sind alle drei Anträge angenommen.

750000 Stadtgärtnerei

B. Meier GLP/PP) stellt im Namen der GLP/PP-Fraktion folgenden Antrag: Nettokosten: „Kürzung des Nettokredits um 200'000 Franken mit dem Ziel diese bei den Lohnkosten einzusparen.“ Der Antrag wurde in der BBK mit 5 zu 3 Stimmen abgelehnt. Der Stadtrat hat bereits im September 2012 im Voranschlag Mehrkosten von ca. 600'000 Franken inklusive einer zusätzlichen Stelle beantragt. Das sind 5 % des Gesamtbudgets von rund 12 Millionen. Im Novemberbrief hat der Stadtrat zusätzliche 650'000 Franken in den Voranschlag eingestellt. Darin eingeschlossen sind 3 zusätzliche Stellen. Diese Mehrkosten wurden hauptsächlich mit der Bekämpfung des asiatischen Laubholzbockkäfers begründet. Die insgesamt zusätzlichen 1,25 Millionen entsprechen einer Nettoaufwandsteigerung von über 10 %. Mit der Schaffung einer zusätzlichen Stelle für die Aufgaben im Bereich Naturschutz und Biosicherheit ist die GLP/PP-Fraktion einverstanden. Es ist auch klar, dass für die Beobachtungs- und Bekämpfungsmassnahmen gegen den Laubholzbockkäfer zusätzliche Mittel benötigt werden. Es ist aber falsch auf Vorrat Personal einzustellen. Es braucht interne Prioritätsverschiebungen, wobei die Sicherheit nicht leiden darf. Die notwendigen Einsätze sollen Bedarfsgerecht und in grösserem Ausmass als vom Stadtrat vorgesehen, durch Dritte erfolgen. Notabene wird auch im Bereich Forstbetrieb zusätzlich eine halbe Stelle geschaffen, die in der Kommissionsberatung nicht in Frage gestellt wurde, mit der Begründung, dass der Laubholzbockkäfer bekämpft werden muss. Im schlimmsten Fall könnte mit Nachtragskrediten gearbeitet werden. Jetzt muss aber nicht der schlimmste Fall budgetiert werden. Zudem muss die Stadt alle Möglichkeiten ausschöpfen den Bund zur Finanzierung dieser Massnahmen zu verpflichten. B. Meier bittet die Ratsmitglieder, dem Antrag um Kürzung des Nettokredits um 200'000 Franken zuzustimmen.

F. Landolt (SP): Die SP lehnt diesen Antrag ab. Von Seiten der Verwaltung wurde plausibel erläutert, dass die Stadtgärtnerei nicht über zu viele Stellen verfügt. Die Stellen werden nicht auf Vorrat geschaffen. Man muss aber der Stadtgärtnerei den Spielraum geben, um jemanden anzustellen, falls der Laubholzbockkäfer gefunden werden sollte. Mit diesem Eindringlich ist nicht zu spassen, schon gar nicht in der Gartenstadt Winterthur. Der Einsatz der Stadtgärtnerei muss honoriert werden. Deshalb bittet F. Landolt die Ratsmitglieder, dem Kürzungsantrag nicht zuzustimmen.

Stadtrat M. Gfeller bittet den Gemeinderat im Namen des Stadtrates, dem Kürzungsantrag nicht zuzustimmen. Die Bundesbehörden und die kantonalen Behörden haben klare Verfügungen erlassen. Vier Jahre lang muss das betroffene Gebiet, plus ein Umkreis von 500 Meter, streng überwacht werden und zwar mehrmals pro Vegetationsperiode. Diese Arbeit wurde im letzten Sommer durchgeführt. Deshalb kann der Stadtrat den Aufwand abschätzen. Im Verlauf des Herbstes ist aber das Gebiet noch grösser geworden, weil an der Bahnlinie nach Frauenfeld ein weiterer Baum entdeckt wurde, der befallen war. Das heisst die nächsten vier Jahre müssen die 500 Meter um diesen Baum kontrolliert werden. Leider kann auch der Stadtrat nicht sagen, wie das weitergeht. Im Namen der Biosicherheit muss die Stadt, auch zugunsten der umliegenden Gemeinden, die befallenden Gebiete kontrollieren. In diesem Fall sieht Stadtrat M. Gfeller kein Handlungsspielraum für die Stadt. Es handelt sich um einen Auftrag. Als Mitglied des Stadtrates würde Stadtrat M. Gfeller fahrlässig handeln, wenn er nicht für die notwendigen Mittel einstehen würde. Der Käfer ist zwar klein, aber international wird er als gefährlich eingestuft. Das Fatale ist, dass er dickere Äste an einem Baum so befallen kann, dass sie plötzlich abbrechen. Das darf man aus Sicherheitsgründen im Siedlungsgebiet nicht hinnehmen. Die Bekämpfung ist notwendig. Stadtrat M. Gfeller bittet die Ratsmitglieder, dem Antrag der GLP/PP-Fraktion nicht stattzugeben.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Antrag der GLP/PP-Fraktion abstimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 32 Stimmen zu, damit wird der Nettokredit um 200'000 Franken gekürzt.

R. Diener (Grüne/AL) stellt im Namen der GLP/PP-Fraktion folgenden Antrag: Zielvorgaben / Messgrößen: 4 Nachhaltigkeit/Ökologie, Prozentsatz der naturnah/extensiv gepflegten Flächen: „Mehr naturnahe Flächen entsprechen dem Ziel zur Verbesserung der in Zivilisationsräumen immer mehr bedrohten Biodiversität. Gemäss Zusammenstellung der Stadtgärtnerei (Nov. 2012) ist das Potential bis 2018 auf gegen 30 % geschätzt. Die naturnah gepflegten Flächen sollen 2013 um 1 % gesteigert werden“ Dieses Anliegen dient sowohl der Natur wie auch der Bevölkerung. In der Gartenstadt Winterthur hat die Natur eine wichtige Bedeutung. Auf der anderen Seite ist bekannt, dass die Biodiversität in den Agglomerationen sehr stark gefährdet ist. Die Fraktion hat abgeklärt wie hoch das Potential für naturnah gepflegte Flächen ist und ist zum Schluss gekommen, dass 30 % realistisch sind. Deshalb beantragt die Grüne/AL-Fraktion die Steigerung um 1 % im Jahr 2013. Im IAFP soll eine entsprechende Anpassung vorgenommen werden, damit die naturnah gepflegten Flächen bis 2018 ca. 30 % betragen. R. Diener bittet die Ratsmitglieder für die Natur, für die Biodiversität und für die Gartenstadt, diesen Antrag zu unterstützen.

Stadtrat M. Gfeller bedauert, dass er diesen Antrag nicht unterstützen kann. Er muss aber konsequent sein. Der Gemeinderat hat bereits ein deutliches Zeichen gesetzt und erklärt, dass die Stadt die verpflichtenden Massnahmen durchführen soll. Dieser Antrag liegt im Bereich der freiwilligen Massnahmen. Es mag sein, dass der Unterhalt nicht aufwändiger ist, wenn die naturnahen Flächen bereits geschaffen sind. Die Umstellung von intensiven Rasenflächen zu einer mageren Vegetation verursacht aber mehr Aufwand für das Personal. Nachdem der Gemeinderat einer Kürzung um 200'000 Franken zugestimmt hat, kann das nicht aufgehen. Stadtrat M. Gfeller bittet die Ratsmitglieder, den Antrag abzulehnen.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Antrag der Grüne/AL-Fraktion abstimmen.

Der Rat lehnt den Antrag mit 30 zu 29 Stimmen ab.

Ch. Benz (SP) stellt folgenden Antrag: Ergänzung im Informationsteil, Budgetbegründung: „Die zusätzlichen Baumpflegestellen sind auf 4 Jahre zu befristen.“ Im Novemberbrief (S. 16) sind 650'000 Franken Mehrausgaben eingestellt, diese betreffen insbesondere die Bekämpfungsmassnahmen gegen den Laubholzbockkäfer. Die zusätzlichen Stellen, die der Stadtrat zur Bekämpfung des Käfers schaffen will, sollen auf 4 Jahre befristet werden, weil die Massnahmen vom Bund ebenfalls über den Zeitraum von 4 Jahren vorgegeben sind. Die BBK hat diesem Antrag einstimmig zugestimmt.

Stadtrat M. Gfeller: Die Streichung von 200'000 Franken betrifft im Wesentlichen diese neu zu schaffenden Stellen. Etwas zu befristen, das aus dem Budget gekippt wurde, ist nicht ganz einfach. Die Stelle, die dazu bestimmt ist, die Biosicherheit zu gewährleisten, soll nicht gestrichen werden. Für diese Stelle ist keine Befristung vorgesehen. Die 200'000 Franken, die gestrichen wurden, waren für diese befristeten Stellen bestimmt. Insofern kann Stadtrat M. Gfeller diesem Antrag grundsätzlich zustimmen, aber wahrscheinlich werden diese Stellen nicht geschaffen.

F. Helg (FDP): Wie weit kann der Informationsteil durch einen Antrag ergänzt werden? Wenn man das jetzt zulässt, können weitere Anträge gestellt werden. Das müsste man klären, bevor man diesen Antrag zulässt.

Ratspräsident J. Lisibach: Das wird der Grund sein, warum dieser Antrag nicht im Drehbuch steht. Der Gemeinderat kann keine Änderungen im Informationsteil vornehmen. Er kann aber Wünsche anbringen. Der Ratspräsident schlägt vor, diesen Zusatz dem Stadtrat als Wunsch zu übermitteln. Es werden keine Einwendungen gemacht.

Stadtkanzlei

M. Zeugin (GLP/PP): Der folgende Antrag ist in der Aufsichtskommission mit Stichentscheid des Präsidenten abgelehnt worden. Nettokosten: „Senkung des Globalkredits um 187'000 Franken.“ Der Stadtrat will eine zusätzliche Stelle im Informationsdienst schaffen, im Bereich E-Government. Die GLP/PP-Fraktion ist nicht grundsätzlich dagegen, dass die Stadt in diesem Bereich aktiv wird. Zuerst müssen aber noch Fragen zu den Schnittstellen geklärt werden. Der Stadtrat hat zugesagt, dass er Klarheit betreffend Zuständigkeit schaffen will. Sobald das geklärt ist, können weitere Entscheide gefällt werden. In diesem Sinne ist es verfrüht, diese Stelle zu schaffen.

Ch. Griesser (Grüne/AL) hat die Information erhalten, dass es um die Homepage der Stadt geht. Ein Update ist notwendig und dazu braucht es Personal. Die Bürgerinnen und Bürger wollen möglichst viel von zu Hause aus erledigen. Die 187'000 Franken ergeben pro Einwohner knapp 2 Franken – das heisst ein Busbillet ist teurer. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt den Antrag ab.

S. Stierli (SP): In der Aufsichtskommission wurden diese Ausgaben genau geprüft. Es braucht tatsächlich zuerst eine Auslegeordnung aber nicht betreffend E-Government, weil dieses Konzept bereits vorliegt. E-Government ist wichtig und die SP will bereits jetzt damit starten und nicht noch ein Jahr warten. Der Betrag ist relativ bescheiden. Hinzukommt, dass die Produktegruppe Stadtkanzlei im Novemberbrief bereits Federn lassen musste. Der Globalkredit wurde um 312'500 Franken gekürzt. Der Betrag von 187'000 Franken, der den Winterthurerinnen und Winterthurern zugutekommen wird, ist gerechtfertigt.

N. Gugger (EVP): In der AK wurde der Antrag der GLP/PP-Fraktion eingehend besprochen. Es soll bei diesen Änderungen nicht ausschliesslich um E-Government für die Stadt Winterthur gehen. Die Schnittstellen mit dem Kanton sollen optimiert werden. Der Kanton macht der Stadt ein Angebot, das Winterthur erlaubt kostengünstig an E-Government teilzunehmen. Dementsprechend lehnt die EVP-Fraktion die Kürzung um 187'000 Franken ab.

Stadtpräsident M. Künzle: Der Kanton Zürich hat vor einigen Wochen bekannt gegeben, dass er punkto E-Government weiterkommen will. Das hat den Stadtrat bewogen nicht erneut ein Jahr zu warten bis gewisse notwendige konzeptionelle Schritte realisiert werden. Der Stadtrat will diese Stelle schaffen. Der Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern soll verbessert werden. Das gehört zu einer modernen Stadtverwaltung. Hier muss noch einiges getan werden. Der Stadtrat will gegenüber dem Kanton Zürich nicht erklären müssen, dass dieses Geld gestrichen wurde. Er möchte gemeinsam mit dem Kanton vorwärts kommen.

M. Zeugin (GLP/PP): Das Budget des Kantons Zürich wurde noch nicht abgenommen. Die Anträge für neue Stellen sind darin enthalten. Es ist nicht Sakrosankt, dass dieses Projekt umgesetzt wird.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Antrag der GLP/PP-Fraktion abstimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag zu, damit wird der Globalkredit um 187'000 Franken reduziert.

Ombuds-und Datenaufsichtsstelle

Ch. Griesser (Grüne/AL) stellt im Namen der AK folgenden Antrag: „Reduktion des Globalkredits um 10'000 Franken als Korrektur eines von der Ombudsstelle nicht rechtzeitig festgestellten Übertragungsfehlers.“ Die Ombudsfrau hat Ch. Griesser anlässlich der Budgetbe-

sprechung auf diesen Fehler hingewiesen. Die notwendige Korrektur ist untergegangen. Die AK hat dem Antrag einstimmig zugestimmt.

Ratspräsident J. Lisibach stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, damit hat der Rat dem Antrag zugestimmt.

263000 Städtische Allgemeinkosten/Erlöse

Ratspräsident J. Lisibach schlägt vor die Anträge der SP und der SVP betreffend Personalmassnahmen in der Schlussabstimmung unter Punkt 4.3 zu behandeln.

M. Wenger (FDP) stellt im Namen der FDP-Fraktion folgenden Antrag: „Kürzen/Reduzieren der städtischen Personalkosten um 3 Millionen, abzüglich der vom Grossen Gemeinderat beschlossenen Stellenkürzungen. Diese Kürzungen sollen durch Effizienzsteigerungen und ohne Entlassungen erreicht werden. Honorare dürfen als Folge der Einsparungen nicht anwachsen. Alle Departemente sollen zu dieser Effizienzsteigerung beitragen. Wo und wie viel pro Departement gekürzt werden soll vereinbaren die Stadtratsmitglieder.“ Der Antrag wurde in der Kommission mit 4 zu 6 Stimmen abgelehnt. Dieser Antrag ist keine Kritik an den Leistungen der Mitarbeitenden. Es ist aber eine Aufforderung an den neuen Stadtrat und sein Kader der Effizienzverbesserung eine grosse Bedeutung zu geben. Gemeinde- und Stadtrat haben in den letzten 6 Jahren 300 Stellen geschaffen. Wie das funktioniert konnten die Ratsmitglieder heute verfolgen. Dieser Stellenzuwachs war bestenfalls im Rahmen des Sparprogramms HS07 Thema. Es übersteigt aber die Kenntnisse und Möglichkeiten des Gemeinderates mit Einzelanträgen über diese Stellen im Detail zu befinden. Deshalb soll der Auftrag an den Stadtrat gehen. M. Wenger dankt für die Zustimmung zu diesem Antrag.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Es gibt Firmen, die konsequent beim Personal sparen. Die Folgen sind meistens klar, wer 25 ist, ist entweder mindestens Teamleiter oder arbeitet nicht mehr dort. Wer mit solchen Firmen kommuniziert ist gelegentlich über die geistige Unflexibilität des Personals erstaunt. Am Telefon ist ohnehin nichts zu erreichen. Wer schreibt, erhält meist eine schnoddrige und juristisch häufig falsche Antwort. Wer anruft und die Person verlangt, die den Brief verfasst hat, erhält oft zur Antwort, dass diese Person nicht mehr in der betreffenden Firma arbeitet. Ist das ein Ziel für die Stadt? Soll die Verwaltung so funktionieren? Das kann nicht sein. Deshalb lehnt die Grüne/AL-Fraktion den Antrag ab.

Ch. Ulrich (SP): Die SP-Fraktion lehnt diesen Antrag ebenfalls ab, weil damit am falschen Ort gespart wird. In der Verwaltung wird genügend Manpower benötigt. Mit dieser Kürzung würde sich der Gemeinderat ins eigene Fleisch schneiden. Wenn jemand sparen will, soll er sagen wo er sparen will. In den Kommissionen haben die Beteiligten genügend Zeit gehabt, sich mit dem Personal auseinanderzusetzen. Die Stellen sind alle ausgewiesen. Ch. Ulrich hat von der FDP erwartet, dass sie in der Kommissionsberatung erklärt wo gespart werden soll und in welchen Abteilungen zu viel Personal arbeitet. Es ist einfach pauschale Kürzungsanträge zu stellen. Wer Sparen will, soll sagen wo er sparen will.

Ch. Kern (SVP): Winterthur hat 7 Stadträte. Jeder verdient jährlich 250'000 Franken. Das Entgelt, das Ch. Kern für die Arbeit im Gemeinderat erhält, beläuft sich auf 3'000 Franken jährlich. Auch deshalb kann die FDP-Fraktion dem Stadtrat den Auftrag geben 3 Millionen zu sparen. Der Stadtrat arbeitet nicht allein, er wird von seinen Mitarbeitern unterstützt. Es ist nicht die Arbeit des Gemeinderates in den operativen Bereich einzugreifen. Er kann aber Vorgaben machen. Der Stadtrat soll sich zusammensetzen und sich einig werden, wo die 3 Millionen eingespart werden sollen.

R. Harlacher (CVP): Die CVP-Fraktion wird dem Antrag der FDP zustimmen. Die 3 Millionen müssen relativiert werden. Diese 3 Millionen entsprechen 25 Stellen. In der Stadtverwaltung arbeiten über 3'000 Leute. Allein durch eine Fluktuation von 10 % werden im nächsten Jahr rund 300 Stellen frei. Dabei soll überprüft werden, ob diese Stellen notwendig sind. Stellen, die nicht unbedingt notwendig sind, sollen nicht mehr ersetzt werden. Entlassungen werden

nicht nötig sein. Zudem werden von 2012 bis 2013 erneut 25 Stellen geschaffen. Es handelt sich nicht um einen Abbau sondern um eine Stagnation auf dem Niveau von 2012. Die Sparanträge waren in der Budgetdebatte an einem kleinen Ort zu finden. Die Ratsmitglieder verfügen über zu wenig Detailkenntnis, um in allen Departementen und Produktegruppen substantiell mitzureden. Das ist die Aufgabe des Stadtrates. Mit diesem Sparantrag soll nicht unterstellt werden, dass das Personal nicht effizient arbeitet. Es ist eher eine Kritik am Stadtrat. Die Abläufe in der Stadtverwaltung sollen optimiert werden, damit das Personal reduziert werden kann. Es handelt sich um eine Stagnation nicht um einen Abbau.

N. Gugger (EVP): Von bürgerlicher Seite wurden Wünsche in Bezug auf Infrastruktur, Bildung und Sicherheit angemeldet. Jetzt wird angefangen am Budget zu schrauben. Das beinhaltet Zündstoff. N. Gugger findet dieses Vorgehen als Hohn. Die FDP beantragt eine Kürzung von 3 Millionen. Die Haltung der CVP ist ein Schlag ins Gesicht ihres Stadtpräsidenten. In seinem Departement wurden bereits Beträge gestrichen. Jetzt sollen pauschal weitere 3 Millionen gespart werden. Zudem will die CVP in der Produktegruppe städtische Allgemeinerlösen nochmals 3 Millionen einsparen. N. Gugger bittet die Ratsmitglieder, zu überlegen, was noch zusammengestrichen werden soll. In den Jahren 2014 bis 2016 sollen die Schnittstellen überprüft und Sparpakete geschnürt werden. Die Stadt soll Eigenkapital bilden können. Stadtpräsident M. Künzle hat erklärt, dass es nicht möglich ist auf die Schnelle im Jahr 2013 den Rotstift anzusetzen. Es ist nicht fair gegenüber den städtischen Chefbeamten und ihren Mitarbeitenden, die sich seit 9 Monaten mit dem Budget auseinandergesetzt haben, wenn heute pauschal weitere 6 Millionen eingespart werden. N. Gugger bittet die Ratsmitglieder, den Antrag abzulehnen.

D. Berger (Grüne/AL): Eigentlich könnte der Budgetprozess massiv verkürzt werden, wenn die Gemeinderäte keine Zeit haben sich mit dem Budget auseinanderzusetzen. Was hat das Parlament die letzten drei Stunden getan? Wieso muss man das Budget durchgehen, wenn am Schluss der Beratung pauschal 3 Millionen eingespart werden sollen. In Zukunft kann sich der Gemeinderat die Beratung ersparen und in einer viertel Stunde alles abhandeln indem pauschal 3 Millionen gespart werden.

R. Diener (Grüne/AL): In den letzten 2 Stunden wurde fast ausschliesslich über Sparanträge diskutiert, die gutgeheissen wurden. Einfach mit dem Rasenmäher erneut 3 Millionen einzusparen, ist der Sache nicht würdig. Dieses Vorgehen kann R. Diener nicht unterstützen. Er bittet die Ratsmitglieder, den Antrag abzulehnen.

Ch. Kern (SVP): Bei Einsparungen von 680'000 Franken bei einem Budget von 1,25 Milliarden kann man nicht gross von sparen sprechen. Es ist ein Tropfen auf den heissen Stein. Wenn der Gemeinderat allen Sparanträgen zugestimmt hätte, wäre das Budget innerhalb von 10 Minuten abgehandelt und die SVP wäre zufrieden. Manchmal muss eine Aufgabe erneut gelöst werden. Ch. Kern hat Verständnis und Mitgefühl für die städtischen Mitarbeiter, die erneut den Rotstift ansetzen müssen. Das kann aber vorkommen. Die Rechnung bezahlt der Winterthurer Steuerzahler und die Winterthurer Steuerzahlerin. Es kann passieren, dass man erneut über die Bücher muss. Das Mitleid von Ch. Kern hält sich insofern in Grenzen, wenn erneut am Budget gearbeitet werden muss.

M. Zeuglin (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion wird den Antrag der FDP nicht unterstützen. Sie wird aber den Antrag der CVP unterstützen, der noch gestellt wird. In dieser Debatte werden die verschiedenen Positionen gegeneinander ausgespielt, entweder wird pauschal gekürzt oder man bestimmt wo, wie, was gespart werden soll. Die GLP/PP-Fraktion ist der Meinung, dass der Gemeinderat die Aufgabe hat in den Kommissionen das Budget genau zu prüfen. Er soll feststellen, ob eine Aufwandsteigerung begründet ist. Ein grosses Thema wurde noch nicht angesprochen. In vielen Produkten der einzelnen Produktegruppen ist keine Ausweitung der Leistungsmenge vorgesehen, trotzdem steigt der Aufwand. Bei jedem dieser Produkte hätte man erklären können, dass eine Steigerung der Ausgaben nicht begründet ist. Das ist die Quintessenz, die oft zu hören war. Diese Überprüfung hat nicht konsequent stattgefunden. Die Stadt weist ein strukturelles Defizit im Umfang von ca. 10 Steuerprozenten

aus. Deshalb wird die GLP/PP-Fraktion dem pauschalen Kürzungsantrag der CVP zustimmen.

R. Harlacher (CVP): Der Aufwand wurde um rund 700'000 Franken reduziert. Gespart wurde damit noch nicht. Vielleicht sind die Vorstellungen darüber was sparen heisst unterschiedlich. Ab 2014 muss die Stadt effektiv sparen. R. Harlacher will dann die Reaktionen auf der linken Ratsseite hören. Die Aussichten bis 2016 sind düster, die Stadt wird tiefrote Zahlen schreiben. Wenn es um Kürzungen geht, werden praktisch alle Vorschläge von der linken Ratsseite abgelehnt. Es wurden sogar Erhöhungen gefordert. Wie soll die Stadt ab 2014 ein ausgeglichenes Budget erreichen? Dazu hat R. Harlacher noch nichts gehört. Bisher kann man nicht von einem grossen Opfer sprechen, das gebracht werden muss. Deshalb ist man mit dem vorliegenden Antrag auf dem richtigen Weg, um die Stadtfinanzen nachhaltig in den Griff zu bekommen.

R. Keller (SVP) möchte wissen, wie die linke Ratsseite den Haushalt in Ordnung halten will.

Ch. Ulrich (SP): Heute wird die Budgetdebatte für das Jahr 2013 geführt. Natürlich haben die Ratsmitglieder auch den IAFP angeschaut, der zeigt, dass die Aussichten nicht rosig sind. Auch die SP ist der Meinung, dass an einem Sparprogramm gearbeitet werden muss. Es ist nicht so, dass die SP das voraussichtliche Defizit von 30 Millionen für 2014 auf die leichte Schulter nimmt. Die Stadt muss aber gewisse Aufgaben wahrnehmen. Investitionen in die Infrastruktur sind notwendig. Stadträtin Y. Beutler hat betont, dass der Stadtrat ein Sanierungsprogramm plant. Dem wird sich auch die SP nicht verschliessen können. Sie will aber über konkrete Sparmassnahmen entscheiden können. Mit diesen pauschalen Kürzungen gibt der Gemeinderat Kompetenzen aus der Hand. Wichtig ist, dass bekannt ist, wo gespart werden soll. Punktuell ist die SP bereit Hand zu bieten. Wenn Pauschalkürzungen vorgenommen werden, kann der Stadtrat über die Kürzungen entscheiden. Vielleicht werden dann an Orten Sparmassnahmen getroffen, die niemand gut findet. Es ist gefährlich einfach pauschal zu kürzen. Das Parlament kann dann nichts mehr steuern. Der Gemeinderat trägt die Budgetverantwortung, diese will die SP wahrnehmen. Das bedeutet auch, dass die Ausgaben genau geprüft werden. Wenn im Budget keine Leistungsausweitung ausgewiesen werden kann und die Ausgaben steigen, dann ist die Kommission der Ort, um auf diese Unstimmigkeit hinzuweisen. Die Verwaltung muss dann die steigenden Ausgaben begründen. Diese Debatte möchte Ch. Ulrich führen, vor allem im Hinblick auf das Jahr 2014, wenn Sparmassnahmen eingeleitet werden müssen. Es ist wichtig, dass das Parlament die Verantwortung übernimmt indem es genau sagt wo gespart werden soll. Damit weiss auch der Stadtrat was das Parlament will.

D. Berger (Grüne/AL): Die Regierungsrätin U. Gut von der FDP will die Unternehmenssteuern senken, das heisst es gehen 850 Millionen verloren. 500 Millionen davon verlieren die Gemeinden. Das ist ein Beispiel. In der Vergangenheit gibt es ähnliche Beispiele und die wird es auch in Zukunft geben. Aufgrund des Steuerwettbewerbs gehen immer wieder Millionenbeträge verloren. Wenn nachhaltig gehandelt werden soll, dann müssen die Ratsmitglieder über dieses Thema mit ihren Kantonsräten und Nationalräten sprechen, damit die Steuern nicht weiter gesenkt werden. Es gibt nicht nur die Ausgabenseite, sondern auch die Einnahmenseite. Diese wird ständig gekürzt.

D. Oswald (SVP): Die SVP-Fraktion konnte heute aufzeigen, wie die Ausgaben im Verhältnis zu den Einwohnern überproportional gestiegen sind. Das hat nichts mit den Einnahmen zu tun. Ausserdem stimmt es nicht, dass der Kanton Zürich aufgrund des Steuerwettbewerbs die Steuern ständig senkt. Der Kanton Zürich hat in den letzten Jahren im kantonalen Vergleich an Plätzen verloren. Wenn Regierungsrätin U. Gut an dieser Schraube drehen würde, dann würde Zürich Plätze gewinnen und nicht verlieren.

Stadtpräsident M. Künzle findet die Behauptung mutig, dass bei den Personalkosten 3 Millionen eingespart werden können, ohne dass Personal entlassen werden muss. Das Votum, dass Entlassungen möglichst vermieden werden sollen, hat der Stadtpräsident gerne

gehört. Das wird aber kritisch. Die CVP zielt mit ihrem Antrag auf die Fluktuation in der Stadtverwaltung. Es werden aber kaum genau die Personen im nächsten Jahr ihre Stellen verlassen, auf deren Arbeitsstelle die Stadt am ehesten verzichten könnte. Sicher werden vorwiegend Personen aus dem Dienst ausscheiden, deren Dienstleistung für die Stadt wichtig ist. Stadtpräsident M. Künzle warnt davor diesen Antrag anzunehmen. Er ist nicht sicher, ob Entlassungen vermieden werden können, wenn 3 Millionen gespart werden müssen. Er sieht das eher anders. Diese Verantwortung möchte er nicht tragen.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Antrag der FDP abstimmen.

Der Rat lehnt den Antrag der FDP ab, die städtischen Personalkosten um 3 Millionen zu kürzen.

R. Harlacher (CVP) stellt im Namen der CVP folgenden Antrag: Nettokosten: „Der Globalkredit der PG Städtische Allgemekosten/Erlöse wird um minus 4,5 Millionen gekürzt.“ Die Fraktion hat den Betrag angepasst, auch aufgrund des abgelehnten Antrags der FDP. Der ursprüngliche Antrag lautet auf 3 Millionen. Die meisten Parteien erwarten, dass mit dem Budget 2013 ein Ertragsüberschuss von 10, 15 oder 20 Millionen erreicht wird. Diese Zielsetzung ist für eine Mehrheit der Parteien elementar. Mit den Anträgen, die heute gutgeheissen wurden, konnte ein Ertragüberschuss von 2,5 Millionen erreicht werden. Damit ist der Ertragsüberschuss weit entfernt von den Erwartungen, deshalb ist es verständlich, dass die CVP mit einer Erhöhung der Kürzung diese Zielsetzung zu erreichen versucht. Die Detailberatung hat gezeigt, wie schwierig es ist, grössere Beträge einzusparen. Konkrete Sparanträge sind immer schmerzhaft. R. Harlacher ist gespannt, ob die SP in Zukunft ein konkretes Sparpaket unterstützen wird. Ab 2014 werden grössere Sparübungen unumgänglich sein, das ist sicher allen klar. Der Antrag beinhaltet einen Auftrag an den Stadtrat bereits 2013 die Sparübungen zu forcieren und nicht bis 2014 zu warten. Die Stadt muss jetzt mit dem Sparen beginnen. Alle Stellen, die mit dem Budget 2013 geschaffen wurden, haben finanzielle Auswirkungen in den nächsten Jahren. Dieser Antrag beinhaltet keinen immens hohen Betrag, der eingespart werden soll. Die Pauschalanträge im Kanton liegen bei 200 bis 400 Millionen. Das sind andere Dimensionen. Das Budget ist allerdings auch viel höher. Es ist wichtig, dass sich der Stadtrat jetzt mit Sparmassnahmen beschäftigt. Stadträtin Y. Beutler hat es bereits angetönt. Die Stadt arbeitet an einem Sparprogramm. Das begrüsst die CVP. Der Druck muss aber noch gesteigert werden. Bereits für 2013 sind gewisse Einsparungen notwendig. Sonst reichen die Sparmassnahmen, die für 2014 geplant sind, nicht aus, um die Finanzen im Gleichgewicht zu halten und es wird zu Einschnitten kommen, die wirklich wehtun. Deshalb muss sich der Stadtrat bereits jetzt Gedanken machen, wo Einsparungen möglich sind. Die CVP hat den Kürzungsantrag erhöht, damit im Total ca. 6 bis 7 Millionen Ertragsüberschuss resultieren. Das liegt noch immer unter den Erwartungen. Die CVP kann aber damit leben. Es ist ein erstes gute Zeichens, wenn im nächsten Jahr Einsparungen realisiert werden können. R. Harlacher bittet um Unterstützung des Antrags.

B. Baltensberger (SP): Die letzte Mathematikstunde ist bereits viele Jahre her. Aber wenn ein Minus gekürzt wird, ergibt das ein Plus.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die CVP hat in der AK immer wieder betont, wie wichtig die städtischen Angestellten sind. Deshalb ist es unverständlich, dass die CVP-Fraktion den Antrag der FDP unterstützt hat. Wäre der eigene Antrag viel besser, dann hätte sie den FDP-Antrag ablehnen müssen. Es ist das passiert, das N. Gugger bereits vorausgesagt hat. Es wird ein Streichkonzert veranstaltet, bei dem jegliche Sparanträge, unabhängig von der Begründung, unterstützt werden. Ob das eine gute Leistung der Regierungsparteien ist, das ist fraglich. Ch. Griesser hat zu Beginn der Debatte erwähnt, dass die schwarze Null durchaus ein Ziel sein kann. Es hätte auch Möglichkeiten gegeben auf andere Art einen Gewinn zu budgetieren. Die budgetierten Einnahmen bei den Grundstückgewinnsteuern sind zum Beispiel relativ tief. Die Stadt Zürich hat im Jahr 2011 137, 2 Millionen eingenommen, im Jahr 2012 135 Millionen budgetiert und 2013 170 Millionen. Die Stadt Uster hat 2011 10,2 Millionen eingenommen, im Jahr 2012 6,5 Millionen budgetiert und 2013 8,0. Winterthur hat im Jahr 2011

31 Millionen eingenommen, im Jahr 2012 24 Millionen budgetiert und 2013 ebenfalls 24 Millionen. Es wäre gut möglich gewesen ohne zu übertreiben 27 oder 31 Millionen zu budgetieren. Dann hätte auch das Ergebnis verbessert werden können. Die schwarze 0 ist gut. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt den Antrag ab.

N. Gugger (EVP): Die CVP hat angekündigt, dass sie den Globalkredit um 3 Millionen kürzen will, jetzt sind es 4,5 Millionen. Ist das eine gute Taktik? Der Kürzungsantrag von 3 Millionen der FDP wurde abgelehnt. Mit 4,5 Millionen werden 1,5 Millionen vom Antrag der FDP übernommen, weil man weiss, dass die GLP dem Antrag ebenfalls zustimmen wird. Dementsprechend ist es fast obsolet darüber zu diskutieren. Trotzdem will N. Gugger etwas in den Raum stellen. Stadtpräsident M. Künzle weiss nicht, ob er Entlassungen verfügen muss. Es gibt aber noch einen weiteren Punkt. In den Städtischen Allgemeynkosten sollen jetzt zusätzlich 4,5 Millionen gekürzt werden. Welche Arbeitsmotivation wird den städtischen Mitarbeitenden damit vermittelt? Hier wird die Stadt viel investieren müssen, wenn die Kürzung von 4,5 Millionen angenommen wird. Mit diesem Sparantrag wird ein Zeichen gegenüber den städtischen Mitarbeitenden gesetzt. N. Gugger schämt sich dafür. Diese Kultur ist unwürdig. Alle haben die Sachkommissionen gerühmt. In Verbindung mit den 4,5 Millionen werden keine konkreten Sparanträge gestellt. Über konkrete Anträge kann diskutiert werden. Im Rahmen des geplanten Sparpakets für die Jahre 2014 bis 2016 werden die Ausgaben genau geprüft. Der Stadtrat hat in der AK versichert, dass er dieses Sparpaket vorbereitet. Jetzt haben zwei neue Stadträtinnen und der neue Stadtpräsident die Arbeit aufgenommen. Bereits nach drei Monaten wird er mit diesen Schnellschüssen konfrontiert. Das ist unwürdig. N. Gugger dankt für die Ablehnung dieses Antrags.

Ch. Ulrich (SP) kommt sich vor wie auf einem Bazar. Die Sparanträge sind willkürlich. Aus dem Sparantrag von 3 Millionen werden 4,5 Millionen. Kann jemand sagen, wie diese Beträge zustande gekommen sind? Warum genau 4,5 Millionen. Das zeugt von einer Unseriosität. Es soll einfach etwas eingespart werden. Die Zahlen sind willkürlich. Das Parlament muss konkrete Sparanträge unterbreiten, wenn die Finanzen saniert werden sollen. Ch. Ulrich erwartet, dass konkret angegeben wird, wo gespart werden soll und warum, so wie das bisher der Fall war. Ch. Ulrich war auch in der Vergangenheit nicht mit allen Kürzungen einverstanden, aber sie waren wenigstens transparent und plausibel. Eine entsprechende Debatte wünscht sich Ch. Ulrich in diesem Parlament.

M. Zeugin (GLP/PP): Es hilft sicher, die entsprechenden Referenzpunkte darzulegen, damit das Ganze sachlich beurteilt werden kann. Wenn man die Eckwerte der Finanzstrategie des Stadtrates in den vergangenen Jahren betrachtet, kommt man zu folgendem Schluss: Wenn immer möglich soll Eigenkapital generiert werden, damit für schlechte Zeiten Geld vorhanden ist. So können auch Härtefälle vermieden werden. Von diesem Ziel ist im Budget nichts zu sehen, auch nicht der Wille dazu. Die Stadt profitiert von einem Einmaleffekt von 20 Millionen aufgrund des Börsengangs der Glencore. M. Zeugin hat 2012 darauf hingewiesen, dass mit der Rückstellung von 5 Millionen für die Pensionskasse ein Präjudiz geschaffen wird. Das Vorgehen wurde von der Finanzstadträtin und vom Stadtpräsidenten verteidigt mit der Begründung, dass diese 5 Millionen auf die Seite gelegt werden müssen, weil diese Summe etwa den Pensionierungsverlusten eines Jahres entspricht. Jetzt kann diese Rückstellungen technisch nicht realisiert werden. Das heisst nicht, dass man sie materiell nicht anstreben kann. Auch dieses Ziel wird mit dem Budget 2013 nicht weiterverfolgt. Das bedeutet eine Verschlechterung gegenüber dem vergangenen Jahr. Die GLP/PP-Fraktion hat bereits in der AK auf diese Punkte hingewiesen und erklärt, dass, wenn der Stadtrat die Investitionen reduzieren will, der Punkt erreicht ist, der das Fass zum Überlaufen bringt. Wenn der Stadtrat seine Finanzstrategie oder die aktuelle Taktik darauf abstützt, dass er die Zielvorgaben für die Investitionen reduziert, dann hat er die eigenen Ziele aus den Augen verloren. Das sind gute Gründe für den Gemeinderat in dieser speziellen Situation, in der der Stadtrat das Zepher nicht mehr in der Hand hat, wenn es um den Voranschlag geht, eine Führungsfunktion zu übernehmen. Das hat die GLP/PP-Fraktion gemacht, sie hat konkrete Anträge gestellt. M. Zeugin ist überzeugt, dass dem Stadtrat eine klare Richtung vorgegeben werden muss. Selbstverständlich werden Sparrunden schmerzhaft sein. Aber man kann nicht einfach sa-

lopp in den Raum stellen, dass die einzige Möglichkeit darin besteht vom Kanton mehr Geld zu fordern oder die Steuern zu erhöhen. Die Rede ist von 10 Steuerprozenten. Als Referenzpunkte hat M. Zeugin die Ziele des Stadtrates genommen. Wenn man von einer Million spricht, in einem Budget von 1,25 Milliarden, liegt das im Promillebereich.

Ch. Magnusson (FDP): Es gibt nichts wofür man sich schämen müsste. Um das zu veranschaulichen, müssen die Beträge genauer angeschaut werden. Die 4,5 Millionen, die jetzt zur Debatte stehen, entsprechen 0,3 % des Jahresbudgets. Um das zu veranschaulichen, muss man sich eine Familie vorstellen mit einem Jahreseinkommen von 100'000 Franken. Notabene hat die Familie keine Ersparnisse. Das würde etwa der Stadt Winterthur entsprechen. Jetzt erklärt diese Familie, dass es im nächsten Jahr eng wird, weil sie 0,3 % das heisst 300 Franken, einsparen muss. Muss sich diese Familie deswegen schämen? Muss sie jetzt Konkurs anmelden? Ist das wirklich so schwer? Dieser Betrag ist verhältnismässig gering. Niemand muss sich schämen, weil die Stadt sparen muss. Die Kürzung liegt im Rahmen und sie ist machbar. Ch. Magnusson dankt allen, die diesen Antrag unterstützen, im Sinne eines Sparprogramms light.

R. Harlacher (CVP): In der AK ausführlich über die finanzielle Situation der Stadt Winterthur debattiert. Das Thema ist nicht neu. Die Stadt kann sich keine zusätzliche Verschuldung mehr leisten, sonst leiden die Bonität und die Glaubwürdigkeit der Stadt. Der Stadtrat hat das ebenfalls erkannt. Die Erwartungen der CVP-Fraktion sind aber nicht erfüllt worden. Jetzt hat die CVP diese Erwartungen in einem Ziel formuliert und einen grösseren Sparbetrag vorgegeben. Das ist legitim. Das vorliegende Budget ist unbestritten keine gute Grundlage für die Zukunft. Die Stadt muss jetzt handeln. Der Gemeinderat übernimmt Verantwortung, wenn er diesem Anliegen Rechnung trägt. R. Harlacher dankt für den Hinweis von B. Baltensberger. Das Globalbudget soll um 4,5 Millionen gekürzt werden.

J. Altwegg (Grüne/AL): Schämen muss sich der Gemeinderat nicht, wenn er sparen will. Man muss sich aber bewusst sein, was damit ausgelöst wird. Die Bonität fällt sicher nicht zusammen. Es ist zudem verlockend, das Eigenkapital zu erhöhen. Im Voranschlag 2013, Teil B steht auf Seite 104: „Da die Städtischen Allgemeinkosten vollständig abhängig sind von den gesamten internen Verrechnungen und Umlagen, können sie nicht aktiv gesteuert werden.“ Der Gemeinderat kann zwar daran schrauben, das heisst aber nicht, dass etwas passiert. Da auch das Personal involviert ist, ist das auch ein Signal, dass der Gemeinderat mit der Effizienz nicht zufrieden ist. Es wäre schön, wenn quasi die Mitarbeitenden ihre Stelle bei der Stadt verlassen würden, die nicht so gut arbeiten. Meist ist aber das Gegenteil der Fall, die besten Mitarbeitenden werden zuerst gehen. Sie wollen nicht in einem Betrieb arbeiten, der Leistung nicht genügend honoriert. Diese Mitarbeitenden muss die Verwaltung ersetzen, sie kann nicht wichtige Stellen unbesetzt lassen. Der Stadtrat muss selber entscheiden, wie er diesen Betrag einsparen will. Der Gemeinderat hat keine Kontrolle darüber. Wenn Sparanträge gestellt werden, muss auch gesagt werden wo gespart werden soll. Mit der natürlichen Fluktuation zu rechnen, ist eine gefährliche Geschichte.

D. Oswald (SVP): Von linker Seite wird jetzt doch etwas polemisiert. Eines muss man festhalten: Seit 2005 hat die Stadt nicht gespart, es wurde regelmässig mehr ausgegeben. Auch jetzt kann man nicht von Sparen sprechen, es handelt sich einzig um Budgetkürzungen. Das ist nicht das gleiche wie sparen. Wenn man die 4,5 Millionen und die rund 600'000 Franken, die sonst noch eingespart wurden, von den 1,25 Milliarden abzieht, dann beläuft sich das Budget auf 1,245 Milliarden. Das sind nach wie vor 5,7 % mehr als in der Rechnung 2011. Die Bevölkerung hat um 2,5 % zugenommen. Das Ausgabenwachstum ist nach wie vor überproportional. Die Passivzinsen sind im Voranschlag 2013 3 Millionen tiefer als in der Rechnung 2011. Das sind bereits 3 Millionen weniger Ausgaben. Die Erhöhung muss damit lediglich um 2 Millionen reduziert werden. Wenn das nicht machbar ist, will D. Oswald sehen, wie das Budget 2014 aussehen soll, wenn ein Sanierungsprogramm notwendig ist. Die Situation der Stadt Winterthur will die SVP-Fraktion nicht über ein Einnahmenwachstum verbessern. Man kann nicht gesund wachsen. Ein Betrieb der krank ist, kann nur gesund schrumpfen.

fen. Etwas anderes bleibt der Stadt nicht übrig. Das muss das Parlament zur Kenntnis nehmen. Das hat nichts mit politischer Ausrichtung zu tun, sondern mit Betriebswirtschaft.

Ch. Ulrich (SP): Die Stadt kann 20 Millionen Mehreinnahmen verbuchen durch den Börsengang von Glencore. Auf der anderen Seite muss die Stadt aber über 10 Millionen Mindereinnahmen verkraften, die ebenfalls zu Buche schlagen. Es gibt noch diverse Faktoren, die das Budget der Stadt von aussen beeinflussen. Während der Debatte um den neuen Finanzausgleich ist die Altstadträtin V. Gick immer wieder nach Zürich gereist und hat sich für einen höheren Zentrumslastenausgleich eingesetzt. Für die Stadt wäre ein höherer Beitrag wichtig gewesen, weil sie konkret für die entsprechenden Kosten aufkommen muss. Der Kanton hat den Standpunkt vertreten, dass Winterthur einen Teil dieser Kosten selber tragen soll. Im Budget 2013 kommen jetzt diese Zentrumslasten zum tragen. Es ist nicht so, dass der Stadtrat weniger investieren will. Das Investitionsvolumen, das die Stadt Winterthur bewältigen kann, liegt ca. bei 60 Millionen. Vielleicht erhöht sich dieser Betrag, wenn ein Grossprojekt realisiert werden muss. Grundsätzlich kann aber lediglich eine gewisse Anzahl Projekte bewältigt werden. Die Budgetierung ist in diesem Sinne einfach realistisch. Ch. Ulrich begrüsst es, dass die neue Finanzstadträtin realistisch budgetiert. Ch. Magnusson hat erklärt, dass Einsparungen von 4,5 Millionen nur einen kleinen Prozentsatz des Jahresbudgets ausmachen. Dieser Betrag muss aber im Rahmen der Ausgaben gesehen werden, die von der Stadt beeinflusst werden können, das heisst der Handlungsspielraum des Stadtrates muss berücksichtigt werden. So betrachtet, sind 4,5 Millionen relativ viel Geld. Von den 1,25 Milliarden Aufwendungen muss ein grosser Teil von Gesetzeswegen geleistet werden. Darauf haben weder der Gemeinderat noch der Stadtrat Einfluss. Der Betrag, über den die Stadt verfügen kann, wird immer kleiner, damit sind die 4,5 Millionen mehr als 0,3 % des Budgets. Um den Vergleich mit einem Familienbudget weiterzuführen, müsste diese Familie nicht 300 Franken sparen sondern 1'000 Franken. Auch auf der Einnahmenseite muss die Stadt Ertragsausfälle verkraften aufgrund von kantonalen Entscheiden. D. Oswald hat erklärt, dass die Stadt seit 2005 nicht gespart habe. Ch. Ulrich erinnert den Gemeinderat daran, dass Sparprogramme durchgeführt worden sind. Im Rahmen der Sanierungsprogramme ist einiges passiert auch wenn nicht alle Ziele erreicht werden konnten. Der Stadtrat hat konkrete Sparanstrengungen unternommen. Das stimmt zuversichtlich, dass auch die Periode 2014 bis 2016 erfolgreich gestaltet werden kann. Mit dem neuen Finanzausgleich hat die Stadt mehr Freiheiten. Aber wenn man mit diesen Freiheiten fahrlässig umgeht, ist das nicht unbedingt sinnvoll.

M. Zeugin (GLP/PP): Die Einsparungen bei den Investitionen und der Umstand, dass viele Ausgaben von Aussen bestimmt sind, wurde bereits intensiv diskutiert. Das Wachstum der Stadt ist nicht ausschliesslich exogen bestimmt. Die Stadt zont immer mehr Land ein, damit Wohnungen gebaut werden können. Dabei wird auch Industrieland umgezont. Auch deshalb kommen immer mehr Leute nach Winterthur. Die Stadt wächst und es werden Investitionen notwendig. Das Gebiet in Neuhegi soll erneut um einige tausend Einwohner wachsen mit der Konsequenz, dass Investitionen getätigt werden müssen. Diesen Einwohnerinnen und Einwohnern kann man nicht einfach erklären, dass sie die Schule für ihre Kinder selber suchen müssen. Die Höhe der Investitionen ist nicht ausschliesslich exogen bestimmt. Die Stadt hat ihren Anteil daran. Der Stadtrat hat sich zum Ziel gesetzt, diese Investitionen zu realisieren. Dass jetzt diese Ziele reduziert werden, ist der falsche Weg. Die Stadt wird irgendwann grosse Infrastrukturprobleme bekommen. Die fehlenden Investitionen werden die Stadt einholen. Kurzfristig mag das einen Effekt haben, längerfristig schadet das der Stadt.

Stadträtin Y. Beutler: In den Voten war oft von Erwartungen die Rede. Wenn man die Erwartung hat, dass der FCW in die Champions League aufsteigt, ist es eine Enttäuschung, wenn er in der Challenge League den 4. Platz belegt. Wenn die Erwartungen aber realistisch sind, dann ist der 4. Platz eine gute Leistung. Genauso ist das mit dem Budget. Auf der einen Seite kann die Stadt vom Einmaleffekt profitieren und die 20 Millionen verbuchen. Auf der anderen Seite muss die Stadt jährlich wiederkehrend ein Minus von 29 Millionen verkraften. Diese Fakten muss man zur Kenntnis nehmen. Stadträtin Y. Beutler würde es zudem schätzen, wenn das Parlament vom bereinigten Aufwand ausgehen und berücksichti-

gen würde, dass zu den Städtischen Allgemeinkosten ausschliesslich der steuerfinanzierte Bereich gehört. Der Gebührenfinanzierte Teil gehört nicht dazu, dieser macht immerhin einen Viertel des Budgets aus. Wenn man das berücksichtigt, sehen die Zahlen anders aus. Im Weiteren müssen 213 Millionen abgezogen werden, die aufgrund gesetzlicher Vorgaben für die individuelle Unterstützung geleistet werden müssen, 80 Millionen müssen abgezogen werden für Zinsen und Abschreibungen etc. Der Handlungsspielraum für den Stadtrat wird immer kleiner. Das ist der Unterschied zur Familie. Wenn eine Familie sparen muss, ist das möglich. Niemand schreibt ihr vor, dass sie in einer teuren Wohnung bleiben oder teure Ferien machen muss. Sie kann selber entscheiden. Eine Stadt ist an das Gesetz und an Verträge gebunden. Stadträtin Y. Beutler will nicht behaupten, dass es unmöglich ist 4,5 Millionen zu sparen. Es ist aber nicht möglich diesen Betrag einzusparen, ohne dass es jemand merkt. Der Stadtrat wird Leistungen abbauen müssen. Zudem werden die Sparmassnahmen eine Verschlechterung der Dienstleistungsqualität zur Folge haben. Die Bevölkerung wird das merken. Dafür trägt das Parlament letztlich die Verantwortung, auch wenn der Ball jetzt dem Stadtrat zugespielt wird. M. Zeugin kann ruhig etwas mehr Vertrauen in den neuen Stadtrat haben, was das Sanierungspaket anbelangt. Im Rat wurde erklärt, dass die Steuern erhöht werden sollen und dass die Stadt beim Kanton die hohle Hand machen wolle. Von Stadträtin Y. Beutler war nichts dergleichen zu hören, im Gegenteil, sie hat betont, dass der Stadtrat bemüht sein wird ein ausgeglichenes Sanierungspaket vorzulegen, das von allen Beteiligten getragen werden kann. Sowohl die Aufwandseite wie auch die Ertragsseite müssen geprüft werden. Der Stadtrat könnte auch 100 Millionen in die Investitionen einstellen. Stadträtin Y. Beutler weiss aber, dass so viele Projekte nicht realisiert werden können. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass mit dem vorhandenen Personal rund 60 Millionen realisiert werden können. Es ist deshalb nur ehrlich, wenn der Stadtrat erklärt, dass 70 Millionen ein gutes Ziel sind. Stadträtin Y. Beutler möchte, dass das zur Kenntnis genommen wird. Der Stadtrat wird den Wunsch des Parlaments entgegennehmen. Die pauschale Kürzung scheint mehrheitsfähig zu sein. Der Stadtrat wird das Beste draus machen, damit die Bevölkerung so wenig wie möglich davon merkt. Dass es ganz ohne Kollateralschaden abläuft, kann Stadträtin Y. Beutler nicht garantieren.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Antrag der CVP abstimmen, den Globalkredit der PG Städtische Allgemeinkosten um 4,5 Millionen zu kürzen.

Der Rat stimmt dem Antrag der CVP mit 32 zu 27 Stimmen zu.

M. Zeugin (GLP/PP) stellt im Namen der GLP/PP-Fraktion folgenden Antrag: „Der Globalkredit der PG Städtische Allgemeinkosten/Erlöse wird um 1 Million gekürzt (Priorisierung der Informatikprojekte).“ In der Aufsichtskommission wurde der Antrag mit 5 zu 5 Stimmen (Stichentscheid Präsident) abgelehnt. Die Informatikkosten sind in den vergangenen Jahren sehr stark gestiegen. Die GPL/PP-Fraktion ist der Meinung, dass die Informatikdienste Winterthur (IDW) eine Dienstleistung erbringen, die ihre Kosten den Departementen und den Produktegruppen zuordnet. Die IDW sollen aber nicht ihre Preise erhöhen. Aus diesem Grund hat die Fraktion diesen Antrag nicht in der Produktegruppe Informatikdienste gestellt. Diese Million soll den Stadtrat daran erinnern, dass eine Kürzung erreicht werden soll. Es geht darum, dass der Stadtrat künftig Priorisierungen vornehmen und bestimmen soll, welche Investitionen im Informatikbereich vorgenommen werden sollen. Vor allem soll er aber darauf achten, dass eine Effizienzsteigerung oder eine Qualitätsverbesserung daraus resultiert. Die Projekte sollen letztendlich einen konkreten Nutzen für die Stadt bringen. Die GLP/PP-Fraktion strebt eine Praxisänderung an. Zu diesem Thema ist auch eine Interpellation eingereicht worden. Im Budget 2013 will die Fraktion die Kosten um 1 Million reduzieren und dadurch die geforderte Priorisierung initiieren.

S. Näf (SP): Die beantragte Priorisierung bringt eine Budgetkürzung um eine weitere Million mit sich. In der AK wurde eine detaillierte Liste mit Projekten der IDW vorgelegt, die Ausgaben von 100'000 Franken und mehr mit sich bringen. Viele Projekte sind bereits gestartet, sodass es sinnlos ist, diese im Jahr 2013 zu stoppen. Zudem konnten offenbar keine sinnlosen Projekte ausgemacht werden, andernfalls könnten diese jetzt konkret benannt werden.

Die Fachkommissionen sind grundsätzlich zuständig, um in ihrem Bereich die unnötigen IT-Projekte auszumachen, wenn es denn welche geben sollte und konkrete Kürzungsanträge zu stellen. Zudem ist eine Priorisierung allein keine Garantie für eine Effizienzsteigerung. Einige Ausgaben sind einfach notwendig, um die Arbeit weiterhin effizient erledigen zu können, ohne dass eine zusätzliche Effizienzsteigerung resultiert – wie zu Beispiel die Umstellungen auf aktualisierte Programmversionen, die einfach notwendig sind. Die soeben beschlossene Kürzung von 4,5 Millionen wird sicher auch gewisse IT-Projekte betreffen. Aus diesem Grund spricht sich die SP gegen diese Kürzung aus.

F. Landolt (SP): Es ist unverständlich, dass eine Interpellation eingereicht wird, die Auskunft über gewisse Punkte verlangt, die vielleicht zu berechtigter Kritik Anlass geben könnten und gleichzeitig eine pauschale Kürzung von 1 Million gefordert wurde, obwohl noch keine Antwort vorliegt. Diese Logik kann F. Landolt nicht verstehen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Jede Stadt, jeder Kanton aber auch jede mittelgrosse Firma gerät früher oder später in die Fänge einer Informatikfirma. Das Problem der Stadt Winterthur liegt darin, dass sie keine Standardprodukte verwenden kann, sondern Massanfertigungen benötigt. Ch. Griesser kann ein Beispiel nennen, das zu Buche geschlagen hat. Die Stadt hat eine Steuerveranlagungssoftware eingeführt. Die Lösung, wie sie das Zürcherische Gesetz verlangt, unterscheidet sich von derjenigen für die Bundessteuer. Das musste alles mit der Steuerveranlagungssoftware nachvollzogen werden. Das hat enorme Kosten nach sich gezogen und führt notabene zu weniger Einnahmen. Man könnte hier auch einmal das Verursacherprinzip diskutieren. Die Grüne/AL-Fraktion ist nicht dagegen, dass die Informatikkosten diskutiert werden. Ch. Griesser hat die Interpellation unterschrieben. Aber die Fraktion ist dagegen, dass jetzt einfach eine Million gestrichen wird.

Stadträtin Y. Beutler verzichtet darauf das Projektportfolio der IDW aufzulegen. In der Kommission wurden die Arbeiten aufgezeigt. Die IDW erhalten Aufträge und verursachen nicht einfach Kosten, weil sie Freude daran haben. Sie stellen Lösungen bereit, damit die einzelnen Bereiche ihre Arbeit erledigen können. Es ist in diesem Fall sehr einfach eine konkrete Diskussion zu führen. Jeder Bereich ist einer Sachkommission zugeordnet. In den Sachkommissionen können die betreffenden Leute gefragt werden, ob ein Projekt wirklich notwendig ist. Es ist wirklich überschaubar. Der Gemeinderat sollte sich die Mühe machen, konkrete Sparanträge zu unterbreiten und die Verantwortung zu tragen, wenn ein Projekt gestrichen wird. HRM2 ist relativ teuer und betrifft die Sanierung der Pensionskasse, ein weiteres Projekt betrifft die Anpassungen im Steuerbereich etc. Sobald das Geld mit der Leistung verknüpft wird, ist es nicht mehr so einfach zu erklären, warum eine Leistung gestrichen werden soll. Die Leute in der Verwaltung sind darauf angewiesen, dass sie mit den Programmen arbeiten können. Nicht jedes Projekt bringt eine Effizienzsteigerung mit sich, manchmal sind einfach Upgrades notwendig. Stadträtin Y. Beutler bittet die Ratsmitglieder, diese Pauschkürzung abzulehnen.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Antrag der GLP/PP-Fraktion abstimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 32 zu 27 Stimmen dem Antrag zu, den Globalkredit der PG Städtische Allgemeynkosten/Erlöse wird um 1 Million zu kürzen.

M. Zeuglin (GLP/PP) stellt folgenden Antrag: „Der Globalkredit der PG Städtische Allgemeynkosten/Erlöse wird um 600'000 Franken gekürzt. (Erlöse gemäss Parkplatzreglement).“ In der AK wurde der Antrag mit 8 zu 2 Stimmen angenommen. Das Beispiel zeigt, dass die Stadtregierung eine Verbesserung der Rechnung jeweils an einem andern Ort wieder ausgibt. Der Stadtrat hat ausgewiesen, dass 600'000 Franken Mehreinnahmen generiert werden können, wenn von den städtischen Angestellten marktgerechte Preise für die Parkplätze verlangt werden. Es gibt dazu bereits ein Regelwerk, das vom Stadtrat vor langem verabschiedet worden ist. Man muss sich deshalb fragen, warum die Preise nicht aktualisiert wurden. Die GLP/PP-Fraktion ist dezidiert der Meinung, dass endlich marktgerechte Preise verlangt werden müssen.

Ch. Ulrich (SP): Die Sache mit den Parkplatzgebühren ist tatsächlich eine leidige Geschichte. Es dauert viel zu lange, bis endlich marktgerechte Parkplatzgebühren verlangt werden. Von Seiten der SP wird der Stadtrat aufgefordert, möglichst schnell marktgerechte Gebühren einzuführen. Der Stadtrat will offenbar bereits im 1. Quartal 2013 die Forderung umsetzen. Aufgrund der Debatte von heute Abend, hat die SP-Fraktion beschlossen, dass diese 600'000 Franken als Teil der 4,5 Millionen zu betrachten sind, die bereits gespart wurden. Aus diesem Grund lehnt die SP-Fraktion den Antrag der GLP/PP-Fraktion ab.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion unterstützt den Antrag der GLP/PP-Fraktion und damit die Erhebung von marktgerechten Parkplatzgebühren für das städtische Personal.

Stadträtin B. Günthard-Maier nimmt den Antrag der GLP/PP-Fraktion als Ausdruck des Willens entgegen, dass der Stadtrat vorwärts machen und marktgerechte Parkplatzgebühren einführen soll. Stadträtin B. Günthard-Maier hat bereits einen ehrgeizigen Fahrplan vorgelegt. Das Geschäft wird noch in diesem Jahr im Stadtrat besprochen. Die 600'000 Franken, die als Mehreinnahmen erwartet werden, hängen nicht allein von der Stadträtin ab, sondern auch von gewissen verwaltungsinternen Abläufen und von flankierenden Massnahmen, die in der Nähe von Schulhäusern und Verwaltungsgebäuden geplant sind. Das sind zum Beispiel Blaue Zonen, damit die Ausweichmanöver minimiert werden können. Um das alles sauber aufzugleisen benötigt man Zeit. Stadträtin B. Günthard-Maier nimmt den Willen des Gemeinderates als Motivation mit und wird mit Hochdruck weiter arbeiten.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Antrag abstimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag zu, der Globalkredit der PG Städtische Allgemeynkosten/Erlöse um 600'000 Franken zu kürzen.

121000 Personalamt

Ratspräsident J. Lisibach: Der folgende Antrag ist zweimal aufgeführt, einmal in den Nettokosten und einmal in den Zielvorgaben/Messgrössen. Der Ratspräsident schlägt vor die beiden Anträge zusammen zu behandeln.

M. Zeugin (GLP/PP) stellt im Namen der GLP/PP-Fraktion folgenden Antrag: Nettokosten: „PZV 1: Leistungserbringung Personalamt: Reduktion von 801 Franken pro Mitarbeitenden auf den Vorjahresstand von 777 Franken pro Mitarbeitenden; damit verbunden die Senkung des Nettoglobalkredits um 106'000 Franken.“ Der Antrag wurde in der Sachkommission mit 5 zu 5 Stimmen (Stichentscheid Präsident) abgelehnt. Mit der steigenden Mitarbeiterzahl wird auch das Personalamt mehr Geld erhalten. Pro angestellte Person soll das Personalamt aber nicht mehr erhalten. Das starke Ausgabenwachstum, das sich durch alle Ämter zieht, soll auf dem Stand des Vorjahres bleiben.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Diese Kosten betreffen vor allem die Personalkosten, Sachkosten und Mietzinserhöhungen. Eine interne Mietzinserhöhung ist ein Nullsummenspiel. Die höheren Sachkosten betreffen vor allem die Verwaltungssoftware und die elektronischen Personalakten. Die höheren Personalkosten sind auf eine Stelle zurückzuführen, die Mitte 2012 neu geschaffen worden ist. Ch. Griesser kann sich nicht vorstellen, dass die Personalkosten gesenkt werden können. Weiter ist zu berücksichtigen, dass das Personalamt im Vergleich zu anderen Städten relativ bescheiden bestückt ist. Die Grüne/AL-Fraktion lehnt deshalb den Antrag ab. Ein fairer Antrag müsste mindestens die interne Mietzinserhöhung berücksichtigen, die immerhin mit 40'000 Franken fast 10 Franken pro Angestellten ausmacht.

Stadtpräsident M. Künzle: Winterthur ist im Vergleich mit anderen Städten oder auch mit grösseren Unternehmungen nicht auf Rosen gebettet. Vor 3 bis 4 Jahren wurde im Rahmen eines Referats einer grossen Winterthurer Unternehmung klar, dass im Bereich Human Resources (HR) ein Manko besteht. Daraufhin hat die Stadt den Bereich HR nach und nach

aufgebaut. Das gesetzte Ziel konnte aber noch nicht erreicht werden. Jetzt wird eine Reduktion von 106'000 Franken beantragt. Der Bereich HR leistet gute Arbeit im Dienst der Mitarbeitenden. Stadtrat M. Künzle bittet die Ratsmitglieder, das Personalamt in Ruhe zu lassen.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Antrag der GLP/PP-Fraktion abstimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 33 zu 27 Stimmen zu, die Kosten von 801 Franken pro Mitarbeitenden auf den Vorjahresstand von 777 Franken pro Mitarbeitenden zu reduzieren.

M. Zeugin (GLP/PP) stellt im Namen der GLP/PP-Fraktion folgenden Antrag: Verpflichtungskredite: „Streichung Investition: Nr. 19327 IT-Tool Bewerbungsverwaltung 250'000 Franken.“ In der AK wurde der Antrag mit 4 zu 6 Stimme abgelehnt. Stadträtin Y. Beutler hat in ihrem Votum betont, dass der Gemeinderat entscheiden soll, welche Informatikprojekte sinnvoll sind. Im Vorfeld der Budgetberatung hat die Fraktion die Informatikprojekte relativ gut angeschaut. Stadtrat M. Künzle ist von drei oder vier Leuten aus den entsprechenden Departementen in der Kommissionsberatung begleitet worden. Sämtliche Projekte durchzugehen, hätte nächstelange Sitzungen in der AK zur Folge gehabt. Hier handelt es sich aber klar um eine Führungsaufgabe des Stadtrates. Wenn er über Informatikprojekte entscheidet, ist die Realisierung eines Effizienzgewinns eine Vorgabe, die erfüllt werden muss. Das ist bei dieser Investition nicht der Fall. Es handelt sich zwar um ein sauberes Projekt, aber der Effizienzgewinn, mit dem argumentiert wurde, muss klar ausgewiesen werden. Ansonsten fallen lediglich Investitionskosten an und der Nutzen daraus versandet.

D. Oswald (SVP) ist mit M. Zeugin einverstanden, die Informatikprojekte sind noch nicht optimal aufgegleist. Man kann nicht immer die Einsparungen ausweisen. Mit den Beschlüssen von heute Abend hat man gerade beim Personalamt ein Zeichen gesetzt. Der Gemeinderat hat globale Sparvorgaben gemacht. Jetzt sollte das Parlament die Grösse haben und die Informatikprojekte bewilligen. Wenn Effizienz verlangt wird, muss man auch die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen. In diesem Zusammenhang hat der Gemeinderat Druck aufgesetzt, das ist richtig. D. Oswald ist überzeugt, dass mit einer so hohen Anzahl Angestellten eine elektronische Personalakte und ein Management für die Verwaltung von Bewerbungen grundsätzlich sinnvoll und von Vorteil für die Stadtverwaltung sind. Die SVP-Fraktion wird den Antrag nicht unterstützen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Der Nutzen dieser Software zur Verwaltung von Bewerbungen wird in Frage gestellt. Es wird ein Nachweis über die damit erzielten Einsparungen verlangt. Nicht jede Investition führt automatisch zu nachweisbaren Minderkosten. Sollte sich die Wirtschaftslage so düster präsentieren, wie das die Schwarzmalen heute Abend prophezeit haben, wird die Stadt in Zukunft auf die ausgeschriebenen Stellen noch mehr Bewerbungen erhalten. Mit diesem Projekt können künftige Mehrkosten verhindert werden. Der Gemeinderat kann dem Projekt zustimmen, weil der Vorteil auf der Hand liegt.

M. Wenger (FDP): Es ist relativ einfach, sich den Nutzen von elektronischen Personalakten und Bewerbungssoftware vorzustellen. Störend ist, dass bei verschiedenen Informatikprojekten der Nutzen nicht ersichtlich ist. Die Million, die der Gemeinderat gekürzt hat, ist ein richtiges Zeichen. Das Parlament will eine Effizienzsteigerung, die sich letztlich auch niederschlägt. Die FDP wird den Kürzungsantrag nicht unterstützen.

B. Konyo (SP): Die SP-Fraktion lehnt den Kürzungsantrag ab und befürwortet sowohl den Investitionskredit von 280'000 Franken für die elektronische Personalakte als auch den Kredit von 250'000 Franken für das IT-Tool Bewerbungsverwaltung. Die elektronische Personalakte ist für die strukturierte Ablage von elektronischen Dokumenten vorgesehen. Das E-Dossier ermöglicht eine deutliche Reduktion von Archivräumen und Aktenschränken. Im Hinblick auf Fokus spielt das eine grosse Rolle. Das IT-Tool Bewerbungsverwaltung kann die Administration bei der Rekrutierung von Mitarbeitenden entlasten. Durchschnittlich bearbeiten die Personaldienste pro Jahr rund 30'000 Bewerbungen. Damit ist ein grosser Aktenberg verbunden. Mit dem IT-Tool kann der Prozess effizient und kostengünstig sichergestellt werden.

Stadtpräsident M. Künzle ist von beiden Projekten, von der elektronischen Personalakte und vom IT-Tool Bewerbungsverwaltung, überzeugt. Diese Projekte werden einen Effizienzgewinn bringen. Richtig ist, dass dieser Gewinn zahlenmässig nicht ausgewiesen wurde. Es ist aber auch nicht ganz einfach, den Wirkungsgrad darzulegen. Die Personalakten werden heute physisch in den einzelnen Departementen platziert und zum Teil nach unterschiedlichen Regeln abgelegt. Mit einer elektronischen Fassung können die Arbeitsabläufe vereinfacht werden. Zudem kann die Stadt aufgrund des ERMS-Systems, einer Standardapplikation für eine strukturierte Ablage und Speicherung von elektronischen Dokumenten, günstiger Lizenzen erwerben. Das ist eine Chance, die genutzt werden sollte. Das IT-Tool Bewerbungsverwaltung ist notwendig. In der Stadtverwaltung treffen jährlich 30'000 Bewerbungsunterlagen ein. Stadtpräsident M. Künzle ist auch in diesem Fall überzeugt, dass ein Effizienzgewinn resultieren wird.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Antrag der GLP/PP-Fraktion abstimmen.

Der Rat lehnt den Antrag deutlich ab.

Schlussabstimmung

D. Oswald (SVP): Die SVP-Fraktion wird das Budget ablehnen. Mit den Sparanträgen, die eingebracht worden sind, konnte der Aufwand nicht auf dem Niveau des Budgets 2012 stabilisiert werden. Nach wie vor muss ein Ausgabenwachstum verzeichnet werden. Das ist ein falsches Zeichen für die Zukunft. Das Parlament hätte mindestens eine Stabilisierung erreichen müssen. Weil das nicht erreicht werden konnte, lehnt die SVP das Budget ab.

N. Gugger (EVP): Die EVP-Fraktion wird Punkt 1 des Stadtratsantrags aufgrund der Pauschalkürzungen ablehnen.

S. Stierli (SP) würde es schätzen, wenn zuerst über die Lohnmassnahmen, Punkt 3 des Stadtratsantrags, abgestimmt würde. Für die SP-Fraktion ist es wichtig zu wissen, ob man dem Personal entgegenkommt. Erst dann will sie entscheiden, ob sie das Budget ablehnt.

Ratspräsident J. Lisibach ist mit dem Vorschlag einverstanden.

S. Stierli (SP) stellt folgenden Kommissionsantrag: „Die ausserordentliche einmalige Zulage von 1 Million gemäss Novemberbrief sei an das städtische Verwaltungs- und Betriebspersonal auszurichten, wobei den Kaderangestellten zugunsten der unteren Lohnklassen keine Zulage ausgerichtet wird. Die Details sind durch den Stadtrat zu regeln.“ Der Antrag wurde in der AK mit 5 zu 5 Stimmen angenommen (Stichentscheid Präsident). Es handelt sich um Zulagen im Betrag von 100, 200 oder 300 Franken. Die SP beantragt, dass das Kader auf diese Einmalzulage verzichtet, damit die unteren Lohnklassen mehr erhalten. Es handelt sich um einen Solidaritätsbeitrag. Wer viel verdient, kann auf die 300 Franken eher verzichten. Die unteren Lohnklassen sind dringend auf mehr Lohn angewiesen. Deshalb soll die Zulage möglichst höher sein als 300 Franken. Mit 300 Franken können Alleinerziehende nicht einmal die gestiegenen Krankenkassenkosten decken.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Grüne/AL-Fraktion unterstützt diesen Antrag. Für Menschen mit tiefem Einkommen ist jeder Franken etwas wert.

D. Oswald (SVP): Die SVP-Fraktion wird den Antrag der SP unterstützen.

M. Wenger (FDP): Die FDP-Fraktion wird den Antrag, den die SVP in der Kommission gestellt hat, grundsätzlich unterstützen. Die Million soll leistungsorientiert vergeben werden. Diejenigen die den Karren ziehen, sollen auch etwas erhalten.

Stadtpräsident M. Künzle: Das Stichwort ist soeben gefallen. Zu denen, die den Karren ziehen, gehören auch die Kaderleute. Die Rede ist von 100 bis 300 Franken. Der Stadtrat ist der Meinung, dass auch die Kaderleute auf dieses Signal angewiesen sind. Der Stadtrat will die Stadtkasse für die nächsten Jahre, die sowieso schwierig werden, nicht belasten. Deshalb hat er diese einmalige Zulage gewählt. Die Kaderleute haben dieses Zeichen ebenfalls verdient.

M. Wenger (FDP): Die Zulage soll leistungsgerecht verteilt werden und nicht nach dem Giesskannenprinzip.

Ch. Kern (SVP): Wenn jemand 150'000 bis 180'000 Franken verdient, kann er zugunsten von jemandem, der 50'000 Franken im Jahr verdient auf die 300 Franken Einmalzulage verzichten. Es wäre ein richtiges Zeichen, wenn das Kader, zugunsten derjenigen, die es wirklich nötig haben, auf eine Zulage verzichten. Das ist ein kleiner Schritt für das Kader.

S. Stierli (SP): Es liegt ein weiterer Kommissionsantrag vor. Dabei geht um die Qualifikation. In der Kommission wurden die beiden Anträge nicht gegenübergestellt. S. Stierli ist der Ansicht, dass beide gutgeheissen oder abgelehnt werden können. Es ist auch möglich den einen Antrag gutzuheissen und den anderen abzulehnen. Die beiden Anträge müssen nicht gegenübergestellt werden. Im einen Antrag wird gefordert, dass die Verteilung der Einmalzulagen vom Resultat der Mitarbeitergespräche abhängig gemacht wird, mit dem anderen Antrag wird gefordert, dass das Kader verzichtet.

D. Oswald (SVP) stellt im Namen der AK folgenden Änderungsantrag: „Anstelle der ordentlichen Lohnmassnahmen werden für 2013 ausserordentliche, einmalige Zulagen von insgesamt ca. 1 Million an das städtische Verwaltungs- und Betriebspersonal gemäss nachstehenden Vorgaben ausgerichtet: Gültiges Arbeitsverhältnis am 31.1.2013. Beschäftigungsgrad entsprechend der Anstellungsverfügung mind. 20 %. In den Genuss einer Einmalzahlung kommt nur, wer in der Mitarbeiterbeurteilung 2012 eine Bewertung gut oder höher erzielt hat. Für die einzelnen Bewertungen gut, sehr gut und ausgezeichnet legt der Stadtrat eine Staffelung fest.“ Der Antrag wurde in der AK mit 6 zu 4 Stimmen angenommen. Im Weiteren geht es darum, dass das Kader ausgeschlossen wird von dieser Einmalzahlung. Das Geld soll denen zugutekommen, die es nötig haben. Der Stadt stehen schwierige Zeiten bevor, deshalb müssen die Führungskräfte voran gehen und mittragen. Das ist ein Grund, warum die Einmalzahlung den unteren Einkommen zugutekommen soll.

M. Zeugin (GLP/PP): Die GLP/PP-Fraktion wird zu beiden Anträgen sprechen, zum Antrag der SP und zum Antrag der SVP. Die GLP/PP-Fraktion wird den SVP-Antrag unterstützen, weil sich die Einmalzahlung an der Leistung orientieren soll. Den SP-Antrag wird sie nicht unterstützen. Man muss die Relationen wahren. Das Lohnverhältnis in der Stadt Winterthur liegt bei 1 zu 5 und nicht 1 zu 12, wie das die SP fordert. Wenn man erklärt, dass dieses Lohnverhältnis Kapitalismus in seiner Reinform ist, dann ist das eine gewagte Aussage. Die Zulage, die ausgezahlt werden kann, soll konsequent an die Leistung gebunden werden.

Stadtpräsident M. Künzle: Bei Beträgen von 100 bis 300 Franken ist der Verwaltungsaufwand unverhältnismässig, wenn noch Unterteilungen vorgenommen werden müssen.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Kommissionsantrag abstimmen: „Die ausserordentliche einmalige Zulage von 1 Million gemäss Novemberbrief sei an das städtische Verwaltungs- und Betriebspersonal auszurichten, wobei den Kaderangestellten zugunsten der unteren Lohnklassen keine Zulage ausgerichtet wird. Die Details sind durch den Stadtrat zu regeln.“

Der Rat stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über folgenden Kommissionsantrag abstimmen: „Anstelle der ordentlichen Lohnmassnahmen werden für 2013 ausserordentliche, einmalige Zulagen

von insgesamt ca. 1 Million an das städtische Verwaltungs- und Betriebspersonal gemäss nachstehenden Vorgaben ausgerichtet: Gültiges Arbeitsverhältnis am 31.1.2013 und Beschäftigungsgrad entsprechend der Anstellungsverfügung mind. 20 %. In den Genuss einer Einmalzahlung kommt nur, wer in der Mitarbeiterbeurteilung 2012 eine Bewertung gut oder höher erzielt hat. Für die einzelnen Bewertungen gut, sehr gut und ausgezeichnet legt der Stadtrat eine Staffelung fest.“

Der Rat stimmt dem Antrag mehrheitlich zu.

Ratspräsident J. Lisibach: Gemäss Beschluss der AK können beide Anträge gutgeheissen werden. Sie werden in die Schlussabstimmung aufgenommen.

S. Stierli (SP) stellt im Namen der SP-Fraktion folgenden Antrag: „An das städtische Verwaltungs- und Betriebspersonal seien die ordentlichen Lohnmassnahmen gemäss Personalstatut auszurichten. (Kosten insgesamt ca. 3,9 Millionen, exkl. Sozialleistungen), wobei 2,9 Millionen auf den Erfahrungsaufstieg und 1 Million auf die Leistungsquote entfallen. Der bereits im Novemberbrief enthaltene Betrag von 1 Million ist daher um 2,9 Millionen (ohne Sozialleistungen) bzw. 3,7 Millionen (inkl. Sozialleistungen) zu erhöhen.“ Der Antrag wurde in der AK mit 3 zu 7 Stimmen abgelehnt. Mit den heute beschlossenen Kürzungen wird die Stadt einen Ertragsüberschuss von 8 Millionen ausweisen. Der Stadtrat hat entschieden, dass er auf eine Erhöhung der Lohnstufe und auf eine Quote beim Leistungsanteil verzichten will. Gemäss dem Personalstatut hat das Personal jedes Jahr das Anrecht auf eine Lohnstufe und einen Leistungsanteil. Im Personalstatut steht, dass der Stadtrat ausnahmsweise darauf verzichten kann, unter Berücksichtigung der Finanzlage. Die ordentlichen Lohnmassnahmen gemäss Gesetz würden 3,7 Millionen kosten. Wenn die Stadt einen Gewinn von 8 Millionen ausweist, kann die Finanzlage nicht so schlecht sein, dass man dem Personal zumutet auf die gesetzlich vorgeschriebenen Lohnmassnahmen zu verzichten. Es ist nicht klar, ob die Stadt einen Rechtsstreit gewinnen würde, wenn das Personal diese Massnahmen anfechten würde. Es ist wichtig, dass dieses Thema diskutiert wird. Bei 8 Millionen Gewinn kann man nicht von einer Notlage sprechen.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Mit einer vollen Lohnrunde werden die Lohnkosten auch in den Jahren 2014 und 2015 automatisch höher ausfallen. Auch wenn Ch. Griesser nicht an die Schwarzmalerei glaubt, sind die Aussichten sicher nicht rosig. Die Grüne/AL-Fraktion bezweifelt, dass eine volle Lohnrunde gerechtfertigt ist. Ch. Griesser kann sich nicht vorstellen, dass jetzt einem Teil der städtischen Angestellten eine Lohnerhöhung gewährt wird und in den Jahren 2014 und 2015, wenn sich die Situation tatsächlich verschlechtert, der Lohn wieder gesenkt wird. Das ist schlecht für die Motivation. Deshalb lehnt die Grüne/AL-Fraktion diesen Antrag ab. Ch. Griesser hat bereits zu Beginn gesagt, dass eine schwarze Null eine gute Sache ist.

M. Zeugin (GLP/PP): Die Rechtsauslegung ist so eine Sache. Im Personalstatut sind drei Massnahmen vorgesehen. 1. Ausgleich der Teuerung. 2. Stufenanstieg. 3. Leistungsquote. Über den 1. Punkt wurde nicht gesprochen. Wenn man von einer negativen Teuerung von 0,8 % ausgeht müsste man folgerichtig beim Personal 5 Millionen zusätzlich streichen. Das ist der Betrag, den das Personal durch die negative Teuerung gewinnt, wenn nominal die Lohnsumme gleich bleibt. Das ist ein Grund, warum die GLP/PP-Fraktion den SP-Antrag nicht unterstützen wird. Der zweite Punkt betrifft die 5 Millionen, die nicht für die Sanierung der Pensionskasse zurückgestellt werden. Die GLP/PP-Fraktion ist der Meinung, dass die tatsächliche Situation des Personals nicht transparent dargestellt wird.

D. Oswald (SVP): Es ist durchaus zu begrüssen, dass sich die SP für das Personal einsetzt. Auf den ersten Blick mag das verführerisch sein. D. Oswald hat bereits in der Eintretensdebatte darauf hingewiesen, dass es nicht ausschliesslich um das Jahr 2013 geht. Die Folgejahre müssen ebenfalls betrachtet werden. Wichtig ist die Frage, wie viel Geld der Stadt zur Verfügung steht und wie das verteilt werden soll. Mit einer vollen Lohnrunde würde ein falsches Zeichen gesetzt. Die SVP hat zugestimmt, dass 1 Million als Einmalzulage ausgezahlt

wird. Die Stadt muss zu ihrem Personal Sorge tragen. Aber eine volle Lohnrunde zu gewährleisten, trotz negativer Teuerung, ist nicht gerechtfertigt. Dieser Antrag lässt D. Oswald am Sparwillen der SP zweifeln. Er hofft, dass die SP die Finanzstadträtin in diesen schwierigen Zeiten unterstützen wird. Die SVP lehnt die Erhöhung der Lohnmassnahmen ab.

M. Wenger (FDP): Auch die FDP-Fraktion ist der Ansicht, dass die negative Teuerung berücksichtigt werden muss. Mit der Million, die für das Personal zur Auszahlung kommen soll, ist die Stadt auf dem richtigen Weg.

Stadtpräsident M. Künzle: Der Stadtrat hält an seinem Antrag fest. Er will ein Zeichen für das Personal setzen, im Bewusstsein, dass finanziell harte Jahre auf die Stadt zukommen werden.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den SP-Antrag abstimmen, an das städtische Verwaltungs- und Betriebspersonal die ordentlichen Lohnmassnahmen gemäss Personalstatut auszurichten.

Der Rat lehnt den Antrag mehrheitlich ab.

M. Wenger (FDP): Von verschiedenen Seiten wird jetzt diskutiert, ob das Budget zurückgewiesen werden soll. M. Wenger stellt folgenden Ordnungsantrag: Die Ratssitzung soll für 10 Minuten unterbrochen werden, damit die Ratsmitglieder diskutieren können. Erst danach soll über das Budget abgestimmt werden.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Ordnungsantrag der FDP abstimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag zu.

Ratspräsident J. Lisibach stellt den stadträtlichen Antrag zu Punkt 3 den Anträgen von SVP und SP gegenüber. Antrag Stadtrat: „Anstelle der ordentlichen Lohnmassnahmen werden für 2013 ausserordentliche, einmalige Zulagen von insgesamt ca. 1 Million an das städtische Verwaltungs- und Betriebspersonal gemäss nachstehenden Vorgaben ausgerichtet: Gültiges Arbeitsverhältnis am 31.1.2013. Beschäftigungsgrad entsprechend der Anstellungsverfügung mind. 20 %. Staffelung entsprechend dem Beschäftigungsgrad: 20 bis 40 % 100 Franken, 50 bis 74 % 200 Franken, 75 bis 100 % 300 Franken.“

Antrag SVP: „Anstelle der ordentlichen Lohnmassnahmen werden für 2013 ausserordentliche, einmalige Zulagen von insgesamt ca. 1 Million an das städtische Verwaltungs- und Betriebspersonal gemäss nachstehenden Vorgaben ausgerichtet: Gültiges Arbeitsverhältnis am 31.1.2013. Beschäftigungsgrad entsprechend der Anstellungsverfügung mind. 20 %. In den Genuss einer Einmalzahlung kommt nur, wer in der Mitarbeiterbeurteilung 2012 eine Bewertung gut oder höher erzielt hat. Für die einzelnen Bewertungen gut, sehr gut und ausgezeichnet legt der Stadtrat eine Staffelung fest.“

Antrag SP: „Die ausserordentliche einmalige Zulage von 1 Million gemäss Novemberbrief sei an das städtische Verwaltungs- und Betriebspersonal ausgerichtet, wobei den Kaderangestellten zugunsten der unteren Lohnklassen keine Zulage ausgerichtet wird. Die Details sind durch den Stadtrat zu regeln.“

Der Rat stimmt den Anträgen von SVP und SP zu.

M. Zeugin (GLP/PP): Nach dieser ungewohnt langen Budgetdebatte, ist es sicher nicht klug zu so später Stunde die Schlussabstimmung vorzunehmen. M. Zeugin stellt den Ordnungsantrag, die Schlussabstimmung über die noch verbleibenden Punkte auf nächste Woche zu verschieben. Es wäre sicher besser die Abstimmung nächste Woche mit neuem Elan anzugehen.

Ch. Ulrich (SP): Gibt es eine Begründung für diesen Ordnungsantrag?

Ch. Kern (SVP): Die SVP-Fraktion wird diesen Ordnungsantrag ablehnen. Die Fraktion braucht nicht eine Woche Zeit um darüber nachzudenken, ob sie das Budget annehmen oder ablehnen soll. Sie hat ihre Position klar dargelegt. Frühere Budgetdebatten haben zum Teil eine Stunde länger gedauert. Die Schlussabstimmung wird der Rat noch schaffen.

M. Zeugin (GLP/PP): Die Begründung für diesen Antrag ist klar. Die Sitzung hat den zeitlichen Rahmen längst überschritten. Es ist vorgesehen, dass um 22.00 die Sitzung beendet und nächste Woche weiter debattiert wird. Dieser Zeitpunkt ist bereits um eine Stunde überschritten.

Stadtpräsident M. Künzle: Es ist keine gute Situation, wenn die Stadt ohne Budget dasteht. Auf der einen Seite wurden Einsparungen von 20 Millionen verlangt, die der Stadtrat nicht einfach aus dem Boden stampfen kann. Gleichzeitig werden Lohnmassnahmen für das Personal beantragt, die aufgrund der eher düsteren Aussicht auf die nächsten Jahre nicht sinnvoll sind. Stadtpräsident M. Künzle empfiehlt dem Parlament zur Besinnung zu kommen und die kommende Woche zu nutzen.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Ordnungsantrag abstimmen.

Der Rat stimmt dem Antrag mit 37 Stimmen zu, damit ist die Schlussabstimmung verschoben.

Bürgerrechtsgeschäfte

1. **B2010/111: AHMETI geb. HYKASMONI Valentina, geb. 1982, und Ehemann AHMETI Skender, geb. 1980, mit Kindern Atdhe, geb. 2006, und Arianit, geb. 2008, kosovarische Staatsangehörige**
-

E. Wettstein (SP): Die Deutschkenntnisse von Frau Ahmeti sind leider noch immer mehr als mangelhaft. Die Kommission beantragt mit 5 zu 1 Stimmen die Ablehnung des Gesuchs.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Ablehnung des Gesuchs.

2. **B2011/105: BERISHA geb. CUNI Leonora, geb. 1983, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, und Ehemann BERISHA Faton, geb. 1979, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger, mit Kindern Leontin, geb. 2004, kosovarischer Staatsangehöriger, und Ladina, geb. 2007, kosovarische Staatsangehörige**
-

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

3. **B2011/139: BEDZETI geb. SALIJI Anita, geb. 1982, und Ehemann BEDZETI Malzim, geb. 1980, mit Kindern Fjolla, geb. 2004, Ajla, geb. 2008, und Nejla, geb. 2010, mazedonische Staatsangehörige**
-

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

4. B2012/066: WENDEMU Yohanes Terefe, geb. 1977 und Ehefrau DESTA Azeb Mebratu, geb. 1978, mit Kindern TEREFE Rebeka Yohanes, geb. 2001, TEREFE Matthäus Yohanes, geb. 2003 und TEREFE Edom Yohanes, geb. 2009, äthiopische Staatsangehörige

U. Meier (SP): Die Bürgerrechtskommission beantragt das Gesuch des Ehepaars Wendemu Desta aufzuteilen. Herr Wendemu erfüllt die Anforderung für eine Aufnahme ins Winterthurer Bürgerrecht. Deshalb beantragt die Kommission mit 7 zu 0 Stimmen Wendemu Yohanes Terefe, geb. 1977 mit den Kindern Terefe Rebeka Yohanes, geb. 2001, Terefe Matthäus Yohanes geb. 2003 und Terefe Edom Yohanes, geb. 2009 ins Winterthurer Bürgerrecht aufzunehmen.

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

U. Meier (SP): Die Deutschkenntnisse von Frau Desta sind noch mangelhaft. Die Kommission beantragt deshalb mit 7 zu 0 Stimmen die Rückstellung von Desta Azeb Mebratu, geb. 1978 um 1 Jahr.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 Jahr.

5. B2012/092: MEHRI Bennour, geb. 1961, tunesischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

6. B2012/098: ARSHIMOV Tahir, geb. 1975, und Ehefrau ARSHIMOVA geb. AGUSHEVA Atidje, geb. 1978, mit Kindern ARSIMOV Riza, geb. 1996, und ARSIMOVA Sinem, geb. 2004, mazedonische Staatsangehörige

W. Steiner (SVP): Die Kommission beantragt mit 7 zu 0 Stimmen die Rückstellung um ein halbes Jahr. Es geht vor allem darum die Broschüre besser kennenzulernen. Die Kenntnisse über Winterthur und die Schweiz vermochten die Kommission nicht zu überzeugen.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 halbes Jahr.

7. B2012/099: AYALP Murat, geb. 1984, türkischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

- 8. B2012/100: MUTHUKUMARU Nanthakumar, geb. 1969, und Ehefrau NANTHAKUMAR geb. VINAYAGAMOORTHY Vinothiny, geb. 1981, mit Kindern NANTHAKUMAR Garvien, geb. 2007, und NANTHAKUMAR Thiwani, geb. 2009, srilankische Staatsangehörige**
-

U. Meier (SP): Die Kommission beantragt mit 7 zu 0 Stimmen die Rückstellung um 1 Jahr aufgrund mangelhafter Deutschkenntnisse.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 Jahr.

- 9. B2012/101: SADRIJA Jashar, geb. 1973, und Ehefrau SADRIJA geb. RAMA Shkendije, geb. 1976, mit Kindern Ermal, geb. 1997, und Erblin, geb. 1999, kosovarische Staatsangehörige**
-

F. Albanese (CVP) stellt im Namen einer Kommissionsminderheit den Antrag das Ehepaar um ein halbes Jahr zurückzustellen. Den Gesuchstellenden fehlen insbesondere die notwendigen Kenntnisse über die Broschüre. Aus diesen Gründen erachtet eine Kommissionsminderheit die Rückstellung um ein halbes Jahr für vertretbar.

R. Diener (Grüne): Die Bürgerrechtskommission beantragt mit 4 zu 3 Stimmen die Aufnahme ins Winterthurer Bürgerecht. Eine Kommissionsmehrheit hält die Kenntnisse für genügend. Die beiden Personen haben nur eine geringe Schulbildung. Sie arbeiten als Raumpflegerin beziehungsweise Raumpfleger und haben kaum Möglichkeiten sich intellektuell herausfordernden Themen zu stellen. Das Ehepaar konnte von 26 Fragen 4 nicht korrekt beantworten. Praktisch zu allen Fragen war ein Gespräch möglich.

Ratspräsident J. Lisibach lässt über den Antrag der Bürgerrechtskommission abstimmen.

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

- 10. B2012/102: SHAZIVARI geb. MEMEDI Mirsadeta, geb. 1975, und Ehemann SHAZIVARI Mesut, geb. 1973, mit Kindern SAZIVARI Arlind, geb. 1997, und SAZIVARI Alisa, geb. 2001, mazedonische Staatsangehörige**
-

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

- 11. B2012/103: SPASOJEVIC Nenad, geb. 1978, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger**
-

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

12. B2012/105: ABDULRAHMAN Hassan Ahmed Abdulrahman, geb. 1975, irakischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

13. B2012/106: AJDINI Jasmin, geb. 1975, kosovarischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

14. B2012/107: ESS DE ARAUJO Denise, geb. 1968, mit Kind EROS HENRIQUE DE ARAUJO SOUSA Eros Henrique de Araujo Sousa, geb. 1996, brasilianische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

15. B2012/108: MORINA Alban, geb. 1987, kosovarischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

16. B2012/110: NAMASIVAYAM Srikanan, geb. 1975, und Ehefrau SRIKANNAN geb. SELLATHURAI Rathika, geb. 1978, mit Kindern SRIKANNAN Shangeeth, geb. 2008, und SRIKANNAN Santhosh, geb. 2010, srilankische Staatsangehörige

S. Gygax (GLP): Die Bürgerrechtskommission hat mit dem Ehepaar ein Gespräch geführt. Aufgrund der mangelnden sprachlichen Kenntnisse beantragt die Kommission mit 7 zu 0 Stimmen die Rückstellung um ein Jahr.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 Jahr.

17. B2012/111: RAMAJ Nikola, geb. 1984, und Ehefrau RAMAJ geb. KOLIQUI Kristina, geb. 1987, mit Kindern Florian, geb. 2007, und Fiona, geb. 2010, kosovarische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

18. B2012/112: SALIHI Sokol, geb. 1983, mit Kind Haxhi Sebastian, geb. 2010, kosovarische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

19. B2012/113: SATI Hüseyin, geb. 1979, mit Kind Bejna Gulan, geb. 2010, türkische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

20. B2012/115: THANKAVELU Nagarajah, geb. 1964, srilankischer Staatsangehöriger, und Ehefrau NAGARAJAH Priscilla Sironmani, geb. 1975, indische Staatsangehörige, mit Kindern NAGARAJAH Zioni, geb. 2006, indische Staatsangehörige, NAGARAJAH Esther, geb. 2009, indische Staatsangehörige, und NAGARAJAH Benjamin, geb. 2011, indischer Staatsangehöriger

W. Steiner (SVP): Die Deutschkenntnisse beider Ehegatten sind ungenügend, dadurch konnten auch die Fragen nicht beantwortet werden. Die Kommission beantragt mit 7 zu 0 Stimmen die Rückstellung um ein Jahr.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 Jahr.

21. B2012/116: ACIKGÖZ Celal, geb. 1956, türkischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:1 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

22. B2012/119: GEORLCHUTHASAN geb. PACKIYANATHAR Diman Culin, geb. 1976, srilankische Staatsangehörige

F. Albanese (CVP): Die Gesuchstellerin konnte neben den sprachlichen Voraussetzungen auch den Anforderungen in Bezug auf das Wissen nicht entsprechen. Die Bürgerrechtskommission beantragt deshalb mit 7 zu 0 Stimmen die Rückstellung um ein Jahr.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 Jahr.

23. B2012/120: GIRARD geb. PROSHENKO Svitlana, geb. 1972, ukrainische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

24. B2012/122: JÜRGES Christian Markus, geb. 1965, deutscher Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

25. B2012/124: NUSHI Kujtim, geb. 1956, und Ehefrau NUSHI geb. MARNIKU Tereze, geb. 1961, kosovarische Staatsangehörige

U. Meier (SP): Aufgrund mangelnder Deutschkenntnisse beantragt die Bürgerrechtskommission mit 5 zu 1 Stimmen die Rückstellung um ein Jahr. Auch das Wissen über den geforderten Stoff war nicht genügend.

Der Rat stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 Jahr.

26. B2012/125: SELMANI Muhamer, geb. 1979, mazedonischer Staatsangehöriger

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

27. B2012/126: TODZO geb. KLU Eugenia Ama, geb. 1968, ghanaische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

28. B2012/130: BAJRALJIU geb. SEJDIJI Sahadete, geb. 1975, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

29. B2012/134: STOJOSKI Rade, geb. 1978, mit Kindern Davor, geb. 2009, und Andrej, geb. 2012, mazedonische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

30. B2012/143: RANDJELOVIC Emilija, geb. 1999, serbische Staatsangehörige

Der Rat folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (7:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

Ratspräsident J. Lisibach gratuliert allen, die ins Winterthurer Bürgerrecht aufgenommen worden sind und wünscht ihnen alles Gute auf dem weiteren Weg.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident

Die 1. Vizepräsidentin:

Die 2. Vizepräsidentin:

J. Lisibach (SVP)

Ch. Benz (SP)

B. Günthard Fitze (EVP)